Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 44 – 5. November 2005
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Zwischen Volksfront und Jamaika

Nach der linken Palastrevolution stellt sich die Koalitionsfrage neu

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Da waren die Groß-Koalitionäre ihrer Sache wohl doch etwas zu sicher: Am 22. November – so der Berliner Terminplan – sollte die CDU-Chefin zur Kanzlerin gekürt werden; der CSU-Chef sah sich schon als Superminister für Wirtschaft und allerlei sonstiges, und der SPD-Chef freute sich auf Amt und Würden im Doppelpack – als Vizekanzler und Arbeitsminister. Die Sache hat nur einen Haken: Am 22. November wird der SPD-Chef wie auch immer heißen, jedenfalls nicht mehr Müntefering.

Ausgerechnet am Reformationstag probte die reformunwillige SPD-Linke die Revolution, ließ ihren Vormann bei der Suche nach einem neuen Generalsekretär im Regen stehen und torpedierte mit der Nominierung der robusten Andrea Nahles auch die Koalitionsverhandlungen. Denn die scheinheiligen Beteuerungen, mit der prompten Reaktion des düpierten Parteichefs habe man nicht gerechnet, sind unglaubwürdig und hochgradig peinlich: Traut die SPD ihren Vorsitzenden wirklich so wenig Charakter zu?

Franz Müntefering jedenfalls zeigte Charakter und kündigte den Verzicht auf ein Amt an, das von der karrieresüchtigen Ex-Juso-Vorsitzenden mutwillig beschädigt worden ist. Ihm war sofort klar, daß ein trotz allem unter einer Generalsekretärin Nahles nominell weiter amtierender Parteichef Müntefering viel zu schwach wäre, um in einer großen Koalition noch glaubwürdig als „Schwergewicht“ aufzutreten.



„Genosse, ich stehe voll hinter dir“ – wie das auch gemeint sein kann, weiß Noch-SPD-Chef Müntefering spätestens seit der Nahles-Attacke aus dem Hinterhalt. Foto: photothek.net

Das andere „Schwergewicht“ hatte diese Problematik ebenso schnell erkannt: CSU-Chef Edmund Stoiber begann schon wenige Stunden nach Münteferings Rückzug reichlich laut über ein Verbleiben in Bayern nachzudenken. Schon munkelt man in München, der Ober-Bayer wolle möglicherweise mit einem Verzicht auf Berliner Ministerwürden den Weg für andere, zwischenzeitlich zu den Akten gelegte Koalitionsspielereien freimachen. Und in Berlin wurde zwar noch nicht über der CDU-Zentrale die Flagge Jamaikas gehißt, doch hört man hinter vorgehaltener Hand bereits Stimmen, man könne doch, nachdem die Grünen sich eines Teils ihrer 68er-Altlasten entledigt hätten, noch mal anfragen von wegen „Schwampel“.

So haben nun die beiden sogenannten Volksparteien (denen erhebliche Teile des Volkes inzwischen abhandengekommen sind) mehrere Koalitionsoptionen: neben der großen Koalition die einen das schwarz-gelb-grüne Bündnis, die anderen sowohl die „klassische“ rot-gelb-grüne Ampel als auch die tiefrote Volksfront. An dieser „Erbschaft“ wird, wer immer die Nachfolge Münteferings antritt, kaum Freude haben. Sie steht für die totale innere Zerrissenheit der deutschen Sozialdemokratie.

Dies ist nicht nur eine innere Angelegenheit der SPD, sondern erfüllt auch aus konservativer und bürgerlicher Sicht mit Sorge. Denn das Wahlergebnis vom 18. September macht – trotz „Jamaika“ und Volksfront – die große Koalition zur wahrscheinlichsten Option. Und was Deutschland heute am dringendsten braucht, ist eine handlungsfähige Regierung; die wiederum kann nur von starken Partnern gebildet werden. So ist zu befürchten, daß Andrea Nahles nicht nur der SPD und ihrem Noch-Vorsitzenden schweren Schaden zugefügt hat, sondern in noch schlimmerem Maße unserem Vaterland insgesamt.

Wilhelm von Gottberg:

Deutsch-polnische Belastungsprobe

Durch die Wahl eines neuen Staatspräsidenten in Polen und durch Parlamentswahlen in Deutschland und seinem Nachbarstaat im Osten sind weitreichende politische Weichenstellungen erfolgt. Polens Wählervotum hat – bei nur knapp 50 Prozent Wahlbeteiligung – Personen des rechten politischen Spektrums in die Verantwortung gebracht. In Deutschland haben die Parteien des linken Spektrums eine eindeutige Mehrheit erhalten. Diese Mehrheit ist allerdings zur Zeit nicht regierungsfähig, da die SPD eine Koalition mit den Populisten vom linken Rand, die sich in der Partei „Die Linke“ zusammengefunden haben, ablehnt.

Da der Bürgerblock von CDU/CSU und FDP keine parlamentarische Mehrheit erhalten hat, kommt es wahrscheinlich zu einer großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD. Das Kabinett Merkel wird faktisch eine Mitte-Links-Regierung sein, denn die SPD darf linke Positionen im Hinblick auf ihre Konkurrenz am linken Rand nicht aufgeben, und die CDU ist in Teilen sozialdemokratisiert. Unter diesen Rahmenbedingungen wird Stabilität nicht das Markenzeichen der neuen deutschen Regierung sein.

Polen hat den nationalkonservativen Warschauer Bürgermeister Lech Kaczynski zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Seine Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist auch stärkste Fraktion bei der Parlamentswahl am 25. September geworden. Der neu gewählte Staatspräsident und sein Zwillingsbruder Jaruslav Kaczynski sind die Spitzenrepräsentanten der Partei „Recht und Gerechtigkeit“.

Der Wahlkampf für das Präsidentenamt wie auch für das Parlament wurde von der PiS mit europa- und deutschlandkritischem Akzent geführt. Auch haben die Kaczynski-Brüder in schonungsloser Offenheit Vetternwirtschaft und Korruptionsfilz der bisherigen Regierungspartei SLD (Postkommunisten) angeprangert und für ein starkes und gerechtes Polen geworben. Diese Wahlkampfstrategie hatte Erfolg.

Gewiß wird ein Teil des deutschlandkritischen Tenors des polnischen Staatspräsidenten dem Wahlkampf geschuldet sein. Seine konservative Einstellung wird allerdings dazu führen, daß Polen mehr noch als in der Vergangenheit versuchen wird, polnische Interessen gegenüber Deutschland und Europa durchzusetzen.

Deutschland hat sich seit der Wende im Osten, also seit 16 Jahren, als verläßlicher Freund und Förderer Polens erwiesen. Das demokratische Polen hat in materieller Hinsicht ernorm profitiert von der deutschen Bereitschaft zur Wiedergutmachung der an Polen verübten NS-Verbrechen. Das hat den Normalisierungsprozeß zwischen den Nachbarn links und rechts der Oder vorangebracht. Ein stabiles Fundament für nachbarschaftliches Miteinander und europäische Partnerschaft hat auf Dauer jedoch nur durch ein gleichgewichtiges Geben und Nehmen Bestand. Polens neuer Präsident muß wissen, daß er mit antideutscher Rabulistik für sein Land nichts gewinnen, aber viel verlieren kann. Die Phase des einseitigen Nehmens zu Lasten Deutschlands gehört auf Grund der wirtschaftlichen Situation der Berliner Republik der Vergangenheit an.

Die PiS-Fraktion im polnischen Sejm bedarf eines Koalitionspartners, um eine regierungsfähige Mehrheit bilden zu können. Koalitionsgespräche zwischen der PiS und der rechtsliberalen Bürgerplattform (PO) sind zunächst gescheitert. Kazimierz Marcinkiewicz von der PiS wurde als neuer Ministerpräsident vereidigt.

Er steht an der Spitze einer Minderheitsregierung. Die neue Regierung muß sich am 10. November der Vertrauensabstimmung im Parlament stellen.

Eine Minderheitsregierung wird in Polen keinen Bestand haben. Deshalb werden die gemäßigten Kräfte in der PiS weiterhin eine Koalition mit der zweitstärksten Fraktion der Bürgerplattform anstreben. Der radikale Flügel der Partei wird dagegen eine Koalition mit kleineren Parteien des rechten Spektrums bilden wollen. Als mögliche Koalitionspartner kämen in Frage die rechtsextreme Partei „Liga polnischer Familien“ sowie die radikalen Parteien „Selbstverteidigung“ und Bauernpartei. Eine derartige Koalition würde wahrscheinlich für den deutsch-polnischen Normalisierungsprozeß einen Rückschlag bedeuten, denn alle Koalitonäre wären nationalistisch ausgerichtet.

Der disignierte Staatspräsident Lech Kacynski – er wird Weihnachten das Präsidentenamt übernehmen – hat im vergangenen Jahr mit einer 43-Milliarden-Dollar-Forderung an Deutschland für die Zerstörung Warschaus die Belastbarkeit des deutsch-polnischen Verhältnisses getestet. Es war eine vermutlich nicht ernstgemeinte Überreaktion, die durch Aktivitäten der Preußischen Treuhand ausgelöst wurde. Eine Regierungskoalition in Warschau aus Rechts- und Rechtsaußenparteien wäre für Europa eine ernste Gefahr. Die Koalitionäre wären europaskeptisch beziehungsweise antieuropäisch eingestellt. Polens Rolle in Europa würde unberechenbar. Quo vadis Polen?

Deutschland und seine Leitkultur

Bundestagspräsident Lammert greift ein Tabuthema auf

Bislang zählte Norbert Lammert zu den eher Unauffälligen in den Reihen der CDU. Ein treuer Parteisoldat, der seine Pflicht tat: als Bundestagsabgeordneter seit nunmehr einem Vierteljahrhundert, neun Jahre lang als Staatssekretär in diversen Ministerien unter Kanzler Kohl, zuletzt drei Jahre als Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Nun ist er der „zweite Mann im Staate“, und kaum zum Bundestagspräsidenten gewählt, fiel er den politisch korrekten Linken und Liberalen im Lande unangenehm auf. Er vergriff sich an einem ihrer Tabuthemen und wagte es, das Wort „Leitkultur“ öffentlich auszusprechen.

Nach einem Wahlkampf, in dem fast nur über Staatsfinanzen und Arbeitsmarkt geredet und gestritten wurde, empfanden viele enttäuschte Bürger es als ausgesprochen wohltuend, daß endlich ein hochrangiger Politiker auch andere Themen entdeckte. Denn so wichtig es auch ist, die Sozialsysteme zu sichern, den Menschen Arbeit und damit eine Lebensperspektive zu geben und den Schuldenberg nicht noch höher anwachsen zu lassen – das kann und darf doch nicht alles gewesen sein. Wahrscheinlich liegt hier eine der Ursachen für das enttäuschende Wahlergebnis der Unionsparteien: Sie haben ihre Wahlkampfthematik so stark eingeengt, als ob sie selber nicht mehr wüßten, was das C in ihrem Namen eigentlich bedeutet – nämlich daß die Menschen von ihnen nicht nur dürre Zahlen, Daten und Fakten, sondern auch geistige Führung erwarten.

Helmut Kohl hatte das einst richtig erkannt und im Wahlkampf 1983 den Deutschen die geistig-moralische Wende versprochen. Leider hieß es dann nach der Wahl: Es gilt das gebrochene Wort; von Geist und Moral war jedenfalls nicht mehr die Rede. Gerade dafür wird Kohl auch heute noch in konservativen Kreisen heftig kritisiert.

Vielleicht geht es, was die geistige Führung betrifft, diesmal genau umgekehrt, nach dem Motto „Wir versprechen nichts, und das halten wir dann auch!“ Noch besser wäre es, wenn wir endlich die Werte-, Patriotismus- und Leitkulturdebatte bekämen, die dieses Land dringend braucht – dann hätte der neue Bundestagspräsident sich schon in den ersten Amtstagen um das Vaterland verdient gemacht. **H.J.M.**

Liebe Abonnenten,

leider hat es bei der Auslieferung der letzten *PAZ*-Ausgabe im Raum Berlin und in den Jungen Ländern erhebliche Probleme gegeben; zahlreiche Bezieher haben ihre Zeitung erst mit mehrtägiger Verspätung, einige sogar überhaupt nicht erhalten.

Wir bitten Sie um Entschuldigung und versichern Ihnen, daß wir intensiv bemüht sind, in Zusammenarbeit mit der Druckerei und der Post die Ursache herauszufinden, um in Zukunft derartige Lieferschwierigkeiten vermeiden und Ihnen Ihre *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wie gewohnt pünktlich vorlegen zu können.

Vertrieb und Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*

DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Erfolgreiche Beschwerde

Noch nie zuvor sind in der Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* so viele Beschwerdebriefe und -anrufe eingegangen wie nach dem Wegfall der Schuldenuhr. Die Leser dieser Zeitung wollen in Zahlen wissen, wie nah der Pleitegeier über unser aller Köpfe kreist. Wir tragen dem gern Rechnung: Ab jetzt erscheint wieder jede Woche Deutschlands aktueller Schuldenstand. Schon während der Verhandlungen zur großen Koalition zeichnet sich ab, daß die öffentliche Haushalte in eine kaum mehr handhabbare Schieflage geraten sind – vor allem wegen der drückenden Zinslasten eines Berges von Altschulden.

Staatsverschuldung in Deutschland:

1.459.026.363.274 €

(eine Billion vierhundertneunundfünfzig Milliarden sechsundzwanzig Millionen dreihundertdreiundsechzigtausend und zweihundertvierundsiebzig)

22. August: 1.448.649.231.370 €
Verschuldung pro Kopf: 17.644 €
22. August: 17.552 €

(Stand: Montag, 31. Oktober 2005, 12.30 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Anpacken statt ausdiskutieren

Bei der Reform der Arbeitsagentur könnte Deutschland einiges von Österreich lernen

Von Jürgen Liminski

Bonn ist nicht Weimar, so hieß ein berühmtes Buch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Das ist richtig. Aber vermittelt die derzeitige Situation in Berlin nicht einen Hauch von Weimar? Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, die bürgerlichen Kräfte in den Parteien scheinen schwach und führungsarm, an der Basis brodelt es, die Zukunft liegt im Nebel. Rentenalter, Haushaltskonsolidierung, Hartz-IV-Reform, Subventionskürzungen – die Koalitionsverhandlungen sind schon fachlich in einer kritischen Phase und seit Montag auch personell mit Fragezeichen versehen. Ausgesandte Hiobsbotschafter reden gezielt von einem Scheitern. So weit wird es noch nicht kommen, es sei denn die Linke in der SPD gewinnt auf dem Parteitag die Oberhand und sucht das Bündnis mit den Neokommunisten und den Grünen. Schon deshalb unterliegen die Koalitionäre der Dynamik jeder großen Koalition: Man ist zu einem Minimalerfolg verurteilt. Sonst drohen Neuwahlen und da würde man bei dem jetzigen Durcheinander unweigerlich abgestraft. Es gibt also für die bürgerlichen und halbwegs reformwilligen Kräfte keine Alternative mehr zum Versuch einer großen Koalition. Das um so mehr, als sich der Minimalerfolg auch benennen läßt: Föderalismusreform, Subventionsabbau, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.

Ganz gleich wie die taktischen Böllerschüsse in den Parteien verhallen und die innerparteilichen Machtspiele um Kurs und Posten beendet werden, jede neue Regierungsformation wird vor der alten Feststellung stehen, daß das A und O für einen kurzfristigen Erfolg die Reform des Arbeitsmarkts ist. Denn das läßt sich nicht nur in den monatlich vorgetragenen Pegelständen der Nürnberger Statistik messen, dadurch würden auch Mittel frei für den Haushalt und dadurch flössen auch Mittel in die leeren Sozialkassen. Deshalb hieß es ja auch im Wahlkampf „Arbeit hat Vorfahrt“. Aber wie soll man den Arbeitsmarkt reformieren ohne die heilige Kuh der SPD namens Kündigungsschutz anzufassen? Man wird vermutlich wieder mal ins Ausland schauen – und dort sogar fündig werden. Der Blick nach Österreich mit seiner Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent (halb soviel wie in Deutschland) läßt Neid und Neugierde aufkommen.

In der Tat hat Österreich eine deutlich effektivere Arbeitslosenvermittlung. Es ist dem österreichischen Arbeitsmarktservice (AMS) gelungen, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 126 Tagen auf knapp 100 Tage zu verkürzen und den Anteil der großen Problemgruppe Langzeitarbeitslose von 18,4 auf 7,9 Prozent zu verringern. Offene Stellen bleiben nur noch 30 Tage unbesetzt, früher waren es 45. Im Vergleich zu Deutschland sind das Traumzahlen. Hier muß ein Arbeitsloser im Durchschnitt dreimal so lange warten, bis er vermittelt ist, nämlich 38 Wochen. Und das, obwohl die Bundesagentur für Arbeit rund 15000 reine Vermittler beschäftigt (man fragt sich übrigens, was die anderen 80000 Angestellten der Agentur verwalten). Zu Beginn der rot-grünen Herrschaft 1998 waren es 11000 Vermittler, die allerdings dreimal soviel Arbeitslose vermittelten. Heute sind die gewerblichen Zeitarbeitsunternehmen im Aufwind, sie haben fast 40000 Arbeitskräfte beschäftigt.

Private arbeiten offenbar effektiver als die beamtenähnlichen BA-Leute. Eine Verlagerung auf private Stellenvermittlung wäre eine Lösung, die Österreicher haben das getan. Aber auch die staatlichen Stellen können effektiv arbeiten. Es ist eine Frage der persönlichen Betreuung, dezentralisierter Strukturen (sprich Kommunen) und konsequenter Kundenorientierung. Gute Ergebnisse wie in Österreich fallen nicht vom Himmel, erst recht nicht, wenn die Arbeitszeiten länger sind als in Deutschland. Die Arbeitnehmer in der Alpenrepublik arbeiten jeden Tag 50 Minuten länger als bei uns. Irgendwann muß man mit den Reformen mal Ernst machen. Der Österreicher Helmut Reisinger, Chef des IT-Unternehmens Nextiraone Deutschland, weist darauf hin, daß Österreich schon vor mehr als zehn Jahren mit der Reform des Arbeitsmarktes begonnen hat und sie auch in engem Zusammenhang mit der Belastung der Unternehmen sieht. Längere Arbeitszeiten und geringere Ertragssteuern (25 Prozent im Gegensatz zu 38,7 in Deutschland) und eine günstigere Relation von Lohnkosten und Produktivität haben aus Österreich einen begehrten Standort in der EU gemacht. Deutsche, insbesondere Sachsen, gehen mittlerweile ins Alpenland zum Arbeiten. Reisinger bringt es auf den Punkt: „Wir haben in Österreich sicher auch andere Verhältnisse. Aber man hatte den Mut zu umfassenden Reformen, selbst einer Rentenreform. Die Probleme sind nicht gelöst, aber angepackt. Das ist schon die halbe Miete. In Deutschland wird immer erst alles bis zum bitteren Ende ausdiskutiert.“

Sicher, Österreich hat viel Tourismus und Arbeitsplätze in dieser Branche setzen weniger (Aus-)Bildung voraus als die wissens- und kapitalintensiven Industrie- und Dienstleistungssektoren. Und richtig ist auch, daß Wien mit großzügigen Vorruhe- und Frühpensionierungsprogrammen seit Mitte der 80er Jahre die Zahl der Erwerbspersonen erheblich reduziert hat. Das könnte sich noch rächen, weil auch in Österreich das demographische Defizit auf die Sozialkassen drückt. Und auch die ausgeprägte Sozialpartnerschaft der Österreicher ist nicht immer dienlich, zum Beispiel wenn die Lohnzurückhaltung mit dem Horten von Arbeitskräften in den staatlichen Betrieben erkauft wird. Aber jedes Land hat seine Eigenarten und muß damit leben. Wichtig ist der Anfang.

Ein berühmter Österreicher, Karl Kraus, hat sein Land einmal als „Versuchslabor des Weltuntergangs“ bezeichnet. Das war gemünzt auf das Ende der Monarchie, ist aber durchaus anwendbar auf die heutige Umbruchsituation, weil auch heute die gesellschaftlichen Strukturen erschüttert sind. Vielleicht ist das das Geheimnis des Erfolgs in Österreich und übrigens auch anderswo: Man versucht es, man geht das Problem schon praktisch an, wenn erst 70 Prozent erfaßt und durchdacht sind und verbessert dann auf dem Weg. Reformversuch statt Diskussion bis zum Untergang. Von diesem Pragmatismus der Nachbarn könnten die Berliner Koalitionäre viel lernen.



Viele Köpfe, wenig Sinn: Die 15000 Vermittler der Bundesagentur für Arbeit hoffen zur Fußball-Weltmeisterschaft Arbeitssuchende wenigstens in ein kurzfristiges Arbeitsverhältnis zu bringen. Foto: pa

Recht verständlich

Paul Kirchhof erhielt den Jacob-Grimm-Preis

Vor wenigen Wochen war er noch der Lieblings-Buhmann der linksgewirkten Einheitspresse in deutschen Landen, jener „Professor aus Heidelberg“, der den Wahlkampf der Union mit offenbar allzu weitreichenden Visionen zu bereichern suchte und sich damit letztlich bei Feind und Freund unbeliebt machte – die einen hielten ihn anfangs für gefährlich, die anderen lasteten ihm hinterher das wenig schmeichelhafte Abschneiden bei der Wahl an. Nun ist es wieder still geworden um den ehemaligen Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof. Zu still, wie all jene finden, die mit den richtungsweisenden Arbeiten und der menschlich gewinnenden Art des renommierten Wissenschaftlers etwas besser vertraut sind. Und leider auch so still, daß eine hochverdiente Ehrung weitestgehend der sogenannten Schweigespirale zum Opfer fiel (rühmliche Ausnahmen: „Welt“ und „Hannoversche Allgemeine Zeitung“). Vor wenigen Tagen nämlich erhielt Paul Kirchhof – weitgehend unter Ausschluß der veröffentlichen Meinung – den Jacob-Grimm-Preis Deutsche Sprache verliehen, immerhin den mit 35000 Euro höchstdotierten deutschen Sprachpreis.

Der frischgebackene Bundestagsabgeordnete Konrad Schily (FDP), Mitbegründer der privaten Universität Witten-Herdecke und Bruder des derzeit noch amtierenden Bundesinnenministers, würdigte in seiner Laudatio den Juristen Kirchhof als „Demokraten, Aufklärer und guten Lehrer“. Er habe sich stets um Verständlichkeit bemüht, getreu seiner Überzeugung, daß das Recht seine Geltung einbüße, wenn es für den Bürger nicht verständlich sei; unverständlich formuliertes Recht führe zu Unterwürfigkeit aus Unwissenheit.

Neben Kirchhof wurden in einem Festakt in Kassel auch der Harburger Landrat Axel Gedaschko und der Radiosender „Das Ding“ (Südwestrundfunk) ausgezeichnet. Vergeben werden die Sprachpreise vom Verein Deutsche Sprache, der Theo-Münch-Stiftung und der Eberhard-Schöck-Stiftung. *M.S.*



Um Verständlichkeit bemüht: Rechtsprofessor und Verfassungsrichter Paul Kirchhof Foto: pa

Das Risiko des Friedens

Brennende Synagogen mit zerbrochenen Fensterscheiben – diese Bilder müßten in Deutschland eigentlich Empörung hervorrufen. Aber kein Wort kommt über die Lippen des Außenministers oder seines Kanzlers. Sicher, dies ist keine Reichskristallnacht auf palästinensisch. Dafür sind die Verhältnisse in der Region auch zu unterschiedlich. Bilder des Hasses jedoch sind es allemal. Solange solch ein Haß die Menschen antreibt, solange ist der Frieden nur ein Traum. Ein mahnendes Wort aus Deutschland wäre da wohl nicht fehl am Platz gewesen.

Auch auf jüdischer Seite gibt es Haß. Deshalb ist der Mut des israelischen Premiers Ariel Scharon nicht hoch genug einzuschätzen, daß er den Gaza-Streifen nach 38 Jahren Besatzung räumen ließ. Es ist ein konkreter Schritt zum Frieden. Jetzt müssen die Palästinenser nachziehen. Der Schritt zum Frieden ist ein Schritt in den Alltag ohne Haß. Es reicht auch nicht, die eigene Flagge zu hissen und Freudentänze aufzuführen. Jetzt müssen die Ärmel hochgekrempelt und die Felder bestellt, Häuser gebaut und im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze geschaffen werden. Das erreicht man nicht mit Parolen und Forderungen nach mehr Land und Geld. Die arabischen Staaten könnten jetzt ihre so oft und laut bekundete Solidarität mit den Palästinensern unter Beweis stellen und Investitionen ermöglichen, Geld gibt es in den Ölländern zur Zeit mehr als genug.

Auch Israel muß den Haß abbauen

Zu den Investitionen gehört auch der Bau eines Hafens. Israel wird sich dem nicht verweigern können. Natürlich können über einen Hafen schwere Waffen importiert werden. Aber dieses Risiko muß Israel eingehen, wenn es den 1,3 Millionen Einwohnern des Gaza-Streifens eine wirtschaftliche Überlebensfähigkeit zugestehen will. Das Risiko ist begrenzt, die israelische Armee wäre binnen Stunden wieder Herr der Lage in Gaza. Das Eingehen des Risikos lohnt sich, denn auch das ist bei all dem Haß in der Region ziemlich klar: Ohne Risiko ist nicht nur ein Krieg, sondern vor allem der Frieden nicht zu gewinnen. Insofern gab und gibt es für Israel zum Abzug auch keine Alternative. Und dazu passen auch die Bilder israelischer Kampfhubschrauber über Gaza nicht, die uns in diesen Tagen wieder erschrecken.

André Glucksmann hat in seinem neuen Buch „Haß“ die Rückkehr dieser elementaren Gewalt in unsere moderne Zivilisation beschrieben. Der Kern des Hasses und der Zerstörungswut sei nicht eine Religion, sondern der Nihilismus. Er ist der neue Ideologieersatz. Der bretonische Schriftsteller Ernst Hello hat schon vor 150 Jahren in seinem Buch „Welt ohne Gott“ solche Gedanken weitergedacht, als er prophetisch schrieb, der Nihilismus sei eine „Leidenschaft, die das Nichts zum Gegenstand hat. Hat sie einen Sinn? Nein. Aber diese Leidenschaft enthält ein Geheimnis: Die Liebe zum Nichts ist der Haß gegen das Sein.“ Das gilt nicht nur in Nahost. *lim*

Der Schicksalstag der Deutschen

Kein Tag des Jahres spielt in der Geschichte dieses Landes eine derart große und ambivalente Rolle wie der 9. November



Demonstrationszug in Berlin, Unter den Linden am 9. November 1918: Truppenteile schließen sich den Streikenden an



Eine große Menschenmenge versammelte sich am Abend des 10. November 1989 vor und auf der Mauer am Brandenburger Tor in Berlin

Fotos (2): pa (2)

Wenn der 9. November auch zum Leidwesen vieler nicht der Tag der Deutschen Einheit ist, sondern der vergleichsweise blutleere 3. Oktober, so ist doch dieser 9. November wie kein anderer Tag des Jahres der Schicksalstag der Deutschen. Auch für Preußen hat er eine große Bedeutung, endete an ihm doch die Monarchie und die Hohenzollernherrschaft. Insbesondere Monarchisten sind versucht, an diesem Ende des Königreiches Preußen auch das Ende der preußischen Staatlichkeit festzumachen. Dabei muß die Frage erlaubt sein, ob die Monarchie Preußen überhaupt wesensgemäß ist. Immerhin beruhte die überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit des Staatsapparates Preußens wie auch des Deutschen Ordensstaates nicht zuletzt darauf, daß Schlüsselstellen nach Leistung und nicht nach Herkunft vergeben wurden. Und Friedrichs des Großen Wort des „ersten Dieners seines Staates“ erinnert eher an die deutschen Stadtrepubliken, an deren Spitze ein „Erster unter Gleichen“ stand, als an das französische Königreich, wo der König erklärtermaßen nicht dem Staate diente, sondern seine Stelle einnahm.

Man muß allerdings nicht unbedingt Monarchist sein, um das Ende Preußens als Staat am Ende des kleindeutschen Kaiserreiches festzumachen, denn mit der Monarchie endete gleichfalls die privilegierte Sonderstellung Preußens im Deutschen Reich, die manche auch von Preußen-Deutschland sprechen läßt.

1923 ist als Krisenjahr dieser Weimarer Republik in die Geschichtsbücher eingegangen. Dieses lag nicht primär, aber eben doch auch am sogenannten Marsch auf die Feldherrenhalle. Dieser erwies sich für die Nationalsozialisten zwar als Niederlage, wurde von diesen jedoch zum Mythos stilisiert. Und so war die Führung der NSDAP denn am 15. Jahrestag in München zur festlichen Begehung des Jubiläums versammelt, als die Nachricht eintraf, daß in Paris ein deutscher Diplomat einem von einem Juden verübten Attentat zum Opfer gefallen war. Entsprechend schnell konnte die sogenannte Reichskristallnacht organisiert werden.

Wenn es nach Deutschlands Nationalmasochisten gegangen wäre, hätte es den 9. November 1989 mit der anschließenden kleinen Wiedervereinigung gar nicht geben dürfen, denn sie priesen die deutsche Spaltung als gerechte Strafe und Deutschlands Preis für eine auf dem Gleichgewicht der Supermächte basierende Sicherheit, die es zu erhalten gelte. Trotz derartiger Sympathien von Deutschlands Gegnern für die deutsche Teilung und die sie verteidigende SED wagten die Menschen in der DDR die Revolution; und trotz aller Kritik im Detail war diese sanfte Revolution doch wie die Novemberrevolution von 1918 zumindest insoweit erfolgreich, als das bekämpfte System verschwand. *M. R.*

1923: Eine Zeitung war der Auslöser

In der Weimarer Republik herrschte wie in jeder Demokratie Pressefreiheit – zumindest im Prinzip, das heißt, wenn kein Ausnahmezustand herrschte, und im Oktober 1923 herrschte Ausnahmezustand. So verbot der Reichswehrminister den seine Reichsregierung kritisierenden „Völkischen Beobachter“. Mit der Durchsetzung des Verbotes des in München erscheinenden nationalsozialistischen Blattes wurde der Kommandeur der in Bayern stationierten 7. Reichswehrdivision betraut. General Otto von Lossow weigerte sich jedoch, dem Befehl Folge zu leisten, und ließ sich statt dessen samt seiner Division von der in Opposition zur Reichsregierung stehenden bayerischen Landesregierung unter Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr „in Pflicht nehmen“. Hiernach wurde nun allenthalben der „Marsch nach Berlin“ erwartet.

In dieser Situation versuchte Adolf Hitler das Heft des Handelns an sich zu reißen. Als Kahr seine zusammengerufenen Anhänger am 8. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller versammelt hatte, überrumpelte Hitler mit Hilfe der SA die Versammlung und rief die „Nationale Revolution“ aus. Unter dem Eindruck der Ereignisse und der anwesenden SA-Männer erklärten mit Kahr auch Lossow und der Kommandeur der bayerischen Schutzpolizei, die ebenfalls anwesend waren, sich bereit mitzumachen. Nachdem die Drei jedoch im Laufe der Nacht ihre Handlungsfreiheit zurückgewonnen hatten und sich herausstellte, daß die bayerische Generalität den Schritt Lossows nicht nachvollzog, widerriefen sie mit der Begründung, erpreßt worden zu sein. Während Hitler sich in dieser Situation um die Vermittlung des bayerischen Kronprinzen bemühte, veranlaßte ungeachtet seiner Warnung sein damaliger Mitstreiter Erich Ludendorff am Mittag des darauffolgenden 9. November einen gemeinsamen Demonstrationszug durch München. Als die Demonstranten mit Hitler und Ludendorff an der Spitze die Feldherrnhalle erreichten, stießen sie auf einen Polizeikordons. Die anschließende bewaffnete Auseinandersetzung kostete vier Polizisten und 14 Demonstranten das Leben. *M. R.*

Der Kaiser stürzt

1918: Matrosen entfachen die Revolution

Im November 1918 war die militärische Lage des deutschen Heeres mehr als ernst. Eine nennenswerte revolutionäre Stimmung herrschte jedoch nicht. Der Grund war die aus dem gemeinsamen Fronterlebnis von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren resultierende Frontgemeinschaft, die zahlreiche Deutsche nach dem Kriege vergebens versuchten, in die Friedensgesellschaft der Weimarer Republik zu überführen. Eine derartige Frontgemeinschaft gab es bei der Marine nicht. Hier herrschten neben Langeweile noch die Standesdünkel der Vorkriegszeit. Entsprechend revolutionär war die Stimmung.

Den Anlaß zur Revolution gab der Befehl der Marineleitung, mit der Hochseeflotte, die jahrelang mehr oder weniger untätig in Deutschlands Häfen gelegen hatte, nun in den Englischen Kanal und gegen Englands Küste vorzustoßen. Es stellt sich die Frage nach den Gründen für diesen Befehl. Kritiker der Novemberrevolution werden eher dazu neigen, den Grund darin zu sehen, daß man die Kameraden vom Heer entlasten wollte, indem man den Nachschubweg zwischen Frankreich und England unterbricht. Befürworter der Novemberrevolution hingegen neigen eher der These zu, daß es der Marineleitung nur darum gegangen sei, mit wehenden Fahnen unterzugehen, und der Befehl demzufolge militärisch sinnlos gewesen sei.

Wie dem auch sei, die Matrosen widersetzten sich dem Befehl. Von Wilhelmshaven aus, wo die Meuterei am 29. Oktober 1918 begann, griffen die Unruhen erst auf die anderen norddeutschen Häfen über und von dort aus auf das des Krieges und des kriegsbedingten Mangels müde Binnenland. Da der Kriegsgegner zu erkennen gegeben hatte, daß die Deutschen ohne ihren Kaiser einen milderen Frieden würden erwarten dürfen als mit, wurden die Rufe nach Wilhelms II. Rücktritt lauter. Einmal mehr zauderte der Hohenzollernfürst. Da ergriff der Reichspräsident Prinz Max von Baden die Initiative. Am 9. November veröffentlichte er eigenmächtig eine Erklärung des Inhaltes, daß der Kaiser und König sich entschlossen habe, dem Throne zu entsagen. Zwei Stunden später rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann gegen den Willen seines Parteifreundes Friedrich Ebert die Republik aus. Wilhelm II. leistete keinen Widerstand, sondern ging ins niederländische Exil. *M. R.*

Die Mauer fällt

1989: Der Freiheit folgte die Einheit

Erich Honecker ist nicht zu widersprechen, wenn er im Jahre 1992 rückblickend vor dem Moabiter Gericht erklärte, auf die Mauer zu verzichten hätte geheißen, die DDR schon 1961 aufzugeben. Wie jedes KZ konnte auch die DDR nur dadurch langfristig überleben, daß sie ihre Insassen daran hinderte zu entkommen. Insofern liegen Historiker nicht falsch, wenn sie den 13. August 1961, den Tag des Mauerbaus, als zweiten Gründungstag der DDR bezeichnet haben. Den Aderlaß, den die sogenannte Abstimmung der Mitteldeutschen mit den Füßen bedeutete, konnten die DDR und deren Volkswirtschaft nicht lange durchstehen. So wie der Mauerbau die Existenz der DDR sicherte, so bildete die Maueröffnung den Anfang vom Ende des SED-Staates.

Dabei begann alles scheinbar ganz harmlos. Auf einer vom Fernsehen direkt übertragenen, zunächst langweiligen Pressekonferenz verliest SED-Politbüromitglied Günter Schabowski um 18.57 Uhr auf eine Frage zur neuen Ausreiseregelung von einem Zettel, den ihm Staats- und Parteichef Egon Krenz kurz vorher zugesteckt hat, folgenden Ministerratsbeschluß: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Visa für ständige Ausreisen, die über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin erfolgen könnten, seien unverzüglich zu erteilen. Auf eine Nachfrage erklärt Schabowski irrtümlicherweise, das trete nach seiner Kenntnis „sofort, unverzüglich“ in Kraft.

In Windeseile verbreitet sich daraufhin das übertriebene Gerücht, die Grenzübergänge seien geöffnet. An den abends üblicherweise menschenleeren Kontrollstellen entlang der Mauer wimmelt es binnen kurzem von Ost-Berlinern, welche die Probe aufs Exempel machen wollen. Die Grenzwachen sind überrascht, ratlos und überfordert. Weisungsgemäß lassen sie zunächst nur DDR-Bürger mit Ausweisen passieren, doch wird der Ansturm so massiv, daß sie schließlich auf jede Form von Kontrolle verzichten. Um 23.14 Uhr öffnen sich die Schlagbäume, zunächst am Übergang Bornholmer Straße. Nach 28 Jahren ist damit die Mauer faktisch gefallen. Elf Monate später ist die DDR nicht mehr existent, nur noch Geschichte. *M. R.*

1938: Angst statt Goebbels' »Spontaneität«

Wer sich mit den Geschehnissen des 9. November 1938 befaßt, gerät schon bei der Begriffswahl in unruhige Gewässer. Jahrzehntelang war „Reichskristallnacht“ die gängige Vokabel für die organisierten Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen in ganz Deutschland. Wo der Begriff ursprünglich geprägt wurde, ist ungeklärt. Willy Brandt behauptete 1982, er entstamme dem „Jargon der Mörder“. Günther Gillessen widersprach, es handele sich ganz im Gegenteil um einen „Begriff der Opposition“.

Was ist schlüssiger? Joseph Goebbels inszenierte die Attacke als Ausdruck „spontanen Volkszorns“, der sich entladen habe, nachdem Herschel Grünspan, ein aus Hannover nach Paris emigrierter 17jähriger Jude polnischer Abstammung, den deutschen Diplomaten Ernst Eduard vom Rath tödlich verletzt habe.

Die Beschreibungen von Zeitzeugen wissen von „Spontaneität“ indes wenig zu berichten – abgesehen vom Mob, der die Auslagen jüdischer Geschäfte plünderte. Der damalige Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Erich Lüth, berichtete auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. November 1958 über die Reaktionen der nichtjüdischen Zeitzeugen: „Keiner traute dem anderen, alle tauschten sie nur die örtlich abweichenden Details der Tatbestände aus. Nur wenige triumphierten. Die Mehrzahl blieb wortkarg und fürchtete sich.“

Viele derartige Beschreibungen vor Augen spricht vieles dafür, daß der Begriff „Reichs“-Kristallnacht nicht aus dem Sprachgebrauch der Nazis herrührt sondern aus dem Berliner Straßenjargon, der damit – zynisch und treffsicher – herausstellt, daß die Zerstörungen und Übergriffe von oben, von der Reichsführung initiiert wurden, statt, wie von Goebbels behauptet, „spontan“ vom Volk ausgegangen zu sein.

Nach dem 9. November 1938 begann die NS-Führung, die Verfolgung der Juden mehr und mehr als Geheimsache zu behandeln und mit aberwitzigen Euphemismen zu tarnen. Das Grauen der KZ öffentlich zu machen, konnte für Mitwisser in den Kriegsjahren lebensgefährlich werden. *JB*

MELDUNGEN

Viel Neues im Osten

Köln – Das Institut der deutschen Wirtschaft meldet für 2004 einen Anstieg der Existenzneugründungen um 15 Prozent. In den neuen Bundesländern – vor allem in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – haben sich besonders Ich-AGs angesiedelt, deren Gründer für sich keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt sahen. Neugründungen größerer Betriebe sind rückgängig, Firmen, die zu Wirtschaftswachstum und Innovation beitragen könnten, fehlen. Die bürokratischen Hürden in Deutschland sind vielen Existenzgründern mit durchschnittlich 45 Tagen Bearbeitungszeit pro Unternehmergründung (Australien zwei bis drei Tage) zu hoch.

Teufelskreis

Köln – Ein Anstieg der Beitragsbemessungsgrenze verteuert die Arbeit qualifizierter Beschäftigter. Die Löhne stiegen in den letzten Jahren um 2,27 Prozent, Ende 2002 wurde die Bemessungsgrenze für Renten- und Arbeitslosenversicherung um 13,3 Prozent auf 5100 Euro angehoben. Damit wurden die Löcher in den Sozialkassen zwar kurzfristig gestopft, langfristig führt diese Lösung aber zu höherer Arbeitslosigkeit und leeren Sozialkassen mit höheren Beiträgen, was wiederum weitere Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

Geringere Verluste

Frankfurt – Ende 2005 wird der DGB erstmals die Marke von sieben Millionen Mitgliedern unterschreiten. Obwohl der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften andauert, glaubt DGB-Chef Sommer, daß die Talfahrt gestoppt werden konnte, weil die Verluste geringer sind als noch 2004.

Triumph einer gemeinsamen Vision

Bischof pries bei der Einweihung der Dresdner Frauenkirche das weltweite Engagement

Von Caroline von Gottberg

Mit dem sonntäglichen Weihegottesdienst in der Dresdner Frauenkirche hatte das große Freudenfest begonnen, das drei Tage währen sollte: Mit Veranstaltungen, Ausstellungen und Konzerten wurde die fertiggestellte Frauenkirche gefeiert.

Zehntausende von Menschen verfolgten an großen Leinwänden die Weihe mit. Die meisten hatten sich ein kleines rotes Fähnchen angeheftet, auf dem das Motto des Weihefestes „Friede sei mit Euch" zu lesen war. Mit diesem Satz begrüßte Pfarrer Stephan Fritz die 60000 Besucher, die außerhalb der Kirche die Übertragungen mitverfolgten. Es sollte nicht nur ein Gottesdienst für die 1800 geladenen Gäste in der Kirche sein, unter denen sich auch Noch-Bundeskanzler Schröder, Bundespräsident Horst Köhler und Angela Merkel befanden, sondern ein Fest für alle, die von nah und fern gekommen waren. Und auch Nicht-Dresdner konnten vor dem heimischen Fernseher das große Ereignis mitverfolgen.



Das erste gemeinsame Singen in der wiedererrichteten Dresdner Frauenkirche Foto: pa

Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Jochen Bohl, ist der erste Geistliche, der nach mehr als 60 Jahren in der Frauenkirche predigte. Über das Reich Gottes sprechend, hatte er sich als Leitmotiv das Gleichnis vom Senfkorn aus dem Markus-Evangelium gewählt. „An diesem Tag gewinnen wir modernen Menschen des Jahres 2005 ein Gleichnis dazu: Der Wiederaufbau der Frauenkirche hat winzig klein, unscheinbar begonnen, aber es ist ein großes Werk geworden, im Geist der Versöhnung."

Neben der Versöhnung ist im Zusammenhang des Wiederaufbaus oft auch von einer Heilung gesprochen worden. Über Jahrzehnte war die Kirchenruine ein Mahnmal des Friedens und ein beredter Zeuge von Gewalt und Zerstörung. Diese Wunde wurde geheilt. Deshalb wirkten an der Weihe von Kanzel, Taufstein, Altar und Orgel auch Zeitzeugen mit. Eine alte Dame sprach das Gebet am Altar, vor dem sie einst konfirmiert und getraut worden war. Für viele Teilnehmer gehörte dies mit zu den bewegendsten Momenten des Gottesdienstes.

Hier in Dresden wurde unmöglich Scheinendes möglich. Es gab Zweifel, Widerstände und immer wieder die Fragen nach der Finanzierung. Ob es nicht viel wichtigere Dinge anzupacken gäbe als – bei einer Vielzahl leerstehender Gotteshäuser – sich eine prachtvolle Barockkirche zu leisten? Doch engagierte Bürger hatten eine Vision. Sie glaubten an den Wiederaufbau der einst so bedeutenden Dresdner Kirche. Dank der vielen Spenden und des Einsatzes von Menschen aus aller Welt konnte aus einer kühnen Idee Wirklichkeit werden. Wie ein Triumph prägt die Frauenkirche heute wieder das Dresdner Stadtbild.

In einer Zeit der Verunsicherung, der Ängste und der großen Zukunftsfragen ist das ein mutmachendes Signal. So betonte Landesbischof Bohl, daß unser Land in dieser verzagten Zeit nichts so sehr brauche „wie eine Bewegung in den Köpfen, einen Wandel der Mentalitäten, eine Orientierung auf die geistliche Dimension des Lebens". Der Wiederaufbau sei ein mutiges, ein verwegenes Unternehmen gewesen, denn die Realität habe dagegen gesprochen: „Es brauchte also einen neuen Blick, um eine andere Wirklichkeit sehen zu können ... Es brauchte die Blickrichtung des Glaubens, der die Welt überwinden kann, den Blick auf das Reich Gottes. Erst durch ihn wurden elementare Kräfte und Gaben freigesetzt, Zuversicht und Vertrauen wuchsen, trennende Grenzen wurden bedeutungslos."

In ähnlicher Weise bezeichnete auch Bundespräsident Horst Köhler in seiner Ansprache Dresden als positives und ermutigendes Beispiel. Wenn Gerhart Hauptmann 1945 gesagt habe, wer das Weinen verlernt habe, der lerne es wieder beim Untergag Dresdens, so sei dem 60 Jahre später hinzuzufügen: „Wer die Zuversicht verloren hat, der gewinnt sie wieder beim Anblick der wiedererstanden Frauenkirche ... Der Wiederaufbau hat Dresden, hat Sachsen, hat Deutschland verändert und uns gezeigt: Unser Land braucht mehr als nur Gewerbegebiete, Straßen und Forschungsinstitute ... Ich wünsche jedem von uns ein Stück von dem Mut, von der Begeisterung und von der Zuversicht, die die Einweihung dieser Kirche möglich gemacht haben. Ich wünsche der Stadt Dresden und all ihren Bewohnern und Freunden, daß sie beim Blick auf die Frauenkirche an das denken mögen, was uns eint: Als freie Bürger der Stadt Bestes zu erstreben. Und ich wünsche unserem Land, daß die Dresdner Frauenkirche uns stets daran erinnern möge, was wir an Gutem zu Stande bringen können, wenn wir einig sind."

Viele der Menschen auf dem Neumarkt waren bewegt, hatten auf diesen Tag und diese Stunde gewartet, hatten die Frauenkirche über die Jahre hinweg begleitet. So blieben die Menschen auch nach dem Gottesdienst in großen Scharen auf dem Platz versammelt. Den ganzen Tag erklang Musik, auf einer großen Bühne berichteten Zeitzeugen und Initiatoren von den Anfängen des Wiederaufbaus. Unter ihnen befand sich auch der weltbekannte Dresdner Trompeter Ludwig Güttler, der 1990 den „Ruf aus Dresden" mitverfaßt hatte. Ebenso war Baudirektor Burger anzutreffen, dessen jahrelanger, intensiver Einsatz für die Frauenkirche nun sein Ende gefunden hat.

Vor der Kirche versammelten sich lange Schlangen für die „gestalteten Besichtigungen", bei denen eine Gruppe von Besuchern sich für zehn Minuten in der Kirche umsehen und eine stille Andacht halten konnte. Die ersten standen bereits ab 7 Uhr in der Warteschlange. Es sollten möglichst viele Menschen schon in den ersten Tagen die Möglichkeit bekommen, das Innere der Kirche zu erleben. Aber auch diejenigen, die noch nicht hineingelangen konnten, hatten durch die Übertragungen schon einen Eindruck von dem Glanz und der Fülle barocker Pracht gewonnen. Das offizielle Fest hat drei Tage gedauert, doch die Freude wird viel länger währen.

Energie-Wende

Kostendruck muß abgebaut werden

Vollgetankt – dieser Hinweis in den Angeboten humorbegabter Gebrauchtwagenverkäufer bedeutet angesichts der aktuellen Spritpreise durchaus eine Wertsteigerung. Deutschlands Autofahrer fühlen sich zu recht ausgeplündert und abgezockt und sind sauer auf die internationalen Ölmultis, die hemmungslos jede tatsächliche oder auch vorgebliche Ölknappheit nutzen, um an der Zapfsäule das große Geschäft zu machen (was auch gut funktioniert – sie schreiben Rekordgewinne).

Doch ist es zu kurz gedacht, nur den Mineralölkonzernen die Schuld an den extrem überhöhten Treibstoffpreisen zu geben. Denn mit derzeit rund 83 Cent pro Liter ist es vor allem Vater Staat, der beim automobilen Bürger kräftig abkassiert. Mineralölsteuer, Ökosteuer, darauf noch Mehrwertsteuer – da kommt noch weitaus mehr zusammen als das, was am Ende auf den Gewinnkonten von Esso, Shell und Aral verbucht wird.

Hinzu kommt: Was uns an der Tankstelle abgeknöpft wird, ist – neben der Strom- oder Gasrechnung – der sichtbare, konkret im Alltag spürbare Teil der Belastung durch überhöhte Energiepreise. Den indirekten, darum aber keineswegs geringeren Teil bekommt der Bürger gar nicht bewußt mit.

Was immer an Ware über deutsche Ladentische geht – immer ist es von irgendwoher transportiert worden. Im Preis stecken also Energiekosten. Ein anderes Beispiel: Jede Fahrt zum Einkaufszentrum draußen auf der „grünen Wiese" kostet Sprit. Zwar sind es meist Kurzstrecken, aber bundesweit summieren die sich zu Millionen von Kilometern. Und schließlich laufen Maschinen, Rechenanlagen und Beleuchtung in den Produktionsstätten nur mit Energie – die Kosten bleiben letztlich beim Kunden hängen, ohne daß der dies direkt merkt.

Hier setzt die Verantwortlichkeit des Staates ein. Dank der einseitigen, ideologisch geprägten Energiepolitik der rot-grünen Regierung seit 1998 sind die indirekten Energiekosten dermaßen angestiegen, daß deutsche Produkte oft auch unabhängig von den Lohnkosten nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wer also mehr Arbeitsplätze schaffen will (und nur so lassen sich die Sozialsysteme sanieren), muß neben den Lohnnebenkosten vor allem die Energiekosten herunterfahren. Ein absolutes Muß bei allen Koalitionsverhandlungen, egal über welche Koalition. **M.S.**



Gedanken zur Zeit:

Macht EU Pause vom Denken?

Von Wilfried Böhm



Es waren Zeichen einer Götterdämmerung der Europäischen Union (EU), die vom informellen Gipfel ihrer Staats- und Regierungschefs ausgingen. Die bösen Omina kamen stilgerecht aus dem eng mit der britischen Geschichte und dem seiner Royals verbundenen Gespensterschloß Hampton Court vor den Toren Londons, in das der britische Premier Tony Blair eingeladen hatte.

Dieser hatte sich eine gemütliche Gesprächsrunde vor dem Kamin des Schlosses vorgestellt, dort, wo sich vor mehr als 500 Jahren Heinrich VIII. von und mit seinen Ehefrauen entspannte. In dieser Atmosphäre gedieh denn auch britische Außenpolitik: Schon 1524 wurde hier ein Vertrag zwischen England und Frankreich geschlossen, der später Anlaß zu mannigfaltigen Festivitäten bot, obwohl immer wieder in den Gemächern des Schlosses mehrere Gespenster ihr Unwesen zu treiben geruhten.

Doch dieses Mal trafen sich die Repräsentanten der europäischen Politik nur für ganze acht Stunden und eher im Stile eines Herrenclubs. Zwanglos plauderte man über „die Herausforderung der Globalisierung" und „das europäische Sozialmodell"; eine konkrete Tagesordnung gab es nicht. Hätte es sie gegeben, so die dänische Zeitung „Politiken", wäre die Gipfelkonferenz „vermutlich zu einem Fehlschlag geworden". Drohte doch zum Beispiel Frankreichs Präsident Chirac mit seinem Veto, wenn bei der Festlegung der EU-Verhandlungslinie für die bevorstehende Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation die rund zehn Milliarden Euro gefährdet würden, die Frankreichs Landwirte zum großen Nutznießer der EU machen.

So war Hampton Court Ausdruck der tiefen Ratlosigkeit, von der die europäische Politik nach dem Fiasko des „Neins" der Franzosen und der Niederländer zum sogenannten europäischen „Verfassungsvertrag" befallen ist. In dieser miesen Lage wurde das riesige Gartenlabyrinth am europäischen Geisterschloß Hampton Court gewissermaßen zum Symbol für die Brüsseler Umverteilungsmaschinerie, zu der die EU mehr und mehr verkommen ist. Dazu paßt, daß Kommissionspräsident Barroso plant, einen neuen Milliardenfonds gegen die negativen Folgen der Globalisierung einzurichten. Die Auseinandersetzungen darüber dürften dazu angetan sein, die EU weiter zu paralysieren.

Kein Wunder, daß nach dieser Konferenz nahezu alle, die sich dazu äußerten, von einer „tiefen Krise der Europäischen Union" sprachen. Einhellig war die Meinung, daß die Mitgliedsstaaten noch nie zerstrittener waren als gegenwärtig.

EU-Kommissar Günter Verheugen, in Brüssel verantwortlich für Unternehmen und Industrie, hatte wie immer seine Nase im Wind. Hatte er doch gerade ein Buch unter dem Titel „Europa in der Krise" geschrieben. Er zeigte pflichtgemäß in mehreren Interviews seine Verbitterung über den Gipfel: „Europa steckt in einer tiefen Vertrauenskrise" und „der Gipfel hat gezeigt, daß die EU in wichtigen Punkten nicht handlungsfähig ist". Altaußenminister Hans Dietrich Genscher (FDP) machte seinem Altparteifreund Verheugen, der erst später zur SPD entfleuchte, die Freude, dessen Buch zu loben. Dabei formulierte er staatsmännisch, „daß die Krise der EU als Chance für eine Denkpause" genutzt werden müßte.

Wenn diese Denkpause als Pause zum Denken und nicht als Pause vom Denken genutzt wird, müßte sich die EU mit den Zahlen beschäftigen, die der britische Europaminister Douglas Alexander jüngst auf den Tisch gelegt hat: In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Produktionslücke zwischen Amerikanern und Europäern von drei auf zehn Prozent erweitert. „Wenn die EU ein amerikanischer Bundesstaat wäre, würde sie neben Alabama auf Platz 46 rangieren. 20 Millionen der insgesamt 450 Millionen Europäer seien arbeitslos, fast ein Fünftel davon junge Leute. Wenn sich die Bevölkerungsentwicklung fortsetzt, wird es 2050 doppelt soviel Amerikaner wie Europäer geben." Es wird also höchste Zeit, daß sich Europa vom Umverteilungswahn der Brüsseler Bürokratie trennt und sich zum ökonomischen Wettbewerb seiner demokratischen Nationalstaaten untereinander und miteinander entschließt.

Die finanziellen Nettoleistungen an die EU sind für Deutschland eine schwere Belastung und ein Grund für die gegenwärtige wirtschaftliche Misere unseres Landes. Wird diese Politik fortgesetzt, schlachtet die EU die Kuh, die ihr über Jahrzehnte Milch gegeben hat. Das darf nicht geschehen. Die neue Bundesregierung wird nur erfolgreich sein, wenn sie in der EU entsprechend handelt.

»... dann war der Spuk vorbei«

50 Jahre Bundeswehr – Eine Jubiläumsfeier, die von Verkrampftheit und falschen Zugeständnissen überschattet war

Von Hans Heckel

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen machte aus seiner Distanz zur Truppe keinen Hehl: „Dann war der Spuk vorbei", vermeldete der TV-Sprecher erleichtert, als die letzten Bilder des Großen Zapfenstreichs vor dem Reichstag anläßlich des 50. Jubiläums der Bundeswehr über den Bildschirm gingen. Die Bundeswehr feierte ihren Geburtstag nicht mitten im Volk, in den Straßen von Berlin, wo sie nach allen Politikerbeteuerungen eigentlich hingehört, sondern in einem von 1000 Polizisten und 600 Feldjägern streng abgeriegelten Gehege vor dem Reichstag.

Der scheidende Verteidigungsminister Peter Struck betonte, daß die Truppe im Volk fest verwurzelt sei. Umfragen belegen in der Tat: Die Deutschen stehen zu ihren Soldaten. Kaum eine Institution in Deutschland genießt so hohes Vertrauen wie die Bundeswehr. Doch zeigen mag man den Deutschen ihre Soldaten offenbar nicht. Das Volk blieb draußen, mußte das große Ereignis am Fernseher verfolgen wie ein ungebetener Gast, der die Feier heimlich durch die Türspalte beobachtet. Allein 4000 sorgfältig ausgesuchte Gäste hatten Zutritt zu dem hermetisch abgesperrten Gelände.

Eine Militärparade durch die Hauptstadt wäre die in allen Ländern der Welt selbstverständlich praktizierte Möglichkeit für Zigtausende gewesen, selbst dabeizusein, wenn diejenigen gewürdigt werden, die ihren Kopf hinhalten für ihr Land. Das aber würde von allzu vielen als „Provokation" aufgefaßt werden, lautet der Einwand. Gemeint sind Leute wie die 1500 linken Demonstranten, die die Berliner Linden hinunterrollten am Abend des Zeremoniells und sich eine Straßenschlacht mit der Polizei lieferten.

Struck äußerte Verständnis dafür, daß es Kritik gebe an der Bundeswehr und am Zapfenstreich. Nur wenige hundert Meter entfernt johlte der extremistische Mob „Deutschland muß sterben" und drosch auf Polizisten ein. „Keine Toleranz den Intoleranten" – dieser von Politikern oft und gern in den Mund genommene Satz hatte an diesem Abend Pause. Ein Polizist wird sich disziplinarisch verantworten müssen, weil er angeblich zu hart zurückgeschlagen hat, nachdem ihm „Demonstranten" so heftig in die Genitalien getreten hatten, daß er Blut urinierte.

Den Deutschen, denen seit jüngstem allabendlich per Fernsehspot gepredigt wird, daß sie mehr Zutrauen in sich und ihr Land haben sollen, gibt das Schauspiel von Berlin Rätsel auf. Schluß mit der Verzagtheit, mit Ängstlichkeit und Mutlosigkeit lautet die Parole von „Du bist Deutschland". Der Umgang mit der Bundeswehr und der militärischen Tradition Deutschlands, welchen die politische Führung in Berlin vorführte, stand in merkwürdigem Gegensatz zu diesem Appell. Die Regierung traut sich nicht einmal, deutsche Soldaten öffentlich durch die Straßen ziehen zu lassen aus Angst vor einer aggressiven Minderheit, die dieses Land, dieses Volk und seine Soldaten zutiefst verabscheut.

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, macht in seinem Buch „Die Kraft des Neubeginns" die „Vergangenheitsbewältigung" als wesentliche Ursache aus für mutlose Starre in Deutschland. Die „ständigen Schuldbeteuerungen unserer Politiker können nichts an der Vergangenheit wiedergutmachen. Aber sie lähmen unsere nachwachsenden Generationen und verbauen ihnen ihre Zukunft. Sie verhindern, daß die Deutschen sich endlich wieder bejahen können". Peter Struck wie es in seiner Berliner Rede darauf hin, daß es sich beim Großen Zapfenstreich nicht um eine nationalsozialistische, sondern um eine preußische Tradition handele. Das wußte längst jeder bis auf die, die es sowieso nicht hören wollen. Doch der Minister konnte es sich nicht verkneifen, wenigstens einmal auf die NS-Zeit Bezug zu nehmen. Vielleicht hätte ihm ja sonst jemand vorhalten können, er habe sie „bewußt verschwiegen". Genau davon spricht Hans-Olaf Henkel. So paßten sich die Ministerworte zusammen mit den Absperrgittern, den grölenden Randalierern und dem zynischen TV-Schlußwort in ein bizarres Gesamtbild der deutschen Malaise.



Foto: vario-press

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit: Beim Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag war kein Publikum zugelassen.

Armee zwischen Tradition und Budgetnöten

Auch Österreich feiert den 50. Geburtstag seiner Streitkräfte – Bunte Militärparade zog durch Wien

Von R. G. Kerschhofer

In Österreichs großem Jubiläums-, Gedenk- oder „Gedanken"-Jahr 2005 standen wieder zwei Daten auf dem Programm: Vor 100 Jahren wurde der Österreichische Skiverband gegründet und vor 50 Jahren das Österreichische Bundesheer. Der österreichische Skisport dürfte ausreichend bekannt sein – aber was weiß man über das Bundesheer?

Die Aufstellung einer Armee ergab sich zwingend aus den Staatsvertragsverhandlungen, denn die Souveränität Österreichs wurde gekoppelt an die Formel einer „immerwährenden Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz" – und die war eine bewaffnete Neutralität. Der Staatsvertrag wurde am 15. Mai 1955 unterzeichnet, die Alliierten hatten bis zum 25. Oktober abzuziehen, und am 26. Oktober wurde die „Immerwährende Neutralität" vom Parlament beschlossen. Den 26. Oktober erklärte man später zum Nationalfeiertag, und so gab es dieses Jahr zur 50-Jahrfeier nicht nur die übliche „Waffenschau" auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg, sondern erstmals seit etlichen Jahren wieder eine große Militärparade auf der Ringstraße.

„Nach dem Vorbild der Schweiz" – das stimmte nicht ganz, primär weil das Heeresbudget Österreichs immer weit unter dem der Schweiz blieb. Und die Neutralität selbst ging erst recht eigene Wege: So trat Österreich gleich 1955 der Uno bei, was für die Schweiz damals nicht in Frage kam. Wie durch Zufall entpuppten sich neue Waffensysteme jeweils als Nato-kompatibel. Österreichs Luftraumüberwachung und Abhöreinrichtungen, die „bis weit in den Osten" reichten, waren für den Westen immer recht „interessant" – um es neutral auszudrücken. Und seit Beitritt zur EU und zur „Partnership for Peace" 1995 bleibt von der Neutralität eigentlich nur noch die deklarierte Absicht, sich nicht an einem Angriff gegen Drittländer beteiligen zu wollen.

Bundesheer durchlebte seine Wechselbäder

Die Wechselbäder, denen das Bundesheer ausgesetzt war und ist, sind nicht verständlich ohne einen Blick auf die Parteipolitik: Bundeskanzler Raab setzte sich 1955 mit der Neutralität durch, die damals einen sowjetischen Beigeschmack hatte. Später ließ die ÖVP zunehmend erkennen, daß für sie der Nato-Beitritt ein Fernziel war. Bei der SPÖ lief es umgekehrt: Der „rechte" Vizekanzler und spätere Bundespräsident Schärf war 1954/55 gegen die Neutralität und für die Nato. Doch spätestens seit Kreisky ist „Neutralität" für die SPÖ eine heilige Kuh, deren Mageninhalt nicht untersucht werden darf. Auch die FPÖ hatte jahrzehntelang klare Nato-Sympathien, die sich allerdings in jüngerer Zeit (Afghanistan, Irak) gänzlich verflüchtigten. Daß die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin an „die Neutralität" glaubt, liegt an deren „sichtbaren" Vorteilen zur Zeit des kalten Krieges – und am (vermeintlichen) Gleichgewicht der Militärblöcke. Glück gehabt.

Das Bundesheer mußte 1955 nicht bei Null anfangen, denn bereits ab 1952 war in den westlichen Besatzungszonen die sogenannte „B-Gendarmerie" aufgestellt worden. Deren Angehörige hatten größtenteils Weltkriegserfahrung, waren militärisch ausgerüstet und kaserniert. Für das Bundesheer selbst wurde die allgemeine Wehrpflicht mit einer Dienstzeit von neun Monaten plus Reserve-Übungen beschlossen. Jahrgang 1937 kam als erster dran. Kreisky gewann später eine Wahl mit der Parole „sechs Monate sind genug". Nun, daraus wurden de facto achteinhalb Monate, denn man konnte die Waffenübungen gleich anhängen, und für das Bundesheer hatte es sich ohnehin als sehr teuer erwiesen, Leute für Waffenübungen aus dem Berufsleben herauszureißen. Die kürzlich beschlossene Heeresreform sieht die Verkürzung auf „echte" sechs Monate vor, was vielfach mit Skepsis gesehen wird. Die Entwicklung Richtung Berufsheer scheint vorgezeichnet.

Die erste Bewährungsprobe für das Bundesheer kam bereits 1956, als die Sowjetarmee gegen die aufständischen Ungarn eingesetzt wurde. Wie kritisch die Lage an der Ostgrenze war, wird nicht nur durch die Zahl von über 200000 Flüchtlingen veranschaulicht: Es kam auch zu Grenzverletzungen, bei denen ein Rotarmist von Bundesheersoldaten erschossen wurde. – Manche Skeptiker begannen einzusehen, daß man besser eigene als fremde Soldaten im Land hat, und vor allem in Ostösterreich zeigte sich die Bevölkerung voll des Lobes.

Durchaus ehrenvoll waren auch die Bundesheereinsätze im Rahmen von Uno-Missionen. Freiwillige dafür sind leicht zu finden, denn die Auslandseinsätze werden gut bezahlt und erweisen sich als nützlich für Beförderungen. Ein recht undankbarer Dienst ist hingegen der „Assistenzeinsatz" zur Abwehr illegaler Einwanderung. Da die Kräfte des Innenministeriums nicht ausreichen, müssen Soldaten seit 15 Jahren – meist nächtens – Leute abfangen, die zu tausenden von Schleppern jenseits der Grenze abgesetzt werden.



Foto: pa

Links und rechts der Route bestaunten Österreicher ihre Truppe

Die Akzeptanz des Bundesheeres weist ein deutliches Land-Stadt-Gefälle auf. Hierin manifestiert sich einerseits die unschätzbare volkspädagogische Bedeutung von freiwilligen Feuerwehren, Schützenkompanien, Trachtengruppen und Gesangsvereinen, andererseits die Wirkung destruktiver Propaganda in den Ballungszentren. Auch zur Jubiläums-Parade gab es „Wortmeldungen", Demonstrationen blieben aber aus. Von der Bevölkerung besonders geschätzt sind naturgemäß die Einsätze in Katastrophenfällen und somit vor allem die Pioniere. Wie heißt es so schön im fast 300 Jahre alten Prinz-Eugen-Lied: „Er ließ schlagen eine Brucken, daß man kunnt hinüberrucken" – um Belgrad den Türken abzunehmen. Wenn das nicht Tradition ist!

Wie sieht es überhaupt mit der Tradition aus? Allen voran ist hier die 1752 gegründete Theresianische Militärakademie in der Wiener Neustadt zu nennen, die 1958 wieder ihren Betrieb aufnehmen konnte. Tradition spiegelt sich auch wider in Dienstgraden und Rangabzeichen sowie in der Benennung von Einheiten, Akademie-Jahrgängen, Kasernen und Geräten: Jagdpanzer „Kürassier", Schützenpanzer „Ulan", Radpanzer „Pandur" sowie geländegängige „Haflinger" und „Pinzgauer". Kaum verwunderlich, daß sich im Offizierskorps Namen finden, die dort auch vor hundert oder mehr Jahren anzutreffen waren.

Fürs Publikum sehr wichtig ist schließlich die Militärmusik, die nicht nur aus dem Radetzky-Marsch besteht: Wer denkt schon daran, daß sogar der melancholisch-verträumte Franz Schubert Militärmusik komponierte? Zur jahrhundertealten Tradition gehört allerdings auch die zunehmende Unterdotierung des Heeresbudgets. Daß in Zeiten höchster Not trotzdem großartige militärische Leistungen vollbracht wurden, erntete jeweils höchstes Lob. Doch kaum war die Gefahr vorbei, regierte wieder der Rotstift. „Es wird eh nix passieren" ...

Die Heeresreform bringt mit der Wehrdienstverkürzung eine Reduzierung des Personalstandes, die Auflösung von Einheiten, den Verkauf von Kasernen und die Auslagerung von Dienstleistungen, die bisher intern erbracht wurden. Daß mit fragwürdigen Umbenennungen und dergleichen die „Vergangenheitsbewältigung" überall Einzug hält, trägt ebensowenig zur Verbesserung der Stimmung bei.

Besorgnis herrscht auch außerhalb des Bundesheeres: Einsparungen kosten Arbeitsplätze, vor allem wo traditionsreiche Garnisonen aufgelöst werden. Und was muß man sich denken, wenn bei der Jubiläumsparade eine Einheit in „Wüstenuniform" defiliert?

Raus aus der dunklen Ecke Europas

Rumänien hat bezüglich seines geplanten EU-Beitritts die gelbe Karte aus Brüssel erhalten, doch es gibt auch Fortschritte

Von Ernst Kusclar

Trotz „beachtenswerter Fortschritte" hat die Europäische Kommission vergangene Woche ins Auge gefaßt, den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 zu verschieben. Die Nachricht löste in Rumänien verständlicherweise keinen Jubel aus, die Reaktionen in der Presse fielen gemäß ihrer politischen Ausrichtungen aus. Die in Hermannstadt erscheinende deutschsprachige „Hermannstädter Zeitung" bemerkte unter dem Titel „Weder ja noch nein, trotz positivem Bericht": „Rumäniens Fortschritte im Beitrittsprozeß wurden optimistisch betrachtet", diese Fortschritte wurden „im Bereich der Justizreform registriert sowie im Bereich der Gewährung von staatlichen Subventionen". Obwohl das Land bei der „Anpassung der europäischen Gesetze nachgeholt" habe, habe man die Korruption immer noch nicht „im Griff".

Das siebenbürgische Hermannstadt, dessen wirtschaftliche Entwicklung dem Durchschnitt des Landes weit voraus ist, fürchtet nun um seinen baldigen Zugang zum europäischen Markt. Bürgermeister Klaus Johannis, ein Siebenbürger Sachse, beteuert gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*: „Die Korruption in der Stadtverwaltung ist ausgemerzt, einfach weil ich das nicht toleriere." Auf die diesbezügliche Laxheit der rumänischen Justiz und auf die mögliche Existenz alter Seilschaften angesprochen, sagte er, die Ursachen seien schwer zu erklären. „Leider reagiert die Justiz noch nicht, aber man bemüht sich. Alte Seilschaften gibt es vielleicht, aber auch die Strukturen müssen verbessert werden."

Das Blatt „Adevarul" (Die Wahrheit) titelt seinen Kommentar „Sieben rote Ampeln bis zur Europäischen Union", womit die einzelnen Beanstandungen der Europäischen Kommission gemeint sind: „Die rumänischen Behörden müssen gesteigerte Anstrengungen in den Bereichen freier Güterverkehr, freier Personenverkehr, freier Kapitalverkehr, Landwirtschaft, Konkurrenzverhalten, Fischereiwesen, tierärztliches Kontrollwesen an den Tag legen." „Entschiedene und dingende Aktionen" seien in der „Grenzkontrolle, der Anwendung des Schengen-Abkommes und der Unterschlagungen sowie der Korruption" notwendig. Bürgermeister Johannis meint dennoch: „Der EU-Beitritt ist noch 2007 zu schaffen. Trotz einer Menge Kritik und Warnungen ist es (der jüngste Bericht der EU-Kommission über Rumänien) der beste Fortschrittsbericht seit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen." Der EU-Zug ist nach Johannis' Auffassung für Rumänien also keineswegs abgefahren.

Während die ultra-nationalistischen Zeitung „Tricolorul" (Die Trikolore) der „Partei Großrumäniens" Pessimismus verbreitet und in ihrem Artikel Rumänien als „Korruptions-Europameister" und den Bericht der Kommission als „äußerst hart" bezeichnet und der rumänischen Regierung „schwere Zeiten" ankündigt, zitiert die in Bukarest erscheinende „Allgemeine Deutsche Zeitung" (ADZ) die rumänische Ministerin für Europäische Integration, Anca Boagiu, mit den Worten: „Ich wäre enttäuscht, würden wir nicht solche Hinweise bekommen ... Diese Informationen sind eine echte Unterstützung für unsere Aktivitäten." „Der Warnbrief ist kein Folterwerkzeug, der Warnbrief ist eine Hilfe, ein Instrument zur Ausrichtung der Bemühungen eines Staates." Auch die ADZ bemängelt tägliche Meldungen über neue Korruptionsfälle quer durch alle Berufsgruppen: Zöllner, die sich am Ex- und Import bedienen, Unternehmer, die seit Jahren Steuersünder sind; Politiker, die EU-Mittel verschwenden, und nicht zuletzt Juristen, die keine Beweise finden können.



Herrmannstadt: Die heute zu Rumänien gehörende Stadt hat eine sehr wechselvolle Geschichte

Foto: pa

Dennoch sind die meisten Rumänen optimistisch. Sie begreifen die mögliche Beitrittsverschiebung als Chance. „Viele Investoren kommen nach Hermannstadt", so der als „deutscher Kennedy" gefeierte Bürgermeister Klaus Johannis, „um rechtzeitig zum Beitritt schon vor Ort zu sein; es gibt auch Rücksiedler, zahlenmäßig zwar nicht viele, aber für uns sind sie wichtig. Manche kommen als Investoren, manche als Vertreter meist deutscher Firmen und manche als Rentner zurück. Wir haben Investoren aus vieler Herren Länder, aber zahlen- und investitionsmäßig überwiegen die Deutschen."

Das hat seine Gründe: Der Wirtschaftsraum Hermannstadt ist auch dank des Einsatzes des Siebenbürger Sachsen Johannis einer der am stärksten entwickelten in Rumänien. Der Deutsche, der seit sieben Jahren im Amt ist, wußte die günstigen Verkehrsanbindungen, die seit dem 12. Jahrhundert in der Stadt verankerte Handwerkertradition, die seit dem 18. Jahrhundert existente Industrietradition und die relativ weite Verbreitung der deutschen Sprache in der Region als Wirtschaftsfaktoren zu nutzen. Auch ist der Physiklehrer kein Freund der langen Diskussionen, bei ihm wird gehandelt. „Mach es deutsch", sagen die Rumänen auch, wenn etwas besonders gut werden soll. Ein Image, das der 46jährige gerne nutzt. Auch verweist er auf den besonderen Beitrag der noch hier lebenden Siebenbürger Sachsen, „der durch die geringe Anzahl nicht quantitativ, sondern eher qualitativ zu werten ist, etwa durch den guten Einsatz in Schule, Verwaltung und Kirche". Von 23 Sitzen im Stadtrat hält das Deutsche Forum 16, obwohl nur 2000 Deutsche in der 170000 Einwohner zählenden Stadt leben, haben sie heute wieder starken Einfluß im Ort.

Als allein 1990 mehr als 100000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben aus Rumänien nach Deutschland zogen, dachte kaum jemand an eine Rückkehr. Zwar waren sie nicht wie in anderen sozialistischen Staaten besonderen Repressalien als Deutsche ausgesetzt, aber das Gefühl eines bitteren Unrechts überwog. Heute indes überwiegt auch bei den Fortgezogenen der Wunsch, Rumänien möge bald der EU beitreten.



Klaus Johannis

Die Geschichte hat es nie gut mit den Rumänen gemeint: vom 16. Jahrhundert an ununterbrochene Türkenherrschaft im alten Rumänien südlich und östlich der Karpaten bis 1877, dann das Antonescu-Regime, darauf die Sowjets und schließlich das Ceausescu-Joch – da fällt die Gewöhnung an Rechtsstaatlichkeit, an Recht und Gerechtigkeit vielen noch immer schwer. Mit dem EU-Beitritt endlich aus der dunklen Ecke Europas herauszutreten – diese Hoffnung eint dennoch die große Mehrheit.

MELDUNGEN

Ungarn will trotz Defizits den Euro

Budapest – Trotz gewaltigem Haushaltsdefizit will Ungarn 2010 den Euro einführen. 2005 wird das Defizit vermutlich 6,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Um 2010 in die Euro-Zone aufgenommen zu werden, dürfte Ungarn 2008 die Defizit-Obergrenze von drei Prozent nicht übersteigen. Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány hielt dies für unrealistisch und wollte den Beitritt zum Euro verschieben. Massive Proteste aus der Wirtschaft veranlaßten ihn jedoch zum Umlenken.

Gespräche über Transnistrien

Kischinau – Nach einer 15monatigen Eiszeit haben die Moldau-Republik (Moldawien) und das von ihr abtrünnige Transnistrien vergangenes Wochenende wieder Verhandlungen aufgenommen. Transnistrien hatte sich nach der Auflösung der UdSSR selbständig gemacht, wird aber von keinem Land der Welt anerkannt. Unter dem Schutz russischer Truppen behauptet sich das Gebiet, kaum größer als das Saarland, seitdem zwischen der Ukraine und Moldawien. Die moldauische Regierung in Kischinau beklagt die Unterdrückung der moldauischen (rumänischsprachigen) Bevölkerungsgruppe im russisch dominierten Transnistrien.

Tschechien droht Volksfront

Zwar legt sich die deutschfeindliche Haltung in der Bevölkerung, doch linke Parteien halten Haß lebendig

Von Martin Schmidt

Die tschechische Innenpolitik ist von parteipolitischem Wirrwarr und Widersprüchlichkeiten selbst bei wichtigen Themen gekennzeichnet. So diskutierte der Senat in Prag Anfang Oktober über die Initiative zweier bürgerlicher Abgeordneter, kommunistische Propaganda zu verbieten und die kommunistische Partei KSCM als verbrecherische Organisation einzustufen.

Diese Initiative hatte schon deshalb keine Chance, weil die letztgenannten Kommunisten in der Tschechischen Republik mittlerweile fest im Sattel sitzen. Etwa jeder fünfte Wähler stärkt ihnen den Rücken, obwohl sich die Nachfolgerin der totalitären Staatspartei der Sowjetära nach wie vor nicht eindeutig von den Verbrechen distanziert hat, die vor 1989 begangen wurden.

Spätestens das Abgeordnetenhaus wird die antikommunistische Initiative der Senatoren Mejstrík und Stetina stoppen. Denn die dort federführenden Sozialdemokraten (CSSD) haben sich kürzlich für eine stillschweigende Zusammenarbeit mit den Kommunisten entschieden und das bislang geltende ungeschriebene Gesetz gebrochen, wonach sich keine Regierung auf die KSCM stützen dürfe. Noch sind die Sozialdemokraten in einer wenig handlungsunfähigen Koalition mit den Christdemokraten (KDU-CSL) und der liberalen Freiheitsunion (US-DEU) verbunden. Künftig soll es eine Minderheitsregierung unter Ausschluß der bürgerlichen Kräfte geben.

Während der sozialdemokratische Ex-Ministerpräsident Vladimír Spidla einen solchen Schritt im Jahr 2002 noch abgelehnt hatte, wurde der Tabubruch von dem seit April amtierenden Regierungschef Jirí Paroubek durchgesetzt. Paroubek nennt die Kommunisten in einem Beitrag für die Tageszeitung „Právo" vom 11. Oktober ausdrücklich eine „normale politische Partei".



Benesch-Statue in Prag

Foto: pa

Verwirrende Signale sendet Prag auch in Hinblick auf die sudetendeutsche Frage. Die meisten heutigen Politiker und Bewohner der europäischen Herzländer Böhmen und Mähren, die über Jahrhunderte hinweg ihre wirtschaftliche wie kulturelle Blüte einer Symbiose von tschechischen und deutschen Einflüssen verdankten, tun sich mit dem an den (Sudeten-) Deutschen begangenen Unrecht sehr schwer.

Immerhin sind seit einigen Jahren Ansätze für ein beginnendes Umdenken in – vor allem jüngeren – Teilen der Bevölkerung auszumachen. Mährens Hauptstadt Brünn veranstaltete in diesem Jahr erstmals eine offizielle Gedenkfeier für die Opfer des am 31. Mai 1945 begonnenen „Brünner Todesmarsches", und die Kommune Aussig erregte am 31. Juli internationales Aufsehen mit ihrer Erinnerung an das berüchtigte Massaker vom Sommer 1945.

Das vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und der Robert-Bosch-Stiftung mitfinanzierte Aussiger „Collegium Bohemicum" plant sogar den Aufbau eines „Museums der Deutschen in Böhmen", das einstweilen allerdings noch unter einem unguten propagandistischen Stern steht, da es als „tschechische Antwort auf das ‚Zentrum gegen Vertreibungen'" in Berlin konzipiert wird. Aber auch hier wurden bereits tschechische Tabus gebrochen. Vor allem, als führende Mitarbeiter des von mehreren städtischen Institutionen einschließlich der örtlichen Hochschule unterstützten „Collegium Bohemicum" mit Johann Böhm zusammentrafen, dem Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Von nachhaltiger Bedeutung könnte ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes in Brünn von Mitte August sein. Es untersagte die bisherige Praxis tschechischer Behörden und Gerichte, adlige Deutsche mit tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit als NS-Anhänger oder Kollaborateure zu verleumden, um unter Berufung auf die berüchtigten Benesch-Dekrete ihren enteigneten Besitz nicht an die Erben zurückgeben zu müssen.

Die Brünner Richter gaben damit – allen Protesten von Politikern und Meinungsmachern zum Trotz – der Klage der beiden Töchter des 1946 verstorbenen Fürsten Salm-Reifferscheidt statt. Hugo Salm hatte kurz vor seinem Tod vom zuständigen tschechischen Nationalausschuß einen provisorischen Staatsbürgerschaftsbescheid bekommen, den der Verwaltungsgerichtshof nach einer Entscheidung des tschechischen Innenministeriums im Jahr 2002 annullierte, da er angeblich unrechtmäßig ausgestellt worden sei. Man verwies auf das Benesch-Dekret Nr. 33 vom 2. August 1945, das all jenen, die 1938/39 deutsche Staatsbürger geworden waren, den tschechoslowakischen Paß aberkannte, sofern sie sich nicht nachweislich als NS-Gegner hervortaten. Doch ausgerechnet dieses Dekret war bereits 1949 außer Kraft gesetzt worden.

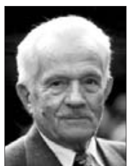
Verfassungsgerichtshof untersagt Verleumdung als NS-Kollaborateure

Der Verfassungsgerichtshof sprach von einem Verstoß gegen die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und betonte die erwiesene NS-Gegnerschaft des Fürsten. Dessen mährisches Schloß Raitz und rund 7000 Hektar Land müssen nun an die Töchter zurückgegeben werden.

Das alles klingt nach Signalen einer allmählichen Entspannung und deutet darauf hin, daß die in breiten Bevölkerungsteilen Tschechiens bis heute regelrecht kultivierte Deutschenfeindlichkeit langfristig ein Auslaufmodell ist. Doch die an den alten Feindbildern festhaltenden Kräfte sind noch immer stark. Dies zeigte sich deutlich mit der Aufstellung einer Benesch-Statue vor dem Prager Außenministerium am 16. Mai 2005.

Zwar hat sich die tschechische Regierung am 24. August – nach einem mehr als zweijährigen internen Ringen – endlich zu einer Entschuldigung an all jene Sudetendeutschen bereitgefunden, die sie zu den „aktiven Gegnern des Nationalsozialismus" zählt und die in der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenfalls unter dem Entrechtungs- und Vertreibungsverbrechen leiden mußten. Allen Hoffnungen auf eine auch finanzielle Entschädigung der noch lebenden schätzungsweise 200 sudetendeutschen NS-Gegner erteilte man jedoch eine Absage.

Die überfällige Entschuldigung gegenüber dieser einst mengenmäßig durchaus beachtlichen Gruppe vermag nichts daran zu ändern, daß die Benesch-Dekrete von seiten der Regierung und des Parlaments noch immer unangetastet bleiben und in der breiten tschechischen Öffentlichkeit hinsichtlich des millionenfachen Unrechts an anderen unschuldigen Sudetendeutschen Unwissen oder Gleichgültigkeit vorherrscht.



»Moment mal!«

Das hätte selbst Gysi nicht besser gekonnt

Von Klaus Rainer Röhl

Die parlamentarische Linke in der neugewählten SPD-Fraktion hat vor einer Woche, am 27. Oktober, ein Papier mit dem Titel „Leitplanken“ vorgestellt, in dem sie ihre Meinung zu den laufenden Verhandlungen über die „Große Koalition“ bekannt gibt. Wohlgemerkt, es waren nicht die außerparlamentarische Linke oder ATTAC oder die umbenannten PDS-Kommunisten. Sondern die parlamentarische Linke, die neuen Abgeordneten der SPD. Wie sich herausstellt, werden die Grenzen zwischen den Linken langsam fließend. Alle spüren Aufwind. Alle haben gute Laune. Bei fünf Millionen Arbeitslosen und 35 Milliarden Schulden. Die „Leitplanken“, ein Begriff, den man nicht zufällig der Straßenverkehrsordnung entnommen hat, sollen nun der Partei – und uns – mit einem ziemlich groben Zaunpfahl zeigen, wo es langgehen soll bei den Verhandlungen mit der Union und wo es, nach dem Willen einer knappen Hälfte der SPD-Abgeordneten, nicht weitergehen darf.

Find ich toll, den Gedanken der „Leitplanken“. Solche Gedanken sollten wir auf der anderen Seite der Barrikade uns vielleicht auch machen. Es geht auch anders, aber so geht es auch, sagt Brecht in seiner wunderschön gemeinen Paradoxie. In der Dreigroschenoper. Da geht es übrigens auch schon um die Wurst. Und um den Kapitalismus, der an allem schuld ist. Aber Brecht hat meistens recht: Es geht auch anders.

Keine Koalition um jeden Preis. Da ist den Genossen Sozialisten voll zuzustimmen. Vielleicht lebt Deutschland besser ohne eine große Koalition.

Auch die Union. Denn von dem Wahlprogramm der Unionsparteien ist in den bisherigen Koalitionsvereinbarungen nichts übriggeblieben.

„Münte“ hat ganze Arbeit geleistet. Selbst die parlamentarischen Linken der SPD, sonst gegenüber ihren Parteibossen eher kritisch, loben ihre Verhandlungsführer und jubeln: „Die konservativ-postliberalen Kräfte in der CDU und der CSU sind auf dem Rückzug!“ Fein beobachtet. Da freuen sich die SPD-Linken.

SPD-Linke fordert mehr Staat, weniger Bürger

Fragen wir uns einmal, welche wichtigen Kernpunkte des Wahlkampf-Programms der CDU/CSU gesichert sind? Bisher, selbst mit angestrengt gutem Willen betrachtet, keine. Das Weiterlaufen der modernen Kernkraftwerke und der Ausbau der Forschung an der Zukunftstechnik Kernfusion, der ultimaten Lösung aller Energie-Probleme, ist bereits so gut wie vom Tisch. Statt dessen soll, nach dem Willen der SPD, immer noch die ganz auf Zuschüsse angewiesene „Windkraft“, sollen Solarenergie und Diesel aus Raps propagiert und gefördert werden. Was in der Realität nichts weiter bedeutet, als daß wir weiter CO_2 ausstoßende Kohlekraftwerke bauen müssen und darauf angewiesen sind, daß Putin uns nicht den Gashahn zudreht. Auf gut deutsch: Wir beziehen weiter den Strom aus der Steckdose: Französischen, slowakischen, finnischen – Atomstrom!

Die Gesundheitspolitik der Union ist bereits preisgegeben. Das wichtigste Vorhaben der CDU/CSU, die geplante Steuersenkung zur Verbesserung der Unternehmensgewinne, ist vom Tisch. Und damit die Hoffnung auf schnelle Wirtschaftsbelebung und Entstehung neuer Arbeitsplätze. Dafür garantiert nun ein sozialdemokratischer Finanzminister, der sich unbesorgt über das 35-Milliarden-Loch in der Kasse gibt. Er allein weiß, wie Rumpelstilzchen, wie Stroh zu Gold gesponnen wird: Durch einen gigantischen letzten Schlußverkauf des Bundesvermögens, die bereits ins Gespräch gebrachte Privatisierung der Autobahnen. Und dann? In den nächsten Jahren? Kommt dann doch die Mehrwertsteuer oder eine neue Sondersteuer, der „Kon-Soli“. Entstehen so Arbeitsplätze?

Über die Arbeitslosigkeit machen die Linken nur vage Vorgaben: „Die Beschäftigung ist zu stärken.“ Aber ausschließlich durch staatliche Förderung: Besser könnten Lafontaine und Gysi es auch nicht formulieren: „Erhöhung der privaten und öffentlichen Investitionsquote. Ein Investitionsprogramm für Arbeit, Bildung, Umwelt und kommunale Infrastrukturen. Dazu gehören Mindestlöhne, die Erweiterung des Entsenderechts (gegen billige ausländische Arbeitskräfte). Eine Lockerung des Kündungsschutzes lehnen wir ab.“

Für die übrigen Bereiche, die noch nicht ausverhandelt sind, gilt die Regel, soviel Sozialismus wie möglich, soviel Privatwirtschaft wie (noch) nötig. Der Staat soll mehr Geld ausgeben als je zuvor, dafür aber mehr Kontrollen auf allen Gebieten des Lebens ausüben. So sollen alle Häuser und Wohnungen einen „Energiepaß“ erhalten, um den Energieverbrauch der Hausbesitzer zu kontrollieren. Nach dem gläsernen Bankkonto das gläserne Haus. Der gläserne Patient, die Chipkarte mit chiffrierten Angaben über den Versicherten, ist schon in Arbeit.

Von dem vor der Wahl von der Union zugesagten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin ist kaum noch die Rede. Während jede ethnische und psycho-soziale Randgruppe und jeder aus Afrika oder Asien kommende Wirtschafts-Flüchtling sozusagen herzlich willkommen geheißen und dieses Problem breit ausgeführt wird, werden die 15 Millionen Vertriebenen, die 2,2 Millionen ermordeten Bewohner des deutschen Ostens und die knapp 800 000 Bombenopfer nicht einmal erwähnt. Mit keinem Wort. Die Vertriebenen können sich noch glücklich preisen, wenn man sie in Zukunft wegen ihrer Königsberger Klopse, des schlesischen Himmelreichs und des Danziger Goldwassers wenigstens noch zur multikulturellen Vielfalt zählen wird. Ihre Geschichte, ihr Schicksal und ihre Identität sollen dem Staat weiterhin, wie unter Rot-Grün, keine zentrale Gedenkstätte wert sein.

Die Position der Kanzlerin verliert an Bedeutung

Worauf steuern wir nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu? Auf eine sozialdemokratische Regierung mit CDU-Beteiligung. Mit einer Kanzlerin, deren Richtlinienkompetenz durch die Koalitions-Vereinbarungen ausgehöhlt ist und deren Handlungsspielraum zwischen Außenministerium auf der einen Seite und dem alles entscheidenden Finanzministerium auf der anderen Seite hoffnungslos eingeklemmt ist. Angela Merkel darf allenfalls zwischen den einzelnen Ministerien, deren Beamtenapparat nach sieben Jahren rot-grüner Regierung auf lange Sicht unkündbar parteiverfilzt ist, moderieren und bei Staatsbesuchen die Gäste empfangen wie die englische Königin. Zu allem anderen braucht sie ein Koalitionspapier.

Sie kann, wenn es Ärger gibt und sie von ihrer Richtlinien-Kompetenz Gebrauch machen und tatsächlich einmal den politischen Kurs Deutschlands bestimmen will, wie es im Grundgesetz steht, weder einen Minister entlassen noch einen ernennen, eines der wichtigsten Rechte eines Bundeskanzlers. Sie hat eigentlich keine Richtlinien-Kompetenz mehr, sondern eben eine Leitplanken-Kompetenz. Der Posten des Kanzlers verliert unter diesen Umständen an Bedeutung. Die Frage, ob die Union ihn stellt oder nicht, damit auch. Den anderen CDU- oder CSU-Ministern geht es nicht besser. Kein Wunder, daß Stoiber noch immer zögert, nach Berlin zu gehen. Er hat keine Chance und, nach dem sicheren Ende des Debakels, auch keine Chance mehr in München. Weg vom Tisch. In dem durchaus nicht als Scherz gemeinten SPD-Papier wird überdeutlich, wozu die Union zur Zeit mit ins Boot steigen darf: Um „sozialdemokratische Politik zu gestalten“!

Stellen wir uns also auch einmal die Leitplanken-Frage: Brauchen wir eine große Koalition um jeden Preis? Sind ein Kanzlerposten und ganze vier Ministersessel es wert, wenn damit in einem künftigen Deutschland die „Kernpunkte sozialdemokratischer Politik“ und des Wahlmanifestes der SPD als gesichert gelten? Es geht auch anders, aber so geht es nicht.

Ein wahrer Tag der Befreiung

Von Ulrich Schacht

Seit einigen Jahren erleben wir im Prozeß verschärfter „politisch-korrekter“ Geschichtspolitik und einer ihr hörigen Historiographie, die sich schulpädagogisch und bildungspolitisch ebenso universalmoralistisch spreizt wie sich ihre Thesen massenmedial auf inflationär-manipulative Weise ins Unterbewußte ergießen, den fanatischen Versuch, aus dem 8. Mai 1945 einen Tag der Befreiung werden zu lassen und damit eine Art Nationalfeiertag neuen Typs für alle nachwachsenden Generationen von Deutschen zu stiften. Zwar ist der 8. Mai 1945, was in der Schreckens-Natur der Sache lag, für vom NS-System rassisch und politisch Verfolgte ein Datum existentieller Befreiung im radikalsten Sinne des Wortes gewesen, für den übergroßen Rest der Menschen im geschlagenen und besetzten Land jedoch, das bedingungslos kapituliert hatte, begann eine Zeit der Okkupation, der Deportation, der Verhaftung und Liquidation oder millionenfacher Vertreibung, der Zerschlagung Deutschlands in Besatzungszonen und weltpolitisch konträre Einflußsphären.

Kein Geringerer als der französische Staatspräsident Mitterand hat solcher Verfälschung eindrucksvoll widersprochen und auf die unauslöschbar doppelte Wahrheit jener historischen Stunde verwiesen, als er am 8. Mai 1995 in Berlin in seiner Rede zum 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges bekannte: „Ich bin nicht gekommen, um den Sieg zu feiern, über den ich mich 1945 für mein Land gefreut habe. Ich bin nicht gekommen, um eine Niederlage herauszustellen, weil ich wußte, welche Stärken das deutsche Volk hat, welche Tugenden, welcher Mut in ihm steckten – wenig bedeutet mir dabei seine Uniform, ja selbst die Vorstellung in den Köpfen dieser Soldaten, die in so großer Zahl gestorben sind. Sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin. Für eine schlechte Sache, aber diese ihre Heldentaten hatten damit nichts zu tun. Sie liebten ihr Vaterland. Das muß man sich klarmachen.“

Im radikalen Gegensatz dazu handelt es sich beim 9. November 1989 um einen authentischen Befreiungstag, um einen wirklichen emanzipatorischen Akt, auch und nicht zuletzt im Sinne von Selbstbefreiung einer Volksmehrheit von einer ganz und gar illegitim herrschenden politischen Minderheit. Denn mit ihm ging nicht nur die über 40jährige Existenz der zweiten deutschen Diktatur zu Ende, mit ihm wurde auch die, nationalperspektivisch gesehen, provisorische Republik der Westdeutschen aus dem nur allzu bequemen Donröschenschlaf ihres Eingerichtetseins in die begrenzte Souveränität der Nachkriegsordnung gerissen, wurde aus der unzweideutigen Grundgesetzpflicht zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit der Deutschen endlich ein Terrain praktischer Politik und damit das Ende der diesbezüglichen entspannungspolitischen Fortschrittsphrasen eingeleitet, die zuletzt nichts anderes als Formeln eines vollkommenen Geschichtsstillstandes waren. Insofern geht auch das bei manchem beliebte Deutungsmuster, es habe sich bei der Wende im Herbst 1989 eher um eine „Implosion“ des SED-Systems denn um eine „Revolution“ gegen es gehandelt, in die Begriffs-Irre, was die radikale Veränderungs-Wucht einschließlich des dazugehörigen Tempos betrifft.



Foto: Corbis

Nieder mit der Mauer: Ost-Berliner im November 1989

Im Gegenteil: Die revolutionäre Dynamik des Prozesses, zugleich Teil des Zusammenbruchs eines politischen Großsystems, das die halbe Welt beherrschte, fegte zwischen dem Herbst 1989 und der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 auch gleich noch die zeitweilige Elite der Bürgerbewegung, die den unmittelbaren Aufbruch vor Ort forciert hatte, mit hinweg, ging ihr Konzept einer „reformierten“ DDR den Volksmassen doch nicht weit genug. Der Revolutionshöhepunkt, der symbolpolitisch und real-emotional zweifellos am Tag des Mauerfalls und der Besetzung des Todesstreifens durch Deutschland und Berlin von Deutschen aus Ost und West seinen Höhepunkt erreichte, hatte eine strukturpolitische Komplementärpointe, die im Ergebnis besagter Volkskammerwahl lag und damit in einem beispiellosen zivilisatorischen Akt einen Wahlvorgang zur Revolution gemacht hatte, der die alten Verhältnisse unwiderruflich beseitigte. Daß der Vorgang dabei nicht nur ein Schock für die längst im Orkus der Geschichte verschwindenden alten SED-Funktionseliten war, sondern vor allem auch für den linksliberalen Mainstream der Bundesrepublik Deutschland und seine Legitimationsexperten in Wissenschaft, Kultur und Bildung, unterstreicht ja nur den revolutionären Charakter der Entscheidung: Sie richtete sich nämlich gegen zwei deutsche Funktionseliten gleichermaßen, ohne daß das der Mehrheit der Wähler, die an die Urnen gegangen waren, zu diesem Zeitpunkt anhaltender Euphorie auch nur bewußt sein konnte. Konnte sie doch nicht ahnen, wie sehr das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes im Westen Deutschlands bewußtseinspolitisch schon unterlaufen war.

16 Jahre nach dem Mauerfall scheint die politisch und ökonomisch depressiv stimmende Wirklichkeit von heute das emotionale Großereignis von damals, das so gravierende Konsequenzen gehabt hat, der Lächerlichkeit preiszugeben und bösartige ideologische Konjunkturritter wittern ihre Chance, die Revolution von einst als historischen Grundirrtum materiell bestochener Volksmassen zu deuten. Das aus pathologischer Denunziationslust stammende Stichwort des westdeutschen Regierungs-Philosophen Habermas vom „D-Mark-Nationalismus“ war ja nur die frühe Totschlagsvokabel eines intellektuellen Teilungs-Fetischisten, dem, wie seinen aktuellen Nachläufern, die ganze Richtung nicht paßte. Das offizielle Deutschland folgt dem zwar nicht, es feiert den 3. Oktober ebenso höchstoffiziell wie es der Novembertage des Jahres 1989 heftig gedenkt.

Aber es ist noch gar nicht solange her, daß die gerade abgewählte Regierung Überlegungen öffentlich testete, aus dem fixen Nationalfeiertag 3. Oktober einen flexiblen Sonntag zu machen, der sich ökonomisch rechnen läßt. Der 3. Oktober aber, der staatsrechtlich relevante Tag der Wiedervereinigung Deutschlands, ist jedoch nichts Geringeres als das souveränitätspolitische Siegel auf dem unumkehrbaren Prozeß der Wiedervereinigung der Nation, der mit dem Mauerfall am 9. November 1989 begann und damit einem revolutionären Akt eines Großteils des deutschen Souveräns.

Dennoch sollten wir uns, die Zeugen jener glücklichen Geschichtsstunde im November 1989 geworden sind, diese glückliche Zeugenschaft von niemandem destruieren lassen. Mag Deutschland heute in innerer Verfassung sein wie es will, seine äußere, die sich in der Wiederherstellung der nationalen Einheit zeigt, ist das Ereignis einer grandiosen Tat, deren Voraussetzung Mut, Seelenweite und Himmelsglück sind. Kein anderes deutsches Datum kann dem 9. November 1989 moral- und symbolpolitisch das Wasser reichen. Er ist für alle Zukunft der Herzensfeiertag der Deutschen und der große Bruder des Vernunftfeiertags 3. Oktober.

Bürgerliche Lähmung

Betr.: „Einmal umrühren“ (Nr. 40)

Ihr Beitrag zu „Du bist Deutschland“ ist zutreffend. Vervollständigt wird er durch einen Beitrag zum selben Thema von Holger Wartz, erschienen in der „Jungen Freiheit“ vom 7. Oktober 2005, der noch weitere Hintergründe beleuchtet: „Die großangelegte Medienkampagne ‚Du bist Deutschland‘ zielt ja nicht etwa auf nationale Besinnung hinsichtlich unserer großen Geschichte, Werte und Traditionen, sondern soll im Gegenteil genau diese durch das heutige verheerende Deutschlandbild unserer linken Machteliten in Staat und Medien ersetzen. Niemand hätte wirklich ernsthaft etwas anderes erwartet.

Die Frage wird immer drängender: Wann endlich werden sich unsere konservativen Eliten ihrer Pflicht bewußt und finden aus ihrer bürgerlichen Lähmung durch Bequemlichkeit und Feigheit heraus, um zu einer gemeinsamen, jetzt so notwendigen neuen Kraft zusammenzustehen?!“ **Karl Friedrich Greve, Sankt Augustin**

Königsberg – Wichtiger Bezugsort preußischer Geschichte

Betr.: „Mit der ‚4 you 2‘ nach Königsberg“ (Nr. 42)

Freitag ist in unserem Hause wichtiger „*PAZ*“-Tag. Auch als geborener Stettiner, meine Frau ist Ostpreußin, ist ihr Inhalt für mich immer wieder interessant. Der oben genannte Artikel war für mich aber ein grandioser Ausreißer. Die Aussagen des Autors zeigen eine gehörige Portion Arroganz. Schon die Benennung der Yacht mit dem Zahlen-/Wortspiel, ist ja so modern ..., spricht für sich. Nicht unerwähnt bleiben mußte die Typenbezeichnung der Yacht, damit der Leser weiß, in welcher Preiskategorie sich diese bewegt. Eigentlich hätte die russische Marine ja ein entsprechendes Empfangszeremoniell durchführen müssen, mit Seite pfeifen etc., statt nur ein paar Beamte einschließlich einer in „highheels“ zu schicken.

Der Autor hat sich ob all des Elends dieser Ansiedlung nach seiner „Heimat“ Hamburg zurückgesehnt, ach wäre er da doch gleich geblieben. Was hat der Herr denn eigentlich erwartet?

Wir waren gerade acht Tage mit einer Reisegruppe in Königsberg, waren in Cranz, Rauschen, Pillau etc. Sind mit der Samlandbahn herumgefahren. Natürlich kann man nicht Hamburg oder Danzig als Vergleich nehmen. Das Straßenpflaster ist überwiegend miserabel, außer vielleicht am Hansaplatz oder der Cranzer Allee. Die Landschaft versteppt und verödet. Dennoch hat sich einiges im Gebiet in den letzten Jahren getan. – Aber was wichtiger ist, wer noch das alte Königsberg sucht und historisches Verständnis hat, der findet auch interessante Relikte. Die große historische Bedeutung dieser Stadt ist immer noch hier und da zu finden. Erstaunt war ich, daß viele Mitreisende bis zu sechsmal die Stadt besucht haben und dort vielfach Freundschaften geschlossen haben. Ich war auch total überrascht, wie viele Russen großes Interesse an der deutschen Vergangenheit der Stadt zeigen und bereit sind, das historische deutsche Erbe zu reaktivieren. Ich bin kein Königsberger, nicht mal Ostpreuße, mich interessierte die Stadt als ein wichtiger Bezugsort preußischer Geschichte und ich möchte die Reise mit all den vielen Eindrücken nicht missen. **Peter Krämer, Norderstedt**

Postenkartenmaler

Betr.: „Befreiung, Niederlage oder was?“ (Nr. 39)

Schultze-Rhonhof schreibt: „Niemöller, der spätere Kirchenpräsident, sah (1939) in Frankreich, Großbritannien und Polen die Peiniger der letzten 20 Jahre.“ Eine Anmerkung dazu: Wickelt man das Geschichtsknäuel mit seinen Knoten und Verschlingungen von heute bis zu dessen Anfang 1919 ab, bleibt als Spule der polnische Chauvinismus mit seiner Zerstückelung Deutschlands im Versailler Friedensdiktat, ohne den der Österreicher Hitler ein unbekannter Postkartenmaler geblieben wäre und Deutschland heute nicht an der Oder enden würde.

Wir dürfen das nie vergessen, wir sind es unseren Millionen Toten und Vertriebenen schuldig. Und vielleicht lernen mit der Zeit auch Jüngere daraus. **Dr. Detlef Arntzen, Hamburg**



Foto: pa

Affront gegen Merkel: Die Junge Union feierte den von der CDU-Chefin ins Abseits gedrängten Friedrich Merz, während die Parteichefin selbst scharfe Krtitik einstecken mußte.

Ganz besonders liebe Post

Betr.: „Ein Leben für Tiere“ (Nr. 42)

Jede Woche freue ich mich sehr, wenn die Zeitung im Briefkasten ist. So – wie man sich freut – wenn man liebe Post erhält.

So auch heute. Sofort schlage ich das Wochenblatt auf und da springt mich regelrecht die „Kurische Nehrung“ an. Und das im *Ostpreußenblatt*! Hat die neue Rechtschreibung auch hier schon jemanden verwirrt?

Aber sonst – wie gesagt – freuen ich und auch mein Mann (der kein Ostpreuße ist) uns immer sehr auf das Erscheinen Ihrer Zeitung. **Hannelore Robertz-Melzer, Ebersbach**

Immer einen klaren Blick

Betr.: „Münteferings Diktat“ (Nr. 41)

Obwohl wir zwar keine Ostpreußen sind (Vorfahren mütterlicherseits kamen jedoch aus dem Baltikum), hat allein der Name immer eine besondere Bedeutung in unserer Geschichte und ist somit für einen Berliner auch immer Heimat! Außerdem sind wir mit Preußeninstitut und Zollernkreis sehr verbunden.

Ihre Artikel entsprechen genau unserer Einstellung. Ihr Leitartikel vom 15. Oktober beinhaltet eigentlich alles, das links davon gesetzte Foto spricht schon für sich und macht die Polung nicht nur der SPD, sondern der gesamten künftigen neuen Regierung sichtbar.

Es ist für unser Vaterland sehr bedauerlich, daß sich Frau Dr. Merkel so in die Ecke drängen läßt und daß es vermutlich nie mehr eine rechte CDU geben wird. Welchen Einflüssen die CDU bereits schon erlegen ist, sah man im Fall Martin Hohmann. Es sind fast nur wenige hohe Ministerien, die unsere CDU besetzen darf. Das Außenministerium wird nun von einem SPD-Hinterbänkler „betreut“ – armes Deutschland!

Ihr Bericht über General Kießling hat mich betroffen gemacht. Da ich in den 80er Jahren in Italien lebte, habe ich nicht alle Vorgänge in Deutschland beobachtet. Schade um eine hervorragende Persönlichkeit in der Bundeswehr!

Auf Seite 6 schrieb Ihr Redakteur Herr Röhl einen historisch gut fundierten Artikel über das Werden und Wirken der Türken, eigentlich kann man vor der Zukunft das Fürchten bekommen.

Frau Ruth Geede erhält unsere besondere Verehrung, auch in unserem Bekanntenkreis hat sie Menschen zusammengeführt, die sich in einem Lazarett kennenlernten, und vor ein paar Jahren durch Schriftverkehr mit Frau Geede wieder in Kontakt kamen. Bitte übermitteln Sie unsere herzlichen Glück- und Segenswünsche.

Auch herzlichen Dank für den wunderbaren Franz-Marc-Bericht und Hinweis auf die Ausstellung im Lenbachhaus. Insgesamt vertritt Ihre Zeitung unsere politische und historische Meinung, was früher einmal die „Welt am Sonntag“ tat. Da ist jedoch leider ein neuer Geist eingezogen ...

Wir danken Ihnen für die wertvolle Arbeit in Ihrer Redaktion und für gute Führung, wünschen Ihnen immer einen klaren Blick für die traurigen Realitäten und verbleiben mit besten Grüßen „In preußischer Verbundenheit“ **Beatrice Bootz, Echterdingen**

Friedrich Merz soll uns den La Fontaine machen

Betr.: „Konservative ohne Lobby“ (Nr. 41)

Herr Heckel hat in gewohnter Weise wieder einmal unseren deutschen Polit-Zustand exakt herausgearbeitet und ausführlich begründet: Eine erneut verstärkte Linkslastigkeit mit der Folge des Vakuums rechts in „diesem Lande“. Die nunmehr nicht mehr wegzupolemisierende Schieflage Deutschlands zwingt zum Handeln. Vorbild ist vorhanden, wenn auch in andere Richtung: SED in Neuauflage mit Gisy und La Fontaine. Ein mit Verständnis nachzuvollziehender und schier zwangsläufiger Vorgang. Gleiches gilt gleichermaßen zwangsläufig für die rechtskonservative Seite: Die Union driftet weiter nach links und hinterläßt ein tiefes Loch mit mindestens zwölf Prozent Wählerpotential. Eine solche Mindest-Wählerschaft ist spürbar vorhanden, ein bißchen Zeitgeist weggekratzt und schon spürt man unverbogene, ganz natürlich-vernünftige Ansichten, die ohne weiteres als konservativ oder als rechts (um Gottes Willen!) angesehen werden können.

Die heutigen politischen Splittergruppen werden, auch bei etwaiger Vereinigung nichts werden. Es muß etwas neues an Personen und Inhalt Unverbrauchtes kommen, mit vertrauenswürdigen, bewährten Persönlichkeiten, mindestens einer solchen, die sich bereits mit Mut, Unabhängigkeit, Standhaftigkeit, auch Durchsetzungsvermögen, Intelligenz und Sachverstand bewährt hat. Eine solche Person ist da! Sie hat sich bereits bewährt mit dem bescheidenen Anspruch auf deutsche Leitkultur in unserer Bundesrepublik Deutschland. Ein Mann, der zu den besten gehört, wenn nicht der Beste selbst, den wir in der politischen Öffentlichkeit haben. Ein Mann, der in seiner intelligent-freundlichen Art aufgrund seines überlegenen Wissens und Könnens einen wohl nicht dummen La Fontaine abgefertigt hat. Ein Genuß! Solche Persönlichkeiten wären zu berufen und nicht aus reinen Machtgelüsten auszuschließen.

Friedrich Merz sollte – als Gegenpart zu den SED-Linken – eine rechtspopulistische Partei gründen, die RPPD! Mindestens zwölf Prozent auf Anhieb, mit steigender Tendenz, wären ihm und unserer konservativen Wählerschaft im Wartestand sicher. Für die heutige Union ist er zu schade. Solche Köpfe braucht das Vaterland, die sich auch nicht scheuen, sich zu Rechts zu bekennen. Eine einseitige Kopflastigkeit, heute die Linke, führt unweigerlich bergab.

Haben Sie Mut, Herr Merz, lassen Sie Ihre politische Potenz nicht verdorren. Sie haben als einziger bekannter Politiker das Zeug, den linken Genossen Paroli zu bieten – mit Ihrem Sachverstand und Ihrer überlegenen Überzeugungskraft. Mit Ihnen kann das Vakuum gefüllt werden zum Wohle unseres Vaterlandes und aller Gäste, die in unserem Lande leben. **Günter Hagner, München**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
N. N.

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano (V.i.S.P.); **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Sverre Gutschmidt (kommissarisch); **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2003 Bezugspreis Inland 7,55 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 9,50 € monatlich, Luftpost 13,20 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1211**

Abschottung von den Vätern und Großvätern

Betr.: „Die Elite der Wehrmacht“ (Nr. 42)

Das von Politikern ausgesprochene Kontaktverbot zwischen der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und der Bundeswehr ist eine der Eiterbeulen am dahinsiechenden Körper, der sich noch Deutschland nennt. Nicht nur Scharping, wie ihn gab und gibt es viele, die die Reste unseres Vaterlandes untergehen oder verschwinden sehen wollten und wollen.

Bundespräsident Horst Köhler und Parlamentspräsident Norbert Lammert machen zwar durchaus ein wenig Mut, aber ob ihre Zuwendung zu unserem Land reicht, um das Zerstörungswerk von Politikern und Journalisten aufzuhalten, vermag ich nicht einzuschätzen.

Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS haben nach dem Krieg mitgeholfen, unser Land wieder aufzurichten, beim Aufbau der Bundeswehr hatten sie entscheidenden Anteil. Was muß in Mitbürgern vorgehen, die das alles vergessen und nur ihrem Haß auf die eigene Herkunft leben.

Wenn heute mit fragwürdigen Mitteln in den Medien versucht wird, in den Bürgern Gefühle für ihr Land zu wecken, dann ist das nur ein wenig tauglicher Versuch, die Folgen der Zerstörung der Seele des eigenen Volkes aufzuhalten, zu der auch die Abschottung der Bundeswehr von ihren Vätern und Großvätern gehört, die in Wehrmacht und Waffen-SS einst glaubten, ihr Leben zur Verteidigung ihres Vaterlandes geben zu müssen. **Markus Feierabend, Melle**

Mehr Präzision der Gedanken

Betr.: Neues Format

Ein Großformat verleitet Autoren zur Weitschweifigkeit anstatt zur Präzision der Gedanken. Ganzseitige Beiträge sind bereits die sichtbare Folge – und das schreckt viele Leser ab. Das alte Format konnte man zudem ganz bequem auf zwei DIN-A4-Seiten kopieren, für weitere Leser. **Karl Hermann, Bad Arolsen**

Am Blattrand

Betr.: Neues Format

An den neuesten getroffenen Maßnahmen gefällt mir, daß Sie die Bezieher-Anschrift jetzt auf dem Blattrand anbringen, statt per Aufkleber im Titelblatt-Text. **Winfried Grube, Marktoberdorf**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Wie bei der Geburt Jesu Christi

Jung und alt feierten 600 Jahre Ordenskirche Allenburg mit einem Festgottesdienst in dem Gotteshaus

Von Ute Bäsmann

Zu der Feier 600 Jahre Ordenskirche Allenburg waren ehemalige Bewohner des Kreises Wehlau, unter ihnen natürlich viele aus dem Kirchspiel Allenburg und dem benachbarten Groß Englau, mit zwei Bussen angereist. Es waren aber auch viele junge Menschen dabei, die sich einfach nur einmal ansehen wollten, warum die Landschaft Ostpreußens noch heute alle verzaubert.

Unter den aus der Bundesrepublik Angereisten, die ihre Wurzeln suchten, war auch ein 90 Jahre alter Mann. Er wollte noch einmal im Schleusenwärterhaus schlafen, in dem er von 1922 bis 1932 zehn Jahre seines Lebens mit seinen Eltern und Schwestern gewohnt hatte. Das war die einzige Zeit, die er in Ostpreußen gewesen war, und hatte sie doch nie vergessen und sich sein Leben lang als Ostpreuße gefühlt. Diesen Wunsch konnte er sich erfüllen. Er konnte sogar im ehemaligen Schlafzimmer seiner Eltern wohnen. Glücklic und dankbar ist er in die Bundesrepublik Deutschland zurückgefahren.

Der Festgottesdienst mit Abendmahl und Segnungen konnte im Kirchenschiff stattfinden. Das vorjährige Korn war ausgeräumt und der Kirchenraum in tagelanger Arbeit für die Besucher begehbar gemacht worden. Die Mitglieder der 2001 gegründeten evangelisch-lutherischen Gemeinde Allenburgs hatten den Fußboden mit frischem Heu belegt und an den Pfeilern hingen duftende Sträuße aus Lindenblüten.

Trotzdem konnte der etwas modrige Geruch, der sich im Laufe der 30 Jahre, die die Kirche nun schon als Kornlager genutzt wird, eingestellt hat, nicht ganz eingedämmt werden. Eine Besucherin kam schnell wieder aus der Kirche heraus mit der Bemerkung: „Das riecht da drinnen wie in einem Kuhstall!“ Geistesgegenwärtig konterte ein russischer Dolmetscher und Reiseführer: „Gnädige Frau, bedenken Sie, Jesus wurde auch in einem Stall geboren!“ Auch ein Besucher aus der Reisegruppe von Propst i. R. Erhard Wolfram fühlte sich an die Geburt Jesu erinnert. Er schreibt in einem Bericht: „... und in die zugemauerten Fensterhöhlen waren Teelichter gestellt. Im Geist stellte ich mir das Bild vom Stall in Bethlehem in der Weihnachtsgeschichte vor. So ähnlich muß es vor 2000 Jahren dort auch gewesen sein.“

Ein Abendmahl gehörte auch zum Festgottesdienst in der Ordenskirche

Am 21. Januar 1945 hatte in der Allenburger Kirche der letzte evangelische Gottesdienst stattgefunden und nun, nach 60 Jahren, konnte wieder ein Gottesdienst in dieser Kirche gefeiert werden.

Zum Einzug der Pastoren und der Jubilare spielte der Jugend-Posaunenchor der evangelischen Kirche Königsberg. Für die Begleitung der Kirchenlieder sorgte Alexander Maibach am Harmonium.

Propst Heye Osterwald stellte die Predigt unter das Wort „vom täglichen Brot“.

Er erinnerte daran, daß es in der Zeit von 1945 bis 1949 nur um das Überleben gegangen ist, die größte Sorge der deutschen, aber auch der russischen Bevölkerung es war, das „tägliche Brot“ zu haben. Die Berichte der deutschen und russischen Menschen in dem Buch „Allenburg, Kreis Wehlau – Alt- und Neubürger berichten über die Jahre nach dem Krieg“, die unabhängig voneinander alle in ihrem jeweiligen Bericht die Not um das Überleben und den Kampf um das tägliche Brot schildern, wurden in dieser Predigt thematisiert. So schaffte der Propst auch die Verbindung zur heutigen Nutzung des Kirchenschiffes, nämlich als Ort, in dem das Korn für das tägliche Brot lagert.

Segnungen der Taufe, silberner und goldener, diamantener und sogar einer eisernen Konfirmation sowie einer 40jährigen und einer Goldenen Hochzeit konnte Propst Heye Osterwald mit Alexander Burgart, dem Pfarrer der Allenburger Kirchengemeinde, vornehmen. Jeder erhielt eine Urkunde mit dem von ihm gewählten Spruch als Andenken an diese Feier überreicht.

Am Schluß des feierlichen Gottesdienstes sangen dann alle das Lied der Ostpreußen: „Land der dunklen Wälder“. Inzwischen wurde es vom diesjährigen LO-Kulturpreisträger Sem Simkin ins Russische übersetzt. So konnten auch die anwesenden russischen Gemeindemitglieder und Gäste den Text mitsingen.

Ein sehr bewegender Gottesdienst fand damit seinen Abschluß, doch die Feiern zu Ehren der 600jährigen Kirche gingen mit den angereisten Gästen und der heute ansässigen Bevölkerung weiter.



Fotos (3): Bäsmann

Der Folklorechor „Weselucha“ erwartete die Gemeinde nach dem Gottesdienst vor der Kirche

Der Folklorechor „Weselucha“ begrüßte die Kirchgänger beim Heraustreten aus dem Gotteshaus mit seinen schönen Kostümen und Liedern. Dann ging es weiter zur Schule, wo Luba Daub mit ihren Helferinnen ein schmackhaftes und für das Auge gut hergerichtetes Büfett aufgebaut hatte. Nach der Stärkung fuhren die Busse die Besucher wieder zum Festplatz. Der Landrat von Friedland, Wladimir Bakalin, hielt eine Ansprache. Allenburg gehört heute politisch zu Friedland. Der Bürgermeister von Allenburg, Oleg Smirnow, und der Farmdirektor Sergej Aleinikow ließen es sich nicht nehmen, ebenfalls die vielen Gäste willkommen zu heißen.

Stände mit Handarbeiten, selbst geschleudertem Honig und Gemälden von Häusern und der Kirche warben um Käufer. Für die Kinder war eine Hüpfburg aus Labiau geordert worden und brachte viel Spaß. Die Kinder des Kindergottesdienstes glänzten mit deutsch gesungenen Liedern, und ein Gast, der Akkordeon spielen konnte, erfreute alle im kühlen Schatten der Bäume mit Liedern zum Mitsingen. Die Bibliothek war geöffnet, und wer Lust hatte, konnte dort das Modell der ehemaligen Stadt bewundern, welches das Ehepaar Beinker aus Bramsche bei Osnabrück im Jahr 2000 in mühevoller Kleinarbeit hergestellt hatte.

Viele nutzten auch die Gelegenheit, nach dem Mittagessen im Café Allenburg ein Stück armenischen Kuchen zu probieren und Kaffee zu trinken.

Am dem für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges errichteten Schaller Ehrenmal hielten die Deutschen eine kleine besinnliche Feier ab und gedachten aller Toten. Das Denken an all die Verstorbenen ließ sie an diesem wunderschönen Sommertag noch einmal ganz still werden. Nach der Niederlegung von Blumen gingen die Deutschen gemeinsam zum russischen Ehrenmal. Auch dort legten sie Blumen nieder wie es in Deutschland üblich ist und erhielten dadurch die Achtung der heutigen Bevölkerung.

Viele Businsassen gingen den Weg zurück zu Fuß, um den herrlichen Blick auf die alte Ordenskirche, die Alle und die schattige Allee zu genießen und mit den vielen Kameras wenigstens ein bißchen von der Atmosphäre mit nach Hause zu nehmen.

Die Allenburger Fußballjugend hatte ein Freundschaftsspiel mit der Gerdauener Fußballmannschaft arrangiert. Leider hatten nur wenige Zuschauer den Weg zum Fußballplatz gefunden, und so mühten sich die Fußballer in der Hitze fast ohne Anfeuerung ab. Das Spiel endete dann auch mit einem 4:1-Sieg für die Gerdauener.

Ein Höhepunkt des Festtages war dann noch die Darbietung des „Friedländer Chores“ in einer selbst gefertigten und entworfenen Tracht unter der großen Linde an der Südseite der Kirche. Mit ihrer gekonnt dargebotenen und ausdrucksstarken Vorführung begeisterten sie alle Gäste. Gern hätten die Deutschen noch lange hier ausgeharrt, zugehört und zugesehen, mit wieviel Freude die Tänze und Gesänge vorgeführt wurden. Doch alles hat ein Ende, und so mußten sie sich, nachdem noch zwei Lieder als Zugabe angehängt worden waren, damit zufriedengeben.

In der Schule stand schon wieder das Essen auf dem Tisch und alle ließen es sich nochmals gut schmecken. Auch der Chor war zum Essen eingeladen und als „Dankeschön“ sangen sie den Deutschen noch mal eben ein paar Lieder vor. Da half auch nicht das Hupen der Busfahrer, die ihre Gäste einsammeln wollten, jetzt mußte auch der letzte Ton mitgenommen werden.

Ein schöner Tag ging zu Ende!

Der Kirchturm konnte erhalten werden

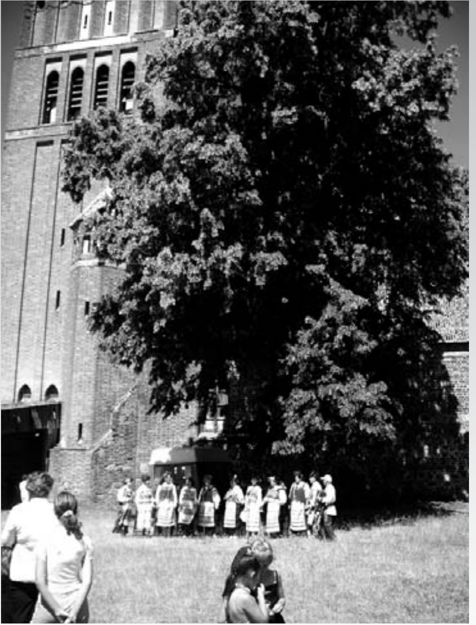
Komm’ und sieh’!“ Einladen sollten diese Worte – in Deutsch und Russisch auf einem großes weißes Tuch geschrieben und an die neue Bretterwand der Mühle genagelt – alle Besucher der 600-Jahrfeier der Ordenskirche zu Allenburg. Einladen zum Gottesdienst, aber auch, um zu sehen, wie sich der Kirchturm in den letzten Monaten innen verändert hat. Mit vielen Spenden der ehemaligen Einwohner der Kirchspiele Allenburg und Groß Englau, aber auch einer Großspende der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) mit Ihrem Sprecher Wilhelm von Gottberg, der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen mit ihrem Vorsitzende Probst i.R. Erhard Wolfram und dessen Vorgänger Hubertus Senff, des LO-Ortsverbandes Bremen mit seinem Vorsitzenden Helmut Gutzeit sowie einiger Kirchengemeinden, die dem „Förderverein Allenburger Kirche“ eine Kollekte widmeten, konnte der Turm erhalten und der Gemeinde ein angemessener Kirchenraum übergeben werden.

Ein kleines Museum ist eingerichtet worden und in der Etage, wo einst die Glocken hingen, hat man einen weiten Blick ins Land in alle Himmelsrichtungen und in die Kinderstube des Storches, der auf dem Ostgiebel nistet.

Wenn man die Stufen der Wendeltreppe in dem angelehnten Turm überwunden hat, betritt man den Gottesdienstraum. Eine schöne Holztreppe führt in die darüber liegenden Stockwerke. Eine kleine Ausstellung über Allenburg, wie es früher war, mit einem Modell der Kirche und Balken aus dem kaputten Gebälk des Turmes erstaunten besonders die heutigen Bewohner der einstmals kleinen, aber feinen Stadt Allenburg. Immer wieder ging ihr Blick aus dem Fenster auf den leeren Platz und ungläubiges Staunen breitete sich aus, daß all die Häuser und das schmucke große Rathaus dort gestanden haben sollen. Auch für die früheren Einwohner bedeutete das Wiedersehen mit den Großfotos einen Blick in ihre eigene Vergangenheit. Lebhafte Diskussionen vor den Bildern, wo genau welches Gebäude gestanden hatte, erweckten Erinnerungen an so manches Ereignis aus der Jugend.

Und dann der Blick aus den Fenstern im Stockwerk darüber! Im Westen grüßt der Rest des Kirchturmes von Groß Englau herüber, schlängelt sich die Alle glitzernd im Sonnenlicht in ihrem tiefen Bett an Trimmau und Schallen vorbei, um am großen Bogen den Masurischen Kanal in sich aufzunehmen. Im Norden geht der Blick über Dettmitten nach Plauen und Leißienen. Im Süden schauen wir über die Felder und Wiesen in Richtung Friedland und sehen in Gedanken vielleicht das Gutshaus von Progen. Die Heuernte hatte gerade begonnen und große Flächen mit gerollten Ballen erfreuten das Herz eines jeden Landwirtes. Ja, und im Osten konnte man den Störchen beim Füttern zusehen. Vier Jungstörche waren im Nest. Der Storch hat es einfacher. Er kann ohne Visum hin- und herreisen. Das Laub der großen Linden verdeckte noch den Blick nach Eiserwagen und zum Bahnhof, doch man kann sich sicher sein, im Winter wird auch hier die Fernsicht großartig sein. Jetzt muß noch der Dachstuhl saniert werden.

Wer sich selber ein Bild machen und die Kirche besuchen will, kann sich an Luba Daub, Telefon 0 07 / 0 11 57 / 7 74 84, wegen einer Besichtigung wenden. *U. B.*



Turm der Ordenskirche mit dem „Friedländer Chor“

MELDUNGEN

Gräber-Aktion

Allenstein – Das gemeinnützige Komitee zur Rettung früherer Friedhöfe will diverse historisch wertvolle Gräber restaurieren. Die unter der Schirmherrschaft von Radio Allenstein stehende Aktion wird mehr als eine Million Zloty (rund eine Viertelmillion Euro) kosten. Auf Allensteiner Friedhöfen werden deshalb Sammlungen durchgeführt. Bereits zum dritten Mal wollen Angehörige der Allensteiner Kultur- und Kunstszene, Politiker, bekannte Sportler und Journalisten für die Erneuerung historisch wertvoller Gräber Geld sammeln. Die Stadt wird nächstes Jahr 50 000 Zloty (rund 13 000 Euro) für die Restaurierung von Grabeinfriedigungen und Grabkreuzen bereitstellen.

Spitzenplatz

Königsberg – Laut offiziellem Zahlenmaterial weist das Königsberger Gebiet von allen Regionen des Förderalkreises Nord-West die besten Wirtschaftswachstumszahlen auf. Es folgen auf den Plätzen zwei und drei die Regionen St. Petersburg und Nowgorod.

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

ich freue mich immer, wenn ich Erfolge melden kann, wenn sie auch noch so gering erscheinen, jedenfalls uns Außenstehenden. Aber für diejenigen, deren Wünsche erfüllt wurden, sind sie gar nicht so klein, denn sie gehören ja zu ihrem Lebensbild, in das nun wieder ein paar bisher noch fehlende Mosaiksteinchen eingefügt werden können. So wie bei **Ingrid Stoschek** aus Wangen, die als geborene Königsbergerin Ansichten von der Tragheimer Kirchen- und Hippelstraße suchte. Zuerst kam nuscht, und sie hatte die Hoffnung schon aufgegeben. Dann aber rief Herr **Kleebusch** an, und der Anruf brachte gleich eine doppelte Überraschung: Er besitzt nicht nur einige der von Frau Stoschek gewünschten Ansichten, sondern wollte sie ihr auch persönlich überbringen, denn er wohnt ganz in ihrer Nähe und hat sogar früher in einem Betrieb in der direkten Nachbarschaft von Frau Stoschek gearbeitet. Na, und so geschah es dann auch. Zwar ist unter den Aufnahmen keine von dem Haus Tragheimer Kirchenstraße Nr. 80, aber nun hat unsere Königsbergerin doch einen guten Eindruck von dieser Wohngegend, vor allem von der Hippelstraße. So kam auch eine persönliche Verbindung zwischen Landsleuten zustande, wie so oft in unserer Ostpreußischen Familie. Aber das war noch nicht alles. Frau Stoschek erhielt auch einen Anruf von unserm Landsmann **Manfred Zink**, einem leidenschaftlichen „Königsberg"-Sammler, und er konnte ihr anhand vorhandener Unterlagen bestätigen, daß ihre Mutter Eigentümerin des Hauses Nr. 80 war. Nun hat Frau Stoschek die Namen der Mieter, die ihre Mutter handschriftlich notiert hatte, schwarz auf weiß! Könnt Ihr verstehen, daß sie sich sehr gefreut hat?

Ein dankbarer Brief kam von **Käte Fritzke** geborene **Zandt** aus Güstrow, und den muß ich an unsere Landsleute weiterreichen, die ihr weitergeholfen haben. Sie schreibt: „Meine Suchanzeige nach der Familie **Paul** und **Ida** Zandt und ihren Kindern **Gertrud** und **Kurt** ist bei meiner Cousine Gertrud angekommen! Seit Ende August telefonieren wir miteinander. Sie ist auch Jahrgang 1935, weiß aber durch die vielen Schicksalsschläge fast gar nichts über die große Zandtfamilie." Gertrud und ihr Bruder Kurt kamen nach dem Tod der Mutter 1947 in verschiedene Kinderheime, zuletzt in der Nähe von Göttingen, wo auch Verwandte der Mutter lebten. **Gertrud Schmidt** geborene Zandt wohnt noch heute in der Gegend, ihr Bruder auch in Niedersachsen. Beiden konnte Frau Fritzke nun etwas Licht in die Familiengeschichte bringen und ihnen Fotos übersenden. So kam doch durch unsere Ostpreußische Familie wieder einmal eine Verwandtenfindung zustande.

Ein schöner Brief kam auch aus Mönchengladbach. Dort wohnt die Familie Seelbach-Licht-Noetzel, man muß schon diese drei Namen nennen, um auf den Grund des Treffens zu kommen, das dort geschah. Denn es war eine Begegnung von Menschen, die sich zuvor nicht gekannt, nie voneinander gehört hatten. Ich habe erst kürzlich über die Suche des Belgiers **Ben Janssens** nach der Familie Noetzel aus Bürgenhuben und das Auffinden dieser Bauernfamilie aus der Elchniederung berichtet. Sein Vater **John** hatte 1940 als Kriegsgefangener dort gearbeitet und war dann mit den Noetzels freundschaftlich verbunden geblieben, bis die Verbindung abriß. Der Sohn hatte den in herzlichen Worten gehaltenen





Ruth Geede

Foto: Archiv

Briefwechsel und Fotos im Nachlaß seines Vaters gefunden und war davon so angetan, daß er unbedingt diese ostpreußische Familie finden wollte. Sie fand sich auch durch die Suchaktionen in unserer Ostpreußischen Familie und mit Hilfe von **Gabriele Bastemeyer**, Kreis Elchniederung, denn es lebten noch der Schwiegersohn der Bäuerin **Elisabeth Noetzel**, der heute 99jährige **Hans Licht**, und seine Kinder. Das Erstaunen war auf beiden Seiten groß, es entstand zwischen den Nachkommen ein erneuter, nicht minder herzlicher Briefwechsel und der daraus resultierende Wunsch, sich persönlich kennenzulernen. Was nun geschehen ist, wie Foto und Brief beweisen. So schreibt **Marianne Seelbach**, Tochter von Hans Licht und Enkelin von Elisabeth Noetzel:

„Nun hat das Treffen der Familien Janssens und Noetzel mit vielen Erzählungen und Erinnerungen, die ein jeder von uns von seinen Vorfahren hat, stattgefunden. Ben kam mit seiner lieben Frau **Jolande** und seiner Schwester **Jeannine**. Dieser Kontakt ist Dank Ihrer Hilfe entstanden, leider ohne die Hauptpersonen, John Janssens und Elisabeth Noetzel mit **Toni Licht**, aber wir waren in Gedanken immer bei ihnen, und der Kreis schloß sich über Zeiten und Grenzen und läßt neue Freundschaften entstehen. Sichtlich angenehm überrascht und beeindruckt war Familie Janssens über die Aktivität der Menschen, die ihre Heimat verloren haben, über die vielen Zusammenkünfte, Reisen und Unterstützung der noch in der Heimat Lebenden, Pflege des Brauchtums, Spenden für den Wiederaufbau von Kirchen und Domen, über die einsatzfreudigen Vermittlungen und Berichte, wie von Ihnen, liebe Frau Geede, in Ihrer Zeitung und im Internet. Die Bande zwischen der belgischen Familie und uns sind so fest geknüpft worden, daß wir weitere Treffen und sogar gemeinsame Radtouren planen."

Die belgischen Freunde schließen sich diesem Dank an. So schreibt Jeannine Janssens: „Meine Gefühle dieser Tage sind himmlisch, wunderbar. Mit dieser lieben Familie fühlen wir uns so verbunden. Es waren so schöne Momente, daß wir die Jahre unseres Vaters und Ihrer Großmutter nicht vergessen sollten. Dank, dank für alles." Und Ben und seine Frau bekunden: „Wir haben einen besonderen Tag erlebt, und wir sind sehr glücklich, einander kennengelernt zu haben. Auch danke an Sie und Frau Bastemeyer für dieses zufällige Treffen mit dieser guten warmherzigen Familie Noetzel-Licht-Seelbach." Das Foto bezeugt die anerkennenden Worte, für die wir nun danken! Sie tun gut!

Hans Licht und Ben Janssen mit dessen Schwester Jeannine und dessen Ehefrau Jolande (von links) Foto: privat

Ich bin immer dankbar, wenn sich Suchende melden, deren Wünsche wir veröffentlicht haben, auch wenn es nur Zwischenergebnisse sind, denn erstens macht das Mut und zweitens können wir dann gezielter nachhaken. Es ist schon bald ein Jahr her, da hatte ich um eine „Dorfzusammenführung" gebeten – auf Wunsch des aus Roßthal, Kreis Insterburg stammenden **Kurt Behrend**. Der 70jährige wollte so gerne wissen, was aus seinen ehemaligen Spielkameraden geworden ist, hatte auch eine maßstabgerechte Skizze seines Heimatdorfes angefertigt und die ihm noch geläufigen Namen eingefügt. Wir brachten seinen Suchwunsch, den uns seine Tochter **Birgit Günther** übermittelte, aber leider hat wohl niemand von den alten Roßthalern oder ihren Nachfahren diese Zeilen gelesen. Sie sind wahrscheinlich in alle Welt verstreut, denn eine Spur, die über die Kreisgemeinschaft Insterburg in Krefeld aufgenommen werden konnte, führt nach Nordamerika. Dort lebt einer der alten Roßthaler Spielgefährten mit Nachnamen **Paulun**. Ein gleichnamiger Cousin hatte sich bei Herrn Behrendt gemeldet und auf die in Hameln lebende Schwester des seit 1954 in Kanada Wohnenden hingewiesen. Also doch! Und weil das Mut macht, hake ich nach und nenne noch einmal die Herrn Behrend noch geläufigen Namen der Roßthaler Familien: **Seidenberg**, **Döbler**, **Siebert**, Paulun, **Maureschat**, **Möricke**, **Kubereit** oder **Kurbjureit** oder **Kurbjuweit**, **Piszartschek**, **Heinrich** und **Gramstatt**. Vielleicht melden sich jetzt diese oder andere Roßthaler bei Herrn Kurt Behrendt, Sandweg 25 in 63179 Obertshausen, Telefon (0 61 04) 7 29 13, oder bei seiner Tochter Birgit Günther, Friedensstraße 30 in 63179 Obertshausen, Telefon (0 61 04) 971383, Fax (0 69) 94 94 81 27 (E-Mail: Birgit-Guenther@gmx.de).

Melden soll sich bitte auch **Hans-Gneomar Schröder**, früher Neuhausen-Tiergarten, Schloßallee. Im Juli war nämlich **Dorothea Blankenagel** in seinem – und ihrem Heimatort – östlich von Königsberg und hat eine Aufnahme von seinem Elternhaus gemacht, das noch steht. Dieses Foto möchte Frau Blankenagel nun Herrn Schröder zusenden, kennt aber nicht seine Anschrift. (Dorothea Blankenagel, Heerstraße 59 in 47053 Duisburg)

Zur Zeit wird von dem für seine Dokumentationen über Krieg, Flucht und Vertreibung bekannten Autor **Heinz Schön** für eine Fernsehproduktion eine Biographie über den ehemaligen NS-Gauleiter von Ostpreußen, **Erich Koch**, erarbeitet. Herr Schön besitzt zwar in seinem umfangreichen Ostpreußen-Archiv einige Unterlagen über dessen unheilvolles politisches Wirken, er benötigt aber noch Angaben über das persönliche Leben von Koch in Königsberg und auf seinem Gut Gr. Friedrichsberg. Wir möchten nun unsere Leserinnen und Leser, die Informationen über Koch und seine Zeit in Ostpreußen geben können, bitten, sich an Herrn Schön zu wenden. Er wäre für jede Mitteilung dankbar. Seine Fragen gliedern sich in drei Komplexe:

1. Die Privatperson Erich Koch. Es ist kaum etwas über seine Familie bekannt. Wer kann hierüber etwas aussagen (Ehefrau, Kinder, Königsberger Wohnung oder Haus)? Wann und wie verließen seine Angehörigen Ostpreußen, oder wohnten sie bereits vor 1944 in Westdeutschland?

2. Gut Gr. Friedrichsberg. Es gehörte in den 30er Jahren **Anna Douglas** geborene **Kramer**. Hat Koch es von ihr gekauft oder gab es einen Zwischenbesitzer? Wann erwarb Koch das Gut? War es sein Daueraufenthalt und gegebenenfalls seit wann? Wer verwaltete das Gut? Wer gehörte zum Personal? Welche Kunstschätze gab es dort, welches Interieur? Wie gestaltete sich das Leben auch in gesellschaftlicher Hinsicht?

3. Das Ende von Gr. Friedrichsberg. Wann wurde es von der Roten Armee besetzt, wurde es geplündert, was wurde aus den Kunstschätzen und dem Mobiliar? Haben nach Kriegsende dort irgendwelche Suchaktionen stattgefunden? Wer war nach der Kapitulation noch auf dem Gut und wie lange? Was blieb von Gr. Friedrichsberg? Wer war in den letzten Jahren auf dem ehemaligen Gutsgelände?

Eine Beantwortung dieser Fragen und alles, was zu den Komplexen noch zu sagen wäre, ist für die Dokumentation wichtig. Bitte wenden Sie sich an das Ostpreußen-Archiv Heinz Schön, Auf dem Sepp 19 in 32107 Bad Salzuflen, Telefon (0 52 22) 74 24, Fax (0 52 22) 7 39 20.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Szallies, Helene, geb. Lange, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, jetzt Vor dem Hopey 20, 58642 Iserlohn, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Machhein, Marie, geb. Bass, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Karrenweg 77, 47239 Duisburg, am 11. November

Rudolf, Rose, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kantstraße 50, 67454 Haßloch, am 8. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Krüger, Helene, geb. Schulz, aus Schwarzstein bei Rastenburg, und Königsberg, Stägemannstraße 44 a, jetzt Julius-Tönebön-Stiftung, Fischbeker Straße 31, 31787 Hameln, am 7. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Panzer, Gertrude, geb. Hoffmann, aus Goldbach, Groß Löwe, Kreis Wehlau, jetzt Kölner Straße 74, 50321 Brühl, am 13. November

Sender, Otto, aus Narthen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Kanal 6, 30823 Garbsen, am 12. November

Sommerfeld, Gertrud, aus Groß Wolz, Graudenz, jetzt Am Walde 24, 23714 Rachut, am 9. November

Tolksdorf, Otto, aus Königsberg/Metgethen, Königsweg 4, jetzt Ostendstraße 39, 68623 Lampertheim / Hessen, am 13. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Raeder, Martha, geb. Paeger, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Langgasse 8, 65550 Limburg, am 2. November

Schulz, Martha, geb. Rangnick, aus Wittenberg, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Untenende 39 A, 26842 Ostrhauderfehn, am 12. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Falkner, Gertrud, geb. Woydak, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt 65. Aliance Avenue, Rochester N.Y. 14620, USA, am 12. November

Lutz, Edith, geb. Soyka, aus Treuburg, Goldaper Str. 24, jetzt Thermalbadstraße 4 b, 96476 Rodach, am 11. November

Michalzik, Anna, geb. Jankowski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Vivantes Forum für Senioren, Teichstraße 44, 13407 Berlin, am 12. November

Schwittay, Auguste, geb. Milewski, aus Wacholderaus, Kreis Ortelsburg, jetzt Erichstraße 14, 45888 Gelsenkirchen, am 8. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Haase, Frieda, geb. Kerber, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, jetzt Compesmühlenweg 43, 41065 Mönchengladbach, am 9. November

Hartmann, Franz, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Lefevrestraße 28, 12161 Berlin, am 9. November

Krieger, Johanna, geb. Marian, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Rietburgstraße 20, 67141 Neuhofen, am 11. November

Pollak, Gustav, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Schleitkamp 100, 46244 Bottrop, am 8. November

Specka, Margarete, aus Wilhelmsberg, Kreis Gumbinnen, jetzt Westerbeck, 49492 Westerkappeln, am 9. November

Wieczny, Emma, geb. Bednarz, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Breslauer Weg 8, 33829 Borgholzhausen, am 11. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Schulz, Meta, geb. Masekowitz, aus Großpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Bochumer Straße 6, 28188 Bremen, am 8. November

Trobisch, Elisabeth, geb. Klan, aus Neidenburg, Deutsche Straße 57, jetzt Karl-Marx-Straße 3, 01983 Großräschen, am 12. November

Tupschewski, Heinrich, aus Raschen, Kreis Ebenrode, jetzt Haunerbusch 19, 58566 Kierspe, am 13. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Grenz, Lene, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Hermann-Löns-Straße 3, 42499 Hükkeswagen, am 10. November

Grubert, Maria, aus Dietrichswalde, Kreis Allenstein, jetzt Laaspherstraße 60, 57072 Siegen, am 26. Oktober

Krawelitzki, Marie, geb. Wegner, aus Lyck, Blücherstraße 9, jetzt Böningstraße 14, 45892 Gelsenkirchen, am 9. November

Orgassa, Hans, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt In der Taufe 4, 51427 Bergisch-Gladbach, am 7. November

Westphal, Walter, aus Osterrode, jetzt Oldenburger Landstraße 10, 23701 Eutin, am 13. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buttkus, Ella, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Niddastraße 19, 38120 Braunschweig, am 10. November

Klagge, Elisabeth, geb. Grabowski, aus Pobethen, jetzt Eugen-Rosner-Straße 8, 83278 Traunstein, am 7. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Rettkowski, Hedwig, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wikingeck 2, 24837 Schleswig, am 8. November

Sendzik, Heinrich, aus Lyck, jetzt Sedanstraße 44, 30161 Hannover, am 7. November

Theophile, Minna, geb. Lange, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Schmalenfelde-Mühle 3, 21439 Marxen, am 8. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bryla, Else, geb. Majora, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt PL11-535 Kamionki, am 10. November

Herzsprung, Christel, geb. Kalk, aus Radnicken, jetzt Schwanenstraße 91, 42551 Velbert, am 13. November

Homann, Isolde, geb. Girth, aus Elchwinkel, Kreis Heydekrug, jetzt Eickendorfer Straße 32, 28215 Bremen, am 7. November

Karbowski, Edith, geb. Schiewe, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt Keltenweg 4, 53117 Bonn, am 10. November

Knorr, Emmy, geb. Kipar, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hegelring 2, 42719 Solingen, am 10. November

Knortz, Gertrud, geb. Matzat, aus Baltupönen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Bahnhofstraße 4, 35452 Heuchelheim, am 11. November

Kohlhaas, Friedel, geb. Weissenberg, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Auf Rerloff 11, 54533 Gransdorf, am 9. November

Krell, Erna, geb. Buttkus, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Treppenstraße 15, 33647 Bielefeld, am 7. November

Kudies, Edith, geb. Ratz, aus Waldwerder, Kreis Lyck, und Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Freudenthalstraße 35, 29640 Schneverdingen, am 10. November

Lask, Fritz, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Martin-Buber-Straße 2-4, 40764 Langenfeld, am 5. November

Mett, Franz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Brettmühlenweg 26, 09526 Olbernhau, am 11. November

Naß, Emma, geb. Rogowski, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Zur Dorfkrone 1, 51674 Wiehl, am 12. November

Niederstraßer, Fritz, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt An der Haardstraße 15, 45731 Waltrop, am 9. November

Otte, Gertrud, geb. Waschinski, aus Lyck, General-Busse-Straße 17, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 23, 46238 Bottrop, am 10. November

Pangratz, Martha, geb. Grabowski, aus Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Wiesenstraße 18, 33189 Schlangen, am 11. November

Prank, Bruno, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Wagnerstraße 17, 32427 Minden, am 8. November

Przybilke, Pauline, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Volmarsteiner Straße 2, 44137 Dortmund, am 11. November

Przyborowski, Herta, geb. Pfeiffer, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt bei Rodatus, Pappelstraße 6, 01567 Kitzscher, am 8. November

Schild, Grete, geb. Mett, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Oder-Neiße-Straße 22, 38176 Weneburg, am 2. November

Schulze, Irmgard, aus Usdau, Kreis Neidenburg, jetzt B.-Brecht-Straße 13, 39638 Gardelegen, am 7. November

Speitel, Gerta, geb. Kargoll, verw. Grigo, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 97, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 22, 42781 Haan, am 8. November

Stamm, Lieselotte, geb. Schmidt, aus Großpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Gr. Bergstraße 2 D, 38855 Wernigerode, am 9. November

Vogelgesang, Herta, geb. Petrick, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, jetzt Teilgartenstraße 4, 23942 Dassow, am 9. November

Wenzlau, Erna, geb. Franz, aus Berningen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Bahndamm 17, 39307 Tucheim, am 6. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ballay, Hans, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Goerdelerstraße 1 B, 23566 Lübeck, am 8. November

Blum, Hedwig, aus Lötzen, jetzt Dom Opieki spoleczne, PL 11-500 Gizycko, am 10. November

Brandt, Hildegard, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Hageneystraße 36, 44379 Dortmund, am 9. November

Clemens, Elfriede, geb. Rautenberg, aus Wolfshagen, Kreis Rastenburg, jetzt Beuenstraße 7, 25474 Hasloh, am 27. Oktober

Dörffer, Margarete, aus Lyck, jetzt Am Hauptbahnhof 1 a, 58089 Hagen, am 13. November

Donde, Erich, aus Tapiau, Schlageter Straße, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 112, 23968 Wismar, am 13. November

Ehrlicher, Waltraud, geb. Bernot, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, jetzt Rodacher Straße 17 a, 96476 Rodach, am 13. November

Frost, Günther, aus Gr. Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Kurhausstraße 7, 31542 Bad Nenndorf, am 9. November

Haak, Gertrud, geb. Rinnewitz, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt OT Klein Sprenz, Klein Sprenzer Tannen 4, 18299 Hohen Sprenz, am 11. November

Junga, Herbert, aus Kukuswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedlandstraße 5, 51375 Leverkusen, am 12. November

Jurr, Konrad, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Storm-Straße 22, 59302 Oelde, am 13. November

Karasch, Waltraut, geb. Konoppka, aus Keipern, Kreis Lyck, und Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Cleverhof 3, 23611 Bad Schwartau, am 11. November

Karst, Christel, geb. Fischer, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, und Eydtkuhnen, jetzt Freiheiterstr. 2, 34260 Kaufungen, am 12. November

Kledtke, Alfred, aus Markthausen/Popelken, Kreis Labiau, jetzt Schaagring 46, 41844 Wegberg, am 25. Oktober

Klippert, Irmgard, geb. Rahn, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Dachsweg 7, 31303 Burgdorf, am 12. November

Kopruch, Inge, aus Lyck, jetzt Schulweg 63, 26203 Wardenburg, am 13. November

La Bonte, Elisabeth, geb. Sadlowski, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Pembroke Street, Victoris B.C. V8T4Z5, Canada, am 13. November

Martin, Lieselotte, aus Lyck, jetzt Pfalzstraße 20, 30173 Hannover, am 8. November

Meyer, Dr. med. vet. Ingo, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, und Jakubben, Kreis Johannisburg, jetzt Heerde 70, 27245 Kirchdorf, Kreis Diepholz, am 10. November

Nadler, Gertrud, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Karwendelstraße 1, 82061 Neuried, am 7. November

Nagel, Martha, geb. Lumma, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hebbelweg 32, 27753 Delmenhorst, am 12. November

Peters, Erika, geb. Mischkowski, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 37 a, 25813 Simonsberg, am 7. November

Rexin, Christa, aus Neidenburg, Fr.-T.-Straße 10, jetzt Breslauer Straße 20, 61169 Friedberg, am 8. November

Schroth, Edith, geb. Reinhardt, aus Lötzen, jetzt Franz-Schubert-Straße 5, 07381 Pößneck, am 8. November

Schulz, Anna, geb. Bogdahn, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Netzeweg 46, 38108 Braunschweig, am 8. November

Schulz, Ehrentraud, geb. Wenig, aus Zohpen, Kreis Wehlau, jetzt Am Sägerhof 11/3, 90596 Schwanstetten, am 13. November

Schulz, Kurt, aus Kotittlack / Rastenburg, jetzt Lornsenstraße 93, 22869 Schenefeld, am 31. Oktober

Stender, Erna, geb. Chomuntowski, aus Borkenheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Rehwinkel 9, 24161 Kiel, am 12. November

Storbeck, Hildegard, geb. Rudat, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 5, 39343 Emden bei Haldensleben, am 7. November

Strauß, Irmgard, geb. Schibath, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, jetzt Emil-Fischer-Straße 3 A, 06237 Leuna, am 7. November

Walther, Edith, geb. Matheika, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Küntzelstraße 9, 45147 Essen, am 9. November

Warich, Helmut, aus Lyck, jetzt Elsterstraße 34, 44892 Bochum, am 7. November

Wiedemann, Rosa, geb. Zielitzki, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Emil-Schweitzer-Markt 7, 47506 Neukirchen-Vluyn, am 11. November



ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Despang, Fritz und Frau Else, geb. Maschewski, aus Treuburg, Ottoweg 19, jetzt Rosenweg 4, 30457 Hannover, am 10. November



ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Meyer, Dr. Ingo, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, und Frau Ursula, geb. Meister, aus Berlin, jetzt Heerde Nr. 70, 27245 Kirchdorf, Kreis Diepholz, am 30. Juli

Vortrag

Winsen – Donnerstag, 10. November, 19.30 Uhr findet in der Stadthalle in Winsen ein Vortrag von Helfried Weyer zum Thema „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" statt. Der Fotograf Weyer spricht Texte berühmter Ostpreußen zu seinen Bildern. Nähere Informationen unter Telefon (0 41 61) 71 30 25.

Friedenskirchen in Bildern

Sonderaustellungen im Haus Schlesien

Von DIETER GÖLLNER

Den Mitte des 17. Jahrhunderts entstandenen Friedenskirchen in Schweidnitz / Widnica und Jauer / Jawor ist im Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott eine Fotoausstellung gewidmet.

Die Präsentation wurde vom Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam konzipiert und enthält großformatige Fotografien von Mathias Marx.

Die beiden größten sakralen Fachwerkbauten in Europa gehören heute zum gemeinsamen Kulturerbe der Deutschen und Polen. Im Dezember 2001 wurden sie in die Liste des Welterbes der Unesco aufgenommen, dafür hatten sich sowohl polnische als auch deutsche Denkmalpfleger eingesetzt.

Den Namen verdanken die Holzkirchen dem Westfälischen Friedensvertrag von 1648, laut dem den schlesischen Protestanten das Recht zugesprochen wurde, drei Kirchen bauen zu dürfen. Der Architekt, der Breslauer Militäringenieur Albrecht von Säbisch, baute die technischen Meisterwerke, in denen eine große Anzahl von Gläubigen Platz fand, in Schweidnitz, Jauer und Glogau. Letztere brannte 1758 ab.


Foto: Dieter Göllner

Innenansicht der Friedenskirche in Schweidnitz

Die Ausstellung zeigt sowohl Außen- als auch Innenansichten der beiden Friedenskirchen. Besonders beeindruckend ist der Kontrast zwischen dem schlichten Äußeren und der reichen Barockausstattung der Räume.

Die Foto-Dokumentation ist im Haus Schlesien bis zum 20. November (Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter-Heisterbacherrott) zu sehen. Nähere Informationen unter Telefon (0 22 44) 88 6-0.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Freitag, 11. November, 14 Uhr findet im „Hasenwald“ in Hettingen ein „Martinsgansessen und Federschleißen in Pommern“ mit dem Ehepaar Fraske statt. Für den leckeren Gänsebraten sich bitte anmelden unter Telefon (0 62 81) 81 37.

Esslingen – Donnerstag, 17. November, 15 Uhr findet unser Monatstreffen im Waldheim auf dem Zollberg statt.

Ludwigsburg – Mittwoch, 23. November, 14 Uhr Stammtisch in den Kronenstuben, Kronenstraße 2.

Schwenningen – Sonnabend, 26. November, 14.30 Uhr Adventsfeier der Gruppe im Melanchthonsaal der evangelischen Johanneskirche mit Kinderbescherung durch den Nikolaus.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 17. November, 14.30 Uhr Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“. Thema: Lieder und Gedichte zur Herbstzeit. – Sonnabend, 19. November, 9 Uhr findet der Verkauf für Ulmer Helft in der Hirschstraße statt. – Sonnabend, 26. November, 14.30 Uhr Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Wendlingen – Totensonntag, 20. November, 14.30 Uhr (Beginn) Gedenken am Ostlandkreuz auf dem Friedhof in Wendlingen. Anschließend Kaffeestunde im „Gasthaus zum Lamm“ in der Kirchheimerstraße. Mit einer jahreszeitlichen Dia-Reihe wird der Nachmittag ausklingen.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 19. November, 15 Uhr Treffen in der Orangerie zum Dia-Vortrag über Franken und seine typischen Wehrkirchen. Von und mit Kreisheimatpfleger Edmund Zöller.

Bad Reichenhall – Mittwoch, 9. November, 15 Uhr Heimatnachmittag der Ortsgruppe im Hotel „Bayerischer Hof“. Thema: „Ein Denkwürdiger Tag“.

Bamberg – Mittwoch, 16. November, 16 Uhr Monatsversammlung in der Gaststätte „Tambosi“, Promenade.

Erlangen – Donnerstag, 11. November, 18 Uhr Treffen im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20: Grützwurstessen mit lustigen Vorträgen als Nachtisch. – Sonntag, 13. November, 11.15 Uhr Treffen zum Volkstrauertag. Gedenktreffen auf dem Neustädter Friedhof an unserem Vertriebenendenkmal. – Dienstag, 15. November, 14.30 Uhr Treffen der Frauengruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. – Bericht von der Monatsversammlung im Oktober: Bei der Monatsversammlung hielt Klaus Gehlhaar mit seiner Gattin einen Vortrag über die Weinstuben „Königsberger Blutgericht“: „Nun laß es stürmen und wettern, mich scheert's den Teufel nicht: ich sitze beim goldenen Weine vergnügt im Blugericht“. – Dieses so besungene Blutgericht waren Weinstuben im Königsberger Schloß und vor dem Untergang der Stadt so beliebt wie „Auerbachs Keller“ in Leipzig. Sie befanden sich in den Kellern des 1255 vom Deutschen Ritterorden gegründeten Königsberger Schlosses, die ehemals Verließe für Gefangene waren. Ob da aber jemals Blut geflossen ist, glaubte man in späteren Jahrhunderten nicht. Die Farbe führte man auf die dort ausgeschenkten beliebten guten Rotweine zurück und auf das jahrhundertelang im Obergeschoß befindliche Gericht. Die Keller dieses Schloßtraktes wurden im 18 Jahrhundert an einen Salzburger „Exulanten“, der in Königsberg ein Weinhandelsgroßgeschäft mit seinem Sohn als Nachfolger betrieb, vermietet. Nach dessen Tod führten verschiedene Salzburger Nachkommen das Geschäft weiter. Die weitläufigen Schloßkeller wurden dann 1827 in ein Weinlokal umgebaut. Durch geschickte Leitung gewann die Gastwirtschaft zunehmende Popularität. Das Mobiliar bestand aus Holztischen und -stühlen. Mittelpunkt war der große Hauptkeller mit fünf riesigen Eichenfässern, verziert durch reichhaltiges Schnitzwerk historischer Darstellungen aus der Stadtgeschichte, mit Hirschgeweihen sowie Elchschaufeln. Zwei Hansekoggen hingen von der rauchgeschwärzten Decke. Das Blutgericht war festlicher Treffpunkt der Königsberger Bürger, adliger Familien sowie studentischer Verbindungen. Ebenso gehörten Professoren, berühmte Künstler, aber auch Reisegesellschaften und junge, verliebte Paare zu den Gästen. Beim Untergang Königsbergs durch die Bombardierungen und das Kriegsgeschehen versank das Blutgericht mit dem Schloß in Schutt und Asche.

Ingolstadt – Sonntag, 20. November, 14.30 Uhr Treffen der Gruppe im Gasthaus „Bonschab“, Münchner Str. 8, Ingolstadt.

Kempten – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr Adventsfeier der Gruppe im Hotel „Peterhof“, Ecke Salz- und Lindauer Straße.

Kitzingen – Freitag, 18 November, 14.30 Uhr Kaffeenachmittag im Restaurant „Deutscher Kaiser“ in Kitzingen.

Landshut – Dienstag, 15. November, 14 Uhr Zusammenkunft im Restaurant „Insel“.

Memmingen – Mittwoch, 16. November, 15 Uhr Monatsversammlung im Hotel „Weißen Roß“.

München – Freitag, 11. November, 14 Uhr Zusammenkunft der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Starnberg – Mittwoch, 23. November, 15 Uhr unterhaltsamer Nachmittag mit dem Ratespiel: „Weißt Du es noch?“ in der „Undosa Seestube“. 40 Heimatfragen erinnern an die Heimat. Prämierung. Zuvor um 13.30 Uhr Vorstandssitzung (Besprechung Vorweihnachtsfeier und anderes).

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 17. November, 14.30 Uhr Treffen der Frauengruppe in den „Ulmer Stuben“. Thema: Lieder und Gedichte zur Herbstzeit. – Sonnabend, 19. November, 9 Uhr findet der Verkauf für Ulmer Helft in der Hirschstraße statt. – Sonnabend, 26. November, 14.30 Uhr Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

Weißenburg / Gunzenhausen – Sonnabend, 19. November, 10.30 Uhr Besuch des „Kulturzentrums Ostpreußen“ in Ellingen mit Besuch der aktuellen Ausstellung anschließend gemeinsames Mittagessen in Ellingen.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren, Geschäftsführung: Telefon (0 30) 23 00 53 51, Deutschlandhaus, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin

HEIMATKREISGRUPPEN

Heilsberg / Rößel – Freitag, 18. November, 17.30 Uhr Treffen im Restaurant „AMERA“, Leonorenstraße 96/98, Berlin-Lankwitz zum Eisbeinessen. Anmeldung bei Landsmann Boese, Telefon (0 30) 7 21 55 70.

Ortelsburg / Treuburg – Sonntag, 27. November, 14 Uhr Treffen im Seniorenwohnhaus Kietzer Feld, Baumertweg 11, 13595 Berlin. Anfragen an Brigitte Rogowski, Telefon (03 32 34) 6 08 00



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

LANDESGRUPPE

Sonntag, 20. November, 11 Uhr Dia-Vortrag zur Geschichte Königsbergs im Schloßmuseum Oranienburg. Es referiert der Kunsthistoriker Wulf D. Wagner zur Geschichte des Königsberger Schlosses, seiner baugeschichtlichen Entwicklung von der Ordenszeit bis zu seiner Zerstörung 1944. **Sonnabend**, 26. November lädt die Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen, Weichsel / Warthe und Ostbrandenburg ein. Von 14 bis 19 Uhr wollen wir das Jahr in der Gaststätte „Niegisch“ in Schmachtenhagen bei weihnachtlichen Klängen Revue passieren lassen. Es werden Kaffee und Kuchen sowie zum Abend Gänsebraten gereicht. Unser Musiker Landsmann Dolle sowie der Oranienburger Chor „Viva la Musika“ wird uns in weihnachtliche Stimmung versetzen. Es ist unbedingt ein Anmeldung unter Telefon (0 33 01) 80 35 27 nötig. Die Plätze müssen bis 13.30 Uhr eingenommen sein. Nähere Informationen bei Ingrid Epler, Telefon (0 33 01) 70 17 25.

Ostpreußisches Landesmuseum


Foto: Ostpr. Landesmuseum

Lüneburg – Freitag, 25. November, 19.30 Uhr eröffnet das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg die Ausstellung „Spielzeug vergangener Kinderträume“. Das Ostpreußische Landesmuseum präsentiert passend zur Weihnachtszeit eine Auswahl von erstklassigen Exponaten in der Ausstellung – Puppenstuben, Ritterburgen und Kinderbücher sowie Karten- und Würfelspiele, Nachbauten von Dörfern und ganzen Städten – hier ein Nachbau von Schloß Moritzburg in Sachsen, entstanden um 1900. An einem Spielzeugstand können zudem original erzgebirgische Holzfiguren erworben werden.

Salzburger Verein

Dresden/Hamburg – Sonnabend, 3. Dezember, 14 Uhr Weihnachtsfeier mit Vortrag von Karl Weiß: „Karl XII von Schweden“. Gemeindesaal der Kreuzkirchengemeinde, Altmarkt, 01067 Dresden (Landesgruppe) – Sonnabend, 3. Dezember, 13 Uhr Treffen im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg (Landesgruppe)

Westpreußen-Vortrag

Berlin – Donnerstag, 8. Dezember, 18.30 Uhr veranstaltet das Westpreußische Bildungswerk Berlin-Brandenburg einen Vortrag zu „750 Jahre Königsberg / Preußen“ in der „Kommunalen Galerie“, Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin-Wilmersdorf (U-Bahn Fehrbelliner Platz). Referent ist Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke, Berlin.

Königsberger Diakonie

Wetzlar – Sonnabend, 12. November und Sonntag, 13. November, jeweils von 14 bis 18 Uhr veranstaltet die Königsberger Diakonie, das Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit auf Altenberg, einen Basar. Nähere Informationen bei der Königsberger Diakonie, Telefon (0 64 41) 20 60.

Polen – Vortrag

Berlin – Mittwoch, 16. November, 19.30 Uhr veranstaltet das Kreuzberg Museum, Adalbertstr. 95 A, 10999 Berlin (3. Stock) einen Vortrag mit dem Titel „Solidarnosc, Solidarnosc. Es referiert Witold Kaminski . Er berichtet von der Begeisterung der Berliner für die polnische Gewerkschaft Solidarität und die heutige Einstellung zu Polen. Eintritt frei

Ostpreußisches Sommerfest

Hamburg – Terminänderung für das ostpreußische Sommerfest: Das Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen im südlichen Ostpreußen findet, anders als bisher angegeben, am Sonntag, 23. Juli 2006 in der Feste Boyen in Lötzen (Ostpreußen) statt.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Freitag, 18. November, 14 Uhr Kulturnachmittag der Gruppe der Ost- und Westpreußen und des Heimatkreises Elbing im Barlach-Haus. – Sonntag, 20. November, 14 Uhr Kranzniederlegung und Gedenkstunde am Heimatkreuz auf dem Geestemünder Friedhof.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 12. November, 10-17 Uhr Christkindlmarkt der Ostdeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Der Ostpreußenstand ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten aus der Heimat und Literatur vertreten.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil feiert ihre Weihnachtsfeier am 27. November (1. Advent) um 14 Uhr im Seniorentreff, Am Gojenboom 30. Gäste sind herzlich willkommen. Wir möchten mit Liedern, Geschichten und einem Vortrag von Ruth Geede einige besinnliche Stunden mit Ihnen gemeinsam verbringen. Anmeldung bis zum 26. November bei Landsmann K. Wien unter Telefon (0 41 08) 49 08 60. Kostenbeitrag 3 Euro für Kaffee und Kuchen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U3 Richtung Mümmelmannsberg, bis Horner Rennbahn, Ausgang Am Gojenboom, dann über den Parkplatz an dessen Ende ist der Seniorentreff.

Insterburg – Montag, 5. Dezember, 14 Uhr Monatstreffen in der „Postkutsche“, Horner Landstr. 208. Wir feiern unser bevorstehendes Weihnachtsfest mit Gedichten, schönen Weihnachtsliedern sowie kleinen Geschenken für unsere Mitglieder und Gäste.

Osterode – Wir laden ein zu unserer Weihnachtsfeier am Sonnabend, 26. November, in das Restaurant „Krohn“, Hamburg, Fuhlsbüttler Str. 757. Das Restaurant liegt direkt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf. Öffentliche Verkehrsmittel halten direkt vor dem Lokal. Die Weihnachtsfeier wird musikalisch umrahmt, die heimatliche Andacht hält ein Pfarrer. Das Kaffeegedeck kostet 6 Euro, Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Es erscheint der Weihnachtsmann, Anmeldungen erbeten an M.-L. Stanke, Dorfstr. 40, 22889 Tangstedt, Telefon (0 41 09) 90 14.

Sensburg – Sonnabend, 5. November, 15 Uhr Lichtbildervortrag über Bernina- und Glacierexpress in der Schweiz, Sommer 2005 von Günter Kröger im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg

BEZIRKSGRUPPEN

Hamburg-Bergedorf – Sonnabend, 5. November, Ausflug der Frauengruppe nach Lüneburg zum Ostpreußischen Landesmuseum zum „Museumsmarkt“ und Pfefferkuchenstand von Gisela Harder. – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr Treffen der Frauengruppe am Hochkreuz auf dem Bergedorfer Friedhof anläßlich des Volkstrauertages. Nähere Informationen bei Gisela Harder, Telefon (0 40) 7 37 32 20.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 12. November, 15 Uhr Monatstreffen im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstr. 10 (EKZ). Nach der Kaffeetafel steht die 750jährige Geschichte Königsbergs im Mittelpunkt.

Wiesbaden – Bericht vom Besuch im Museum Stadt Königsberg: Das 750. Königsberger Stadtjubiläum war Anlaß zum Besuch des „Museums Stadt Königsberg“ in Duisburg. Durch die Ausstellung mit sachkundigen Erläuterungen des Hausherrn Lorenz Grimoni erhielten die Besucher einen umfassenden Eindruck von der Geschichte und Kultur der Hauptstadt Ostpreußens. Nach den Worten Grimonis galt die weltoffene, tolerante und vielsprachige Stadt damals als Deutschlands europäische Metropole. Sie sei geistiger und kultureller Mittelpunkt gewesen. Besonders prägend für die Literatur- und Geistesgeschichte nannte er unter anderen Johann Gottfried Herder, Simon Dach, E.T.A Hoffmann und Immanuel Kant. Vor allem der Spracherzieher Johann Christoph Gottsched habe wichtige Vorarbeiten zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur geleistet. Auf der Rückfahrt hatten Horst Dietrich und Helga Kukwa, in deren Händen Planung und Durchführung lagen, einen Besuch der Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel eingeplant. Ein Film informierte über die Klosteranlage mit der Abteikirche und das Leben der Mönche nach dem Wahlspruch „ora et labora“ (bete und arbeite). – Bericht vom Erntedankfest... Mit einem reich gedeckten Erntetisch konnte die Kreisgruppe auch in diesem Jahr wieder ihr Erntefest feiern. Rund 160 Mitglieder und Freunde waren in den festlich geschmückten Saal des „Hauses der Heimat“ gekommen. Mit Gedichten, Geschichten und Gesang gestalteten Martha Dobischat, Lieselotte Paul, der Frauenchor unter Leitung von Ehrentraud Gerlach sowie Günter Simon (Akkordeon) und die Schlesische Trachtengruppe unter Leitung von Erwin Bernd eine harmonische Feierstunde. Die besinnliche Ansprache hielt Pfarrer Dr. Holger Saal von der Wiesbadener Marktkirchengemeinde. Den Schwerpunkt bildete in diesem Jahr der heimatliche Erntetanz. Dabei reichte der bunte Tanzreigen vom „Gumbinner“, dem „Danziger Achter“ und „Insterburger Vierge-

spann“ bis zur „Dubeninger Wechselpolka“ und dem „Ostländischen Viergespann“. Den Abschluß bildete die schwungvolle „Sternpolka“, die inzwischen rund um die Welt ging und heute noch gern in den USA getanzt wird. Dieter Schetat erzählte von der Entstehung und Eigenart dieser Tänze, die alle in den zwanziger und dreißiger Jahren in Ostpreußen entstanden und dort erstaufgeführt wurden. Bei der anschließenden Verlosung der Erntegaben konnte jeder etwas Schönes mit nach Hause nehmen. Der Vorsitzende Schetat dankte allen Spendern und fleißigen Helfern, die zum Gelingen der harmonischen Veranstaltung beigetragen haben.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

26. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ehemaligen Regierungsbezirkes Gumbinnen – Zum diesjährigen vorweihnachtlichen Treffen am Sonnabend, dem 26. November, laden wir alle Gumbinner sowie ostpreußischen Landsleute und Freunde Ostpreußens in das „Landhotel“ in 19372 Spornitz, nahe Parchim, herzlich ein. Die Veranstaltung findet in der Zeit von 10 bis 15 Uhr statt. Zu erreichen ist der an der B 191 gelegene Veranstaltungsort entweder mit dem Auto über die Bundesautobahn 24, Abzweig Neustadt-Glewe oder mit der Bundesbahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust. Vor Ort sind ausreichend Parkplätze vorhanden. Übernachtungen im Hotel zu Sonderkonditionen sind möglich, müssen aber rechtzeitig unter Telefon (03 87 26) 8 80 (Frau Ruck) beziehungsweise per Fax unter der Nummer (0 38 71) 8 84 90 angemeldet werden. Den Besucher erwartet ein umfangreiches kulturelles Programm. Es wird das Wittenberger Bläserquintett unter der Leitung von Hans Hellriegel mit Weihnachts- und Ostpreußenweisen musikalisch aufwarten. Ein Videofilm wird dem Besucher die Schönheit Ostpreußens zeigen. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt. So wird man gut zu Mittag speisen und ebenso Kaffee und Kuchen einnehmen können. Interessierte an einer Reise nach Gumbinnen haben die Möglichkeit, sich mit namentlich bekannten Reiseunternehmen in Verbindung zu setzen. Auskunft zur Veranstaltung erteilt Ihnen Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14b, 19370 Parchim, Telefon / Fax (0 38 71) 22 62 38, friedelhahn@arcor.de. Auch möchte ich Ihnen jetzt schon unsere Veranstaltungstermine für 2006 wie folgt bekanntgeben: 27. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ehemaligen Regierungsbezirks Gumbinnen / Ostpreußen am 29. April 2006 und 28. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ehemaligen Regierungsbezirkes Gumbinnen / Ostpreußen am 25. November 2006 jeweils im „Landhotel“ in 19372 Spornitz, nahe Parchim.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Wir bitten um Verständnis, daß aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen zum Tag der Heimat eine Veröffentlichung der Berichte nicht vorgenommen werden kann.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Bad Bevensen – Anläßlich des Volktrauertages, Sonntag, 13. November, treffen sich die Mitglieder der Gruppe um 9 Uhr am Kriegerdenkmal 1870/71 (neben der Dreikönigskirche) zur Kranzniederlegung und zum Gedenken unserer gefallenen Soldaten und unserer Landsleute, die durch Flucht, Vertreibung und Verschleppung zu Tode gekommen sind. Worte des Gedenkens spricht unser Landsmann, Diakon i.R. Staedler. – Weihnachtsbasar: Der Weihnachtsbasar der Gruppe findet Sonnabend, 26. November, in der Zeit von 9 Uhr bis 17 Uhr in den Räumen der Begegnungsstätte (neben der Dreikönigskiche) statt. Wir bieten abwechslungsreiche Stunden bei Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, weihnachtlichen Handarbeiten aus eigener Fertigung, edlem Königsberger Marzipan, ost- und westpreußischer Literatur, deftiger Erbsensuppe sowie guten Gesprächen mit netten Menschen. – Kaffeenachmittag: Der monatliche Kaffee-Nachmittag der Gruppe (jeder dritte Freitag 15 bis zirka 16.30 Uhr) findet auch im Jahr 2006 im Hotel „Sonnenhof“, Krummer Arm 23, statt.

Buxtehude – Sonntag, 13. November, 11.30 Uhr Treffen zum Volkstrauertag. Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Ehrenmal im Stadtpark Buxtehude.

Osnabrück – Dienstag, 8. November, 16.45 Uhr Kegeln im Hotel „Ibis“, Blumenhaller Weg 152. – Sonnabend, 19. November, Fahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. Anmeldung umgehend an Xenia Sensfuß, Telefon (05 41) 43 07 51 oder Gertrud Franke, Telefon (05 41) 6 74 79. – Bericht vom Erntedank: Eine große Anzahl Mitglieder und Gäste konnte der Vorsitzende Alfred Sell zum Erntedanknachmittag begrüßen. Zu Beginn wurde gemeinsam das Westpreußenlied und das hübsche Herbstlied „Bunt sind schon die Wälder“ gesungen. Wie in jedem Jahr zum Erntedanknachmittag sprach Pastor Kuhlmann auch dieses Mal einige Worte zum Erntedank. Gedichte zum Erntefest wurden vorgetragen. Bärbel Sell-Balfanz las die Geschichte „Kornaust“, in der der Ablauf des Einbringens der Ernte geschildert wird. Der Chor trug unter Leitung von Else Tober mit Herbstliedern zum Gelingen des Erntedanknachmittags bei. Im Originalton war das Gedicht von Agnes Miegel „Es war ein Land“ zu hören. In seinem Schlußwort bedankte sich Alfred Sell bei allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen hatten.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bad Godesberg – Sonntag, 6. November, 15 Uhr Veranstaltung „750 Jahre Königsberg“ (2. Teil). Dia-Vortrag von Marianne Neumann in der Stadthalle Bad Godesberg. Die Veranstaltung beginnt mit einem gemeinsamen Kaffeetrinken von 15-16 Uhr, danach startet das Programm (Vortrag). Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Donnerstag, 24. November, 16 Uhr Literaturkreis in der Wilhelmstr. 13, 6. Stock.

Düren – Sonntag, 13. November, 10 Uhr Treffen zum Volkstrauertag am Eingang des „Neuen Friedhofs“. Um 10.30 Uhr gehen wir gemeinsam zu unseren Gedenksteinen. – Freitag, 18. November, 18 Uhr Heimatabend.

Düsseldorf – Dienstag, 15. November, 15 Uhr Frauennachmittag im Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Ostpreußenzimmer 412. – Freitag, 18. November, 18 Uhr Finissage der Ausstellung „West-Ost-Künstlerwerkstatt“ mit einer Lesung: Renate Schumann, „Der Piastenturm“ im GHH, Konferenzraum.

Ennepetal – Donnerstag, 17. November, 18 Uhr Monatstreff in der Heimatstube. – Sonntag, 20. November, 11.30 Uhr Kurzes Treffen zum Totensonntag am Gedenkstein in der Gasstr.

Essen – Freitag, 18. November, 15 Uhr Treffen zu Berichten und Geschichten aus unserer Heimat im Osten. Referent ist Bernhard Kehren.

Gütersloh – Die Gruppe organisiert mit dem Haus Müterthies-Wittag, Neuenkirchener Str. 264, einen Silvesterball. Alle Interessierten sind herzlich willkommen. Die Eintrittskarten zum Preis von 40 beziehungsweise 45 Euro können bereits jetzt vorbestellt werden. Im Preis inbegriffen sind Begrüßungsgetränk, warmes und kaltes Buffet sowie eine Flasche Wein pro vier Personen. Für Stimmung sorgt die Band „Black out“. Weitere Infos bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (0 52 41) 70 29 19 oder Marianne Bartnik, Telefon (0 52 41) 2 92 11.

Höxter – Montag, 14. November, 15 Uhr Vortrag von Dr. Mignat im Corveyer Hof in Höxter.

Schwelm – Sonnabend, 19. November, 15.30 Uhr Grützwurstessen im Johannes-Gemeinde-Haus, Kaiserstr. 71.

Witten – Sonntag, 20. November, 12 Uhr Totensonntag mit Kranzniederlegung am Gedenkstein des BdV.

Wuppertal – Bericht vom Erntedankfest: Ein goldener 8. Oktober in diesem Jahr macht das Licht weich und läßt die Sonne sich zärtlich über die Welt legen. Es ist einer dieser milden Herbsttage mit dem sanften Licht für Empfindsame. Und genau diesen wunderbaren Tag hatte unsere Gruppe für das Erntedankfest ausgewählt, um es dieses Mal im „Nommensenhaus“ in der Sternstraße in Wuppertal-Barmen festlich zu begehen. Nach einer kurzen Begrüßung durch die langjährige 1. Vorsitzende Renate Winterhagen und der anschließenden Kaffeetafel eröffnete die 1. Vorsitzende die Feierlichkeit mit tiefschürfenden „Gedanken zum Erntedankfest“ und erinnerte an die vielen schönen Sitten und Gebräuche zur Erntezeit in unserer auf der Welt einmaligen weiten ostpreußischen Heimat. Mein Blick sucht die angespannt lauschenden Gesichter der Landsleute und siehe, ein Landsmann säubert verlegen seine Brille und ein altes Mütterlein wischt verstohlen eine Träne weg. Dachten sie vielleicht an ihr verlorenes Zuhause, aus dem sie vertrieben wurden, an Frau oder Mann oder gar den einzigen Sohn, die in der heimatlichen Erde ruhen? Derweil spricht die klare Stimme der 1. Vorsitzenden vom Frieden und Gottessegen, derer die Menschen unbedingt bedürfen, um eine gute, reiche Ernte und das tägliche Brot zu haben. Vorträge über das Marktgeschehen in Ostpreußen, Lob dem Apfel, die Verse „Spätsommer“ unserer weltweit bekannten ostpreußischen Dichterin Agnes Miegel, Lieder des Chores Harmonie und zünftige Tänze der Seniorenfolkloregruppe unter der hervorragenden Leitung von Ursula Knocks gaben dem Erntedankfest sein feierliches Gepräge. „Euch grüßt die Heimat aus weiter Ferne, Euch grüßt die Heimat über Land und Meer.“ Unter diesem Motto wird allen Landsleuten dieses bedeutsame Erntedankfest stets in guter und unvergessener Erinnerung bleiben. Das Fest klang feierlich aus.



Ansichtssache



Foto: Archiv

Der Altar in der Pfarrkirche Waltersdorf, Kreis Heiligenbeil. Die Aufnahme entstand 1904 nach der Wiederherstellung des Altars. Die Kirche ist heute eine Ruine, die Innenausstattung ging in Folge des Zweiten Weltkriegs verloren.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Chemnitz – Sonnabend, 12. November, 14 Uhr Veranstaltung in der Clausstr. 27. Dr. Jörg Bernhard Bilke, ein gern gesehener Gast in der Kreisgruppe Chemnitz, wird das Leben und Werk des Dichters Johannes Bobrowski uns nahe bringen, besonders das Spannungsverhältnis der im ostpreußischen Raum lebenden Völker Urpreußen und baltische Stämme wird von Dr. Bilke beleuchtet. Johannes Bobrowski wurde am 17. April 1917 in Tilsit geboren. Sein Leben endete in Berlin im Alter von 48 Jahren. Für sein literarisches Schaffen wurde er im Jahr 1964 mit dem „Heinrich Mann Preis“ ausgezeichnet. Wir laden herzlich zu dieser interessanten Veranstaltung mit dem „Kulturkreis Simon Dach“ und Dr. Jörg Bernhard Bilke ein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 16. November, 14–16 Uhr Handarbeits-Frauennachmittag im Bestehornhaus Aschersleben.

Dessau – Montag, 21. November, 14.30 Uhr Singegruppe in der Begegnungsstätte „Heinz Rühmann“.

Magdeburg – Dienstag, 15. November, 13.30 Uhr Stickerchen in der Immermannstr. 19, um 15 Uhr Bowling im Lemsdorfer Weg.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Donnerstag, 8. Dezember, 14 Uhr (Abfahrt vom ZOB Bad Schwartau, 14.10 Uhr Schule Cleverbrück und Bergstraße nach Bedarf) findet ein Adventsausflug zum Rauchhaus Möllin statt. Ein vorweihnachtlicher Nachmittag erwartet die Mitglieder und Gäste der Gruppe im Rauchhaus Möllin. Die Plattsnackers Birgit und Bruno erwarten die Gäste mit einem weihnachtlichen Programm und anschließend gibt es ein festliches Buffet mit allem, was das Herz begehrt. Im Preis von 26 Euro ist alles eingeschlossen. Anmeldungen bitte bei Günter Löhmann, Telefon (04 51) 2 38 11 und Regina Gronau, Telefon (04 51) 2 67 06.

Eckernförde – Freitag, 18. November, 16 Uhr Farbbildervortrag von Dr. Nernheim im „Lindenhof“. Thema. „Auf Flußkreuzfahrt 5 000 Kilometer quer durch Osteuropa“ Teil 2.

Fehmarn / Burg – Freitag, 18. November, 19 Uhr veranstaltet die Gruppe der Ost- und Westpreußen mit Danzig traditionsgemäß ihr „Königsberger-Klops-Essen“ im Hotel „Wisser“ in Burg. Fehmarns Schriftstellerin Anke Wolff wird an diesem Abend Kostproben aus ihren Büchern den Mitgliedern und Gästen nahebringen. Da nur begrenzte Sitzmöglichkeiten vorhanden sind, ist es ratsam, sich zeitig anzumelden. **Anmeldeschluß ist Montag, der 14. November**; der Kostenbeitrag zu der Veranstaltung beträgt 11 Euro. Anmeldungen erbeten beim Hotel „Wisser“, unter Telefon (0 43 71) 31 11 oder bei Ilse Meiske, Telefon (0 43 71) 96 76 oder bei Brigitte Christensen, Telefon (0 43 71) 22 42.

Kiel – Sonnabend, 19. bis Sonntag, 20. November, 10 bis 17 Uhr Weihnachtsbasar im Haus der Heimat. Die OHG beteiligt sich wieder mit einer Tombola. – Im Monat November findet keine Zusammenkunft der Frauengruppe Elmschenhagen statt. Es wäre schön, wenn wir uns recht zahlreich beim Treffen unseres Basars wiedersehen würden. Er soll am 19. und 20. November im Haus der Heimat stattfinden. Nähere Informationen unter Telefon (04 31) 55 38 11.

Bund Junges Ostpreußen

Hamburg – Der Bund Junges Ostpreußen (BJO) Nord besucht am Sonnabend, dem 12. November, um 15 Uhr das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, anschließend findet ein deftiges Martinsgansessen statt. Anmeldungen bitte bei Bernhard Knapstein unter Telefon (0 40) 41 40 08 24 oder per Email: Knapstein@ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 5. November, 14.30 Uhr, ARD: Die vergessenen Weingärten in Böhmen und Mähren. Reportage

Sonntag, 6. November, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat. Magazin

Sonntag, 6. November, 0 Uhr, Phoenix: Meine Geschichte: Kriegsende. Doku

Montag, 7. November, 20.15 Uhr, 3sat: Geheime Verwandte. Doku

Montag, 7. November, 20.15 Uhr, WDR: Eine Herbstreise durch Westpreußen. Von Thorn nach Hela. Erste Station ist die Marienburg. Bericht

Dienstag, 8. November, 20.15 Uhr, ZDF: Deutsche Kolonien (1). Großfriedrichsburg – Brandenburgs Kolonie im heutigen Ghana. 3tlg. Doku-Reihe.

Dienstag, 8. November, 20.40 Uhr, Arte: Themenabend „15 Jahre Deutsche Einheit“

Mittwoch, 9. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Vier Schüler gegen Stalin. Doku

Mittwoch, 9. November, 20.40 Uhr, Arte: Die Kameramänner von Verdun. Filmdokumente aus dem Ersten Weltkrieg

Donnerstag, 10. November, 20.15 Uhr, RBB: Metropolen des Ostens – Kiew. Reihe

Freitag, 11. November, 20.15 Uhr, NDR: Königsberg in Kaliningrad. Reportage zum 750. Geburtstag Königsbergs

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Termine, Termine – 1. Geschäftsstelle und Archiv. Unsere Geschäftsführerin Bärbel Lehmann befindet sich vom 22. November (2005) bis zum 9. Dezember in Urlaub. Ab 13. Dezember ist unsere Geschäftsstelle wieder für die Öffentlichkeit zu erreichen. Vielen Dank für Ihr Verständnis! 2. Neue Veranstaltungstermine im Jahr 2006: a) Das nächste Heimattreffen der Angerburger in Güstrow findet am 24. und 25. Juni 2006 wieder im Bürgerhaus statt. b) Die 52. Angerburger Tage finden eine Woche später als üblich am 16. und 17. September 2006 in gewohnter Weise in Rotenburg (Wümme) statt. Bitte notieren Sie sich dieses neue Datum und berücksichtigen Sie die Terminverschiebung bei Ihrer Urlaubsplanung für das Jahr 2006. Die Terminänderung war erforderlich, weil im nächsten Jahr in Niedersachsen am zweiten Sonntag im September Kommunalwahlen stattfinden und auch ein neuer Landrat gewählt wird, da Dr. Hans-Harald Fitschen die Altersgrenze erreicht. c) In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, daß die 48. heimatpolitische Tagung – wie vorgesehen – am 18. und 19. Februar 2006 wieder im Bürgersaal in Rotenburg (Wümme) stattfindet. Das Elchessen ist bereits bestellt. Alle Interessenten – auch aus anderen Heimatkreisgemeinschaften – sind wieder herzlich eingeladen.



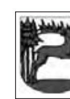
KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24

Hinweis I: Unsere Geschäftsstelle ist vom Sonntag, 30. Oktober bis zum Dienstag, 15. November geschlossen. Interessierte Besucher unseres Heimatmuseums werden gebeten, sich drei Tage vorher für diesen Zeitraum unter Telefon (05 71) 7 27 85 anzumelden.

Hinweis II: Der Ostpreußenkalender 2006 der Kreisgemeinschaft ist da! Nähere Informationen bei Herbert Laubenstein, Telefon / Fax (0 23 32) 8 05 77.

Ankündigung: zwölftägige Busreise nach Königsberg und Nidden (Litauen) von Donnerstag, 27. Juli, bis Montag 7. August 2006. Abfahrt ab Duisburg 6 Uhr, mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl, Hotel „Rodlo". Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostop) und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet uns die russische Reiseleiterin Nadja, zwecks beschleunigter Abfertigung. Wir übernachten fünfmal im Hotel Kaliningrad in Königsberg. Es sind Rundfahrten nach Waldau und Arnau (dort Besichtigung der Arbeiten an der Katharinenkirche, gegebenenfalls kann der Kirchturm bestiegen werden) Heiligenwalde und Pillau geplant. Die Russische Marine veranstaltet Vorführungen mit Schiffen und Flugzeugen. Am 31. Juli folgen Ausflüge nach Rauschen und Palmnicken. Dienstag, 1. August, Tag zur freien Verfügung. Am Mittwoch, 2. August, erfolgt die Weiterreise zur Kurischen Nehrung und nach Nidden. Dort übernachten wir dreimal und besichtigen das Meeresmuseum und unternehmen eine Stadtrundfahrt in Memel und weitere Rundfahrten. Sonnabend, 5. August, Rück-reise über Königsberg, Richtung Elbing über Frauenburg (Fotostop), Tolkemit (1000-jährige Eiche) nach Elbing. Sonntag, 6. August, Weiterreise nach Danzig, Richtung Stettin. Übernachtung im Hotel Panorama. Montag, 7. August, Heimreise auf der Strecke der Hinreise. Zusteigemöglichkeit auf der Hinreise Bochum Hauptbahnhof und nach Vereinbarung entlang der A2. Preis, bei 38 Teilnehmern und Halbpension, pro Person 870,- Euro plus 95,- Euro für Doppel-Visa. Die Einreise kostet 5,50 Euro zuzüglich Nehrungsgebühr 50 Euro. E-Zi.-Zuschlag 190 Euro. Weitere Informationen und das komplette Programm sowie die Anmeldungen erhalten Sie bei Willi Skulimma, Oranienstraße 4, 47051 Duisburg, Tel. (02 03) 33 57 46.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (02 09) 7 20 07, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Telefon (02 31) 37 37 77, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund

Harmonisches Kreistreffen am 18. September in Herne – Fast tausend Besucher füllten den Saal des Kulturzentrums in Herne, als der Klang der Ortelsburger Kirchenglocken die Feierstunde einläutete. Der Kreisvorsitzende Edelfried Baginski stellte in seiner Begrüßungs- und Festrede die Stunde unter den Leitgedanken: Stunde der Erinnerungen und des Gedenkens, aber auch Stunde des Nachdenkens über den Umgang mit der eigenen Geschichte. Zunächst begrüßte er sehr herzlich den Oberbürgermeister der Patenstadt Herne, Horst Schiereck, sowie die Bundestagsabgeordnete der CDU Ingrid Fischbach, die trotz des Wahltages der Einladung gefolgt waren, ferner seinen Vorgänger als Kreisvertreter Wilhelm Geyer und Frau, die Abordnung des deutschen Kulturvereins „Heimat" aus Ortelsburg, die Mitglieder vom Ortelsburger Kreisausschuß und Kreistag sowie die Original Resser Musikanten, die die Feierstunde musikalisch begleiteten. In seiner Festrede erinnerte er an die Generation unserer Eltern und Großeltern, an die geschichtlichen Begleitumstände, an ihre Heimattreue und an die Opfer, die sei gebracht haben. Unter Hinweis auf Flucht und Vertreibung stellte er fest: „Für uns Ostpreußen stellt sich die Frage, ob wir am 8. Mai 1945 befreit worden sind, nicht. Die oft gehörte Meinung, daß wir Deutschen an den erlittenen Grausamkeiten selber schuld seinen, bezeichnete er als einen Rückfall in die Barbarei. Dazu zitierte er Berthold Brecht: „Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte der Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge." Zur Haltung der großen Masse der deutschen Soldaten betonte er: „Sie kämpften ehrenvoll im guten Glauben, der Sache des Vaterlandes zu dienen, und weil das Gesetz es befahl. Sie kämpften zuletzt voller Verzweiflung und oft mit Resignation, weil sie die totale Niederlage nicht abwenden konnten und ihre Angehörigen der Rache und den Grausamkeiten der Sieger überlassen mußten". Er erwähnte die oft verzweifelte Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Kriege und das sich festigende Band der Solidarität mit den Menschen in Westdeutschland, das schließlich zur Gründung von Patenschaften zahlreicher Kommunen mit ostdeutschen Städten führte – so auch mit der Stadt Wanne-Eickel beziehungsweise Herne. Für die immer noch lebendige Patenschaft dankte er dem Oberbürgermeister mit herzlichen Worten. Die Polemik mancher Politiker gegen das geplante Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin wies er entschieden zurück und erklärte, daß es nichts mit Geschichtsrevisionismus zu tun hat wie von polnischer Seite behauptet wird. Er dankte dem Bundespräsidenten Horst Köhler und Angela Merkel, die sich bei ihren Reisen nach Polen für dieses Zentrum in Berlin ausgesprochen haben. Für den beantragten Gedenkstein in Ortelsburg verlas er den vorgeschlagenen Text: „Zum Gedenken an unsere deutschen Vorfahren, denen Stadt und Kreis Ortelsburg Heimat war. Mit den heute hier lebenden Menschen verbindet uns die Liebe zu diesem Land." Baginski beendete seine Rede mit den Worten: „Bewahren wir Ostpreußen in unseren Herzen und pflanzen unsere Heimat in die Herzen unserer Kinder und Nachkommen. Lassen wir uns die durchaus rühmliche Geschichte unserer Heimat nicht entwenden oder verfälschen. Lassen wir uns nicht auch noch aus unserer geistigen Heimat vertreiben. Bleiben Sie aufrechte und standfeste Ortelsburger Ostpreußen." Nach dem gemeinsam gesungenen Lied „Im schönsten Wiesengrunde" trug Uschi Kuhn ein selbstverfaßtes Gedicht „Entschwundene Heimat Masuren – Hügelwalde" vor. Mit der Hymne „Großer Gott wir loben dich" wurde auf die folgende Totenehrung durch den 2. Vorsitzenden Dieter Chilla eingestimmt. Oberbürgermeister Schiereck begrüßte in seiner Rede, daß die Kreisgemeinschaft ihr Jahrestreffen nunmehr in ihrer Patenstadt Herne durchführt. Er erinnerte an seinen Vorgänger Wolfgang Becker, der sich für die Patenschaft sehr engagiert und sie stets gefördert hat. Nun hat er als neuer Oberbürgermeister selbst zum ersten Mal die Gelegenheit, zu den Ortelsburgern zu sprechen, und er tut das gerne zum Zeichen der Verbundenheit. „Und ich möchte Sie bestätigen im gemeinsamen Wunsch, diese Patenschaft auch weiterhin zu erhalten." Er lobte den Zusammenhalt der Ortelsburger Landsleute, die in so großer Zahl angereist sind, und begrüßte besonders die Gäste vom deutschen Kulturverein „Heimat" aus Ortelsburg. So selbstverständlich wie die Heimat Ortelsburg einen festen Platz im Herzen der dort Geborenen hat, so ist auch die Tatsache, daß seit dem Beschluß des Rates der Stadt Herne am 13. Dezember 1962 ein Stück Ortelsburg auch zur Stadtgeschichte von Herne gehört. Erinnernd an das Kriegsende, das die Menschen damals mit sehr unterschiedlichen Gefühlen erlebt haben, ging er auf die für alle schweren Nachkriegjahre ein. Dabei unterstrich er die Kraft, Fähigkeit und den Willen der Neuankömmlinge, den demokratischen Neubeginn und den Wiederaufbau mitzugestalten und Mitverantwortung zu übernehmen. Er rief dazu auf, an der Völkerverständigung zu arbeiten, und begrüßte die intensiven Kontakte und Reisen nach Ortelsburg / Szczytno, um durch den Dialog – trotz unterschiedlicher Prägungen und Erfahrungen – gemeinsame Wege in eine friedliche Zukunft zu gehen. Abschließend dankte er dem Vorstand der Kreisgemeinschaft für die mehr als 40 Jahre intensiv gelebte Patenschaft und wünschte, daß diesem zweiten Kreistreffen in Herne nunmehr viele weitere folgen werden. Nach den Grußworten von Christel Zygler für den deutschen Kulturverein sangen alle das Volkslied „Nun ade, du mein lieb Heimatland". Der 2. Vorsitzende, Dieter Chilla, dankte in seinen Schlußworten dem Kreisvorsitzenden Edelfried Baginski für dessen selbstlose und erfolgreiche Arbeit für die Kreisgemeinschaft. Beispielhaft nannte er das von diesem verfaßte Buch „1945 – Als Ortelsburg verlorenging". Auch das Buch von Olaf Göbeler „Willenberg – Die Ge-schichte einer ostpreußischen Grenzregion" sei ein Beweis für die Pflege unserer Heimatgeschichte durch die Kreisgemeinschaft. Er dankte allen Helferinnen und Helfern, die unter der Leitung von Willi Becker den Saal und das Treffen vorbereitet hatten. Die Feierstunde endete mit der Nationalhymne. Für die Veranstalter war es motivierend, daß die Anwesenden den Ansprachen Ruhe und Aufmerksamkeit entgegengebracht haben. Dies war auch auf verschiedene Umstände wie beispielsweise die verstärkte Lautsprecheranlage zurückzuführen. Das Treffen nahm seinen Fortgang bei guter Bewirtung und frohem Miteinander. Reges Leben und Treiben herrschte im Foyer am Bücherstand mit den Neuerscheinungen und an der heimatlichen Foto- und Bilderausstellung. Im Zusammenhang mit dem Kreistreffen war am Vortage und am Montag danach die Heimatstube in der Musikschule Herne geöffnet, was manche Landsleute erwartungsgemäß zu einem Besuch veranlaßte. Das Kreistreffen am 17. September 2006 wird wieder im Kulturzentrum in Herne stattfinden.

Fundstück

Ellingen – Die Dauerausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen im bayerischen Ellingen wird laufend erweitert. So hat das Museum nun eine hölzerne Grabstele aus Ostpreußen erhalten. Die Stele, die nach Informationen des Leiters des Kulturzentrums aus der Zeit um 1930 stammt und das Grab der Eheleute Switalkski zierte, wurde in guter Erhaltung auf dem mittlerweile aufgelassenen Friedhof in Braunsberg gefunden. Nach einer Säuberung und mit einem Sockel aus einem heimischen Handwerksbetrieb versehen, wurde die Grabsäule in die Dauerausstellung im Ellinger Deutschordensschloß aufgenommen. *Manfred Fritsche*


Foto: Manfred Fritsche

Grabstele: Ein Fundstück vom aufgelassenen Friedhof in Braunsberg

PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (0 48 23) 85 71, Allee 16, 25554 Wilster

Bericht vom Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland am 10. und 11. September in der Patenstadt Itzehoe – Neben einer großen Zahl von Landsleuten aus nah und fern, unter ihnen wieder eine achtköpfige Delegation des Deutschen Vereins Pr. Holland unter der Leitung von Inge Obiala, konnte Kreisvertreter Bernd Hinz Persönlichkeiten der Kommunalpolitik begrüßen. Der Kreis Steinburg war vertreten durch den Kreipräsidenten Hans-Friedrich Tiemann und den stellvertretenden Kreispräsidenten Werner Schultze. Neben dem Hausherrn und höchsten Repräsentanten der Stadt Itzehoe, Bürgervorsteher Heinz Köhnke, waren Ratsherr Berndt Döge und Ehefrau der Einladung der Kreisgemeinschaft gefolgt. Ihre Verbundenheit mit der Kreisgemeinschaft bekundeten durch ihr Erscheinen Helmut Jacobs, ehemaliges Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtages, Klaus Peter Wenzlaff, ehemaliger Kreispräsident, Volker Susemihl, ehemaliger stellvertretender Kreispräsident und Peter Peters, ehemaliger Kreistagsabgeordneter. Folgende Funktionsträger Itzehoes waren erschienen: Der ehemalige Bürgervorsteher Joachim Scheidler, der ehemalige stellv. Bürgervorsteher Harald Lutz. Irmgard Lutz, Frau des verstorbenen langjährigen Bürgervorstehers Paul Barth, war auch in diesem Jahr anwesend. Die Stadt Krempe war vertreten durch die stellv. Bürgervorsteherin Dr. Meiners-Gefken. Von den Vertriebenen-Verbänden kamen: Günter Petersdorf, langjähriger LO-Vorsitzender Schleswig-Holsteins, mit Frau, Ursel Burwinkel, ehemalige Mitarbeiterin der Bundes-LO, Delegationen der Frauengruppen Itzehoe und Kellinghusen mit ihren Leiterinnen Dr. Jutta Hantschmann und Eva Poerschke. Der Partnerschaftsverein Itzehoe war vertreten durch Frau Wilms-Marzisch. Heinz Longerich berichtete für die „Norddeutsche Rundschau“. Die Kreisausschußsitzung wurde musikalisch umrahmt von Judith Maria Michalski auf der Querflöte. Bürgervorsteher Heinz Köhnke widmete einen nicht unerheblichen Teil seines Grußwortes Bernd Hinz, der vor 25 Jahren das Ehrenamt des Kreisvertreters übernommen hat. Er würdigte ausführlich seine Arbeit in dem zurückliegenden Vierteljahrhundert. Bei dieser Gelegenheit brachte er seine Freude darüber zum Ausdruck, daß das Haus der Heimat nicht nur als Kultur- und Dokumentationszentrum der Kreisgemeinschaft in Erscheinung tritt, sondern „in der jährlichen Kulturnacht der Stadt Itzehoe ein wesentlicher Anlaufpunkt für Menschen aus nah und fern geworden ist. Anerkennende Worte fand Heinz Köhnke für die Partnerschaftsverträge der Kreisgemeinschaft (KG) Pr. Holland mit der Stadt Pr. Holland und dem Kreis Elbing. Im Berichtszeitraum 2004/2005 fanden für die KG Pr. Holland viele bedeutende Ereignisse statt“, so Bernd Hinz zu Beginn seines Tätigkeitsberichts. Im einzelnen erwähnte er das Heimatkreistreffen am 11. und 12. September in Itzehoe. Über die politischen, kulturellen und sozialen Tätigkeiten berichtet der Heimatbrief. Zu dem im Jahr 1983 initiierten Großprojekt „Gemeinde- und Kirchspieldokumentationen“ konnte Hinz berichten, daß mehr als 70 Prozent der Gemeinden inzwischen dokumentarisch erfaßt sind. „Die Arbeit an der umfangreichen Chronik über das Kirchspiel Marienfelde wird voraussichtlich im nächsten Jahr abgeschlossen sein.“ Die Historische Kommission der KG Pr. Holland hat auf ihrer Arbeitstagung im März die zukünftigen Forschungsarbeiten diskutiert und festgelegt. Das Haus der Heimat hat, wie Bürgervorsteher Heinz Köhnke bereits in seinem Grußwort zum Ausdruck brachte „einen Durchbruch in der Frage der öffentlichen kulturellen Akzeptanz erfahren“. Höhepunkte waren anläßlich der 3. Itzehoer Kulturnacht am 23. April 2005 die Lesung von Arno Surminski und die musikalischen Beiträge von Judith Maria Michalski. Ferner gehörte das Haus der Heimat zu den drei Baudenkmälern der Stadt Itzehoe, die am „Tag des offenen Denkmals“ ihre Türen für die Besucher geöffnet hatten. Ferner haben im Haus zwei Ausstellungen, organisiert von der LO-Frauengruppe Itzehoe unter Leitung von Dr. Jutta Hantschmann stattgefunden. Schließlich konnte Bernd Hinz über Umgestaltungen und durchgeführte Malerarbeiten im Haus berichten. „Ein zentrales Aufgabengebiet der KG ist die grenzüberschreitende Arbeit in der Heimat. Hierbei steht die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verein und mit den führenden kommunalen Repräsentanten der Stadt Pr. Holland und des Kreises Elbing im Vordergrund. Der Deutsche Verein Pr. Holland wurde auch im Berichtszeitraum wieder in erheblichem Umfang in kulturellen, humanitären und organisatorischen Angelegenheiten ideell und materiell unterstützt.“ Dem Besuch führender kommunaler Repräsentanten des Kreises Elbing im Juni 2005 in Hürth folgte der Gegenbesuch des Kreisvertreters und des Heimatbeauftragten in Elbing und Pr. Holland im Juli. An einem Besuchstag fand das Sommerfest des Deutschen Vereins Pr. Holland statt. In der humanitär-sozialen Arbeit wird nach wie vor die seit 1999 bestehende Sozialstation in Pr. Holland von der KG als Mitträger mit jährlich 3 000 Euro unterstützt. In der Öffentlichkeitsarbeit ist die Kreisgemeinschaft nun auch im Internet mit eigenen Webseiten unter dem Namen www.preussisch-holland.de vertreten. Abschließend bedankte sich Kreisvertreter Hinz bei den Patenschaftsträgern, dem Kreis Steinburg und der Stadt Itzehoe, für die bisherige Zusammenarbeit. In dem von den Landsleuten mit Spannung erwarteten Festvortrag sprach der SPD-Bundestagskandidat Jörn Thiessen über das für Vertriebene besonders interessante Thema der Vertriebenenpolitik der Bundesregierung – das heißt: Er sollte darüber sprechen. Der Redetext wird im nächsten Heimatbrief abgedruckt, deshalb nur diese kurze Anmerkung. Dem Redner muß eine gekonnt vorgetragene Rede bescheinigt werden. Es ist erstaunlich, wie viel man sagen kann, ohne wirklich etwas zu sagen. In seiner Laudatio würdigte Fritz Folger die äußerst erfolgreiche Arbeit von Bernd Hinz in den zurückliegenden 25 Jahren (siehe *Ostpreußenblatt* Nr. 39). Fritz Folger dankte Bernd Hinz im Namen der Landsleute für die geleistete Arbeit seit 1980. Mit seinem Dank verband er den Wunsch nach einer weiteren und möglichst langen ehrenamtlichen Tätigkeit als Kreisvertreter der KG Pr. Holland. Der Text der Laudatio wird im nächsten Heimatbrief abgedruckt. Im Anschluß an die Kreisausschußsitzung bestand die Möglichkeit, das Haus der Heimat zu besichtigen. Viele Landsleute und eine Reihe Interessierter nutzten diese Gelegenheit. Die Heimatstube im Erdgeschoß wirkte nach durchgeführten Malerarbeiten freundlicher. Um die zahlreichen Bilder und Exponate aus den Partnerschaften aussagekräftiger platzieren zu können, haben in der ersten Etage Archivraum und Partnerschaftszimmer die Räume getauscht. Als „Stammgast“ erfeute die Volkstanzgruppe der LO aus Kellinghusen in ihren gut anzusehenden ostpreußischen Trachten die Besucher mit flotten Tanzdarbeitungen. Siggi Tornado hatte zunächst Schwierigkeiten, die überwiegend „älteren Semester“ auf die Tanzfläche zu bekommen. Mit dem alten Trick „Damenwahl“ gelang es ihm dann aber doch. Insbesondere am Tisch der Ehrengäste – aber auch anderswo – wurden ausführlich und lebhaft die Aussichten der einzelnen Parteien nach der Bundestagswahl diskutiert. Natürlich wurde auch über dies und das plachandert. Der Sonntag begann traditionsgemäß um 10 Uhr mit der Kranzniederlegung am Ehrenmal. Der gemeinsame Kranz des Kreises Steinburg, der Stadt Itzehoe und der Kreisgemeinschaft Pr. Holland wurde am Gedenkstein, der an die Opfer von Flucht und Vertreibung erinnert, niedergelegt. Bürgervorsteher Heinz Köhnke sprach Worte des Gedenkens. Die Festveranstaltung im Saal des Hotels-Restaurants „Klosterbrunnen“ wurde eingeleitet durch Volkslieder des Männergesangvereins Sude unter der Leitung von Adalbert Becker. Zwischen den einzelnen Programmpunkten folgten weitere Liedvorträge, unter anderem das „Preußisch-Holland-Lied“. Neben einer großen Zahl von Landsleuten und der Delegation des Deutschen Vereins aus Pr. Holland konnte Kreisvertreter Hinz wieder Persönlichkeiten der Kommunalpolitik begrüßen. Anwesend waren: Dr. Reinhold Wentzlaff, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag; Dr. med. Jürgen Pohl, Kreistagsabgeordneter, und Heinz Köhnke (CDU), Bürgervorsteher der Stadt Itzehoe. Ihre Verbundenheit mit der KG bekundeten durch ihr Erscheinen: Volker Susemihl, ehemaliger stellvertretender Kreispräsident, Harald Brommer, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Itzehoe, und Irmgard Barth, Ehefrau des verstorbenen langjährigen Bürgervorstehers der Stadt Itzehoe. Als Festredner konnte Bernd Hinz den CDU-Bundestagskandidat Dr. Rolf Koschorrek begrüßen. Im Gegensatz zu seinem Vorredner am Sonnabend über das selbe Thema machte Dr. Rolf Koschorrek zur Frage der Möglichkeiten einer ideellen und finanziellen Unterstützung klare Aussagen. Es sei die Überzeugung und ein Grundsatz der Politik der CDU und CSU, „daß der Einsatz für Vertriebene und Flüchtlinge Dienst an Deutschland, Dienst an unserem Vaterland, an deutscher Geschichte sei“. Das bedeute: „Der Einsatz und die Bewahrung und Fortentwicklung der Kultur der Heimatgebiete und der Vertriebenen bleibt unser Auftrag. Aufgrund der desaströsen Situation des Bundeshaushalts nach sieben Jahren Rot-Grün wird die Förderhöhe von 1998/99 aber wohl nicht wieder erreicht werden können – dies müssen wir ganz realistisch sehen.“ Ganz eindeutig sprach sich der Festredner für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin aus und zitierte dazu Passagen aus dem CDU/CSU-Regierungsprogramm. Auch zu dieser Rede wieder der Hinweis, daß sie im nächsten Heimatbrief im Wortlaut abgedruckt wird. Für das leibliche Wohl der Besucher hatte inzwischen die Küche des „Klosterbrunnens“ bestens vorgearbeitet. Aus der reichlichen und leckeren Auswahl gingen die Königsberger Klopse als „Sieger“ hervor, dicht gefolgt von Fischgerichten. Gegen 18 Uhr verabschiedeten sich die letzten Landsleute voneinander mit dem festen Versprechen, sich im nächsten Jahr wieder zu treffen. Für den Deutschen Verein Pr. Holland endete dieser Tag mit einem Abendessen im „Klosterbrunnen“ und der Auszahlung des Taschengeldes.

Alles nicht Wangnicken

Eine ostpreußische Schicksals-Begegnung

Von Astrid von Günther

Vor ein paar Jahren zog ich in ein 2 200-Seelen-Dorf in Hessen und immer wenn ich mit dem Auto zu meiner Arbeitsstätte in der nächstgelegenen Kleinstadt fuhr, kam ich an einem Haus vorbei, das inmitten seiner Vorderfront ein mir vertrautes Wappen schmückte: Die Elchschaufel mit dem Preußenadler! Die handwerklich gelungene schmiedeeiserne Arbeit ziert die gelb geklinkerte Fläche in edler Zurückhaltung. „Hier muß doch ein Ostpreuße wohnen“, ging es mir jedes Mal durch den Kopf – und eines Tages faßte ich den Mut, nachzufragen. Zu Fuß machte ich mich auf den Weg, klingelte an der Haustür, eine Dame mit schönen klassischen Gesichtszügen öffnete mir, ich stellte mich vor und drückte geradeheraus meine Frage aus, ob hier ein Ostpreuße wohne, denn ich stamme auch aus Ostpreußen. „Ja“, sagte die Dame, „das bin ich selbst, kommen Sie doch herein.“ – Und so entstand eine Verbindung, die bis heute gehalten hat und die mir lieb geworden ist, ganz einfach durch eine Seelenverwandtschaft, die nicht zu erklären ist.

Alle paar Wochen besuche ich nun Frau Wallbach, eine geborene Ziel, und es bereitet mir jedes Mal viel Freude. Inzwischen kann die früher äußerst agile Dame kaum mehr das Bett verlassen, und doch ist sie immer ausgeglichen und heiter – manchmal auch wehmütig, weil wir viel über unsere Heimat sprechen. Aber die Blumen, die sie umgeben, blühen immer in verschwenderischer Pracht – eine Augenweide – kein Wunder, war sie doch Gärtnerin. Ihr schwer kriegsverwundeter Mann besaß eine kleine Gärtnerei, mit ihrem Geschick und Einsatz jedoch erweiterte sich diese zu einem ansehnlichen Gartenbaubetrieb mit Lebensmittelgeschäft, von dem noch heute in der Dorfbevölkerung die Rede ist, auch wenn es nicht mehr existiert.

„Ostpreußen – wunderbares Land meiner Kindheit, schönes Eingebettetsein in das dörfliche Leben. Einer gab dem anderen die Hand!“ erzählte sie immer wieder und ich sauge alles in mich hinein. Sie erzählt von dem Dorf Wangnicken, das etwa 300 Personen umfaßte. Es war gar nichts Besonderes an dem Dorf, eine Stellmacherei gab es (Wolff), aber es war schön dort im Winter wie im Sommer! Die unendliche Weite des Landes, unterbrochen von kleinen Waldungen, darüber der hohe weite Himmel mit seinen transparenten Wölkchen, machten gottesfürchtig, weiteten Herz und Sinne. Herrlich war das Baden in der Ostsee, der weiche Strand war mit dem Fahrrad in 15 Minuten zu erreichen. Von dem Bernstein, der besonders nach einem Sturm reichlich im Tang zu finden war. Sie erzählt mir von ihrem Vater, dem die Schweinehaltung des 1000 Morgen großen Gutes Barkowski unterstellt war, daß es noch ein ähnlich großes Gut gab: Sauvant sowie drei weitere Bauernhöfe: Kecker, Pries und Wolf. Und sie erzählt von ihrer Mutter, einer sehr beliebten Frau im Dorf, die bei Geburt, Krankheit, aber auch Tod gerufen wurde und die sie bereits als vierjähriges Mädchen immer begleitete. Aber auch, daß ihre Mutter bereits mit 42 Jahren an Lungenkrebs starb, da war sie gerade elf Jahre alt, und der Vater verließ sich sehr auf sie als Älteste der Geschwister bei der Haushaltsführung.

Der nächste große Ort war Groß Kuhren, drei Kilometer entfernt, in dem es auch einen Bäcker und einen Schlachter gab, aber man orientierte sich mehr nach Heiligencreutz, zirka zwei Kilometer entfernt. Hier gab es neben Arzt und Hebamme auch Lebensmittel, Gaststätten, die Post, die Molkerei (Familie Mantkeim) und natürlich die Schule; und ihr gegenüber die Kirche. Ja und da gerät sie ins Schwärmen und erzählt, daß hinter dem Altar ein Spruch angebracht war: Gott segne deinen Eingang und Ausgang. Die Buchstaben waren aus Moos geflochten und vielleicht so 15 Zentimeter groß. Schön muß das ausgesehen haben –

Fortsetzung auf Seite 16

ihre Augen leuchten dabei in Erinnerung. Und dann trägt sie mir aus dem Stegreif ganz flüssig vor:

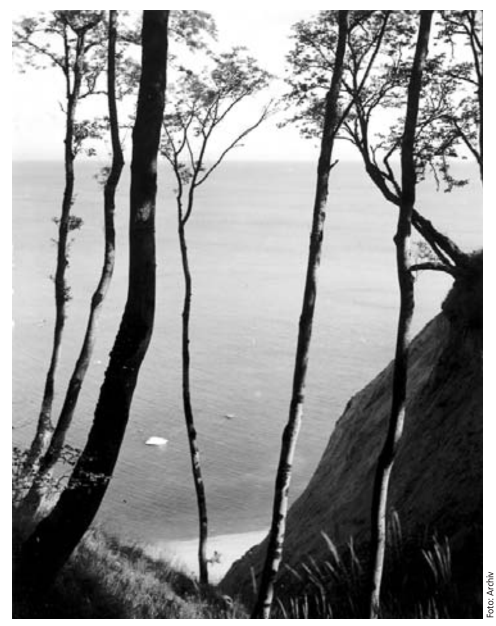
Einst spülte die Ostsee ein Kreuz aus Holz,
an Samlands gesegnete Küste;
es wurde errichtet am Ufer stolz –
ein jeder mit Andacht es küßte.
Welch ein Wunder:
Am folgenden Tag stand das Kreuz
nicht mehr auf dem Hügel!
Gewandert war es über Nacht ins Land,
als wär' es getragen von Flügeln!
Dies haben als göttlichen Fingerzeig
die Gläubigen sinnig gedeutet:
Sie bauten ein Kirchlein am Orte gleich,
zum „Heiligen Creutz“ es läutet!

So wurde auch das Dorf „Zum heiligen Kreuz“ genannt = Heiligencreutz.

Dieses Dorf Wangnicken, nahe der Ostseeküste, in dem sie sich so geborgen fühlte, verließ sie im Sommer 1944 auf Drängen ihres damaligen Verlobten, er war Soldat. Nur vorübergehend sollten sie sich in Sicherheit bringen – nach Stolp, zur angehenden Schwiegermutter. Also reiste die Familie mit leichtem Gepäck – nur die Standuhr mußte unbedingt mit, darauf verzichtete der Vater nicht; er schulterte sie sich auf den Rücken. Ihr Vater erhielt in Stolp eine Stellung in der Stadtverwaltung, sie selbst wurde beim DRK eingestellt und hier heiratete sie – per Ferntrauung. Ihren Mann sah sie nie wieder. Im Herbst 1944 flohen sie von dort mit einem Zug westwärts, landeten in Hagen / Westfalen und lebten im Hochbunker. Bei einem Bombenangriff wurden sie dort ausgebombt. 3000 Tote waren in dieser Nacht zu zählen. Es waren Phosphorbomben: Die Häuserfassaden brannten, am Rauch erstickte man, die Schuhe klebten fest am flüssigen Phosphor! Mit nassen Decken über dem Kopf rannte auch sie mit ihrem knapp einjährigen Kind und ihrer Schwester um ihr Leben – und überlebte das Chaos. Die Stadtverwaltung wies ihr ein Zimmer an in einem beschädigten Haus: ein Raum ohne Kochgelegenheit, und zwei Wände fehlten bis in halber Höhe!

Im Lazarett lernte sie ihren zweiten Mann kennen, sie pflegte ihn als Schwester des DRK. Er nahm sie mit, als er „gesund“ entlassen wurde – in sein Heimatdorf in Hessen, nahe der niedersächsischen Landesgrenze. Sie heirateten, die Familie vergrößerte sich. Sie stand ihm bei in seiner steten Krankheit und setzte ungebrochen all ihre Tatkraft für das Gartengeschäft ein. Es wurde ihr Lebensinhalt und ihr Zuhause – aber Wangnicken wurde es nicht.

Ich stehe in tiefer Bewunderung vor dieser Frau, die ungebrochen ihr Leben meistert, mit Geduld und sanfter Gelassenheit; eine Ostpreußin!


Foto: Archiv
Die Fuchsschlucht an der Samlandküste

Karlche, herst de Grillen?

Unterhaltsames von der Kurischen Nehrung


Foto: Christian Papendick
Idyllisches Nordostpreußen: Fischerhäuser in Nidden

Von Eva Pultke-Sradnick

Jetzt waren sie schon vier Tage hier und konnten sich nicht genug wundern, wie es auf der Kurischen Nehrung aussah. „Kannst nuscht sagen, im Dorf isses ja einigermaßen gepflegt“, meinte Anna.

Diesen Tag hatte sich das Ehepaar Brieskau schon ein bißchen weiter in den Wald getraut. Angst mußte man eigentlich nicht haben. Anna taten die Füße weh. Es war heiß und drückend unter den Bäumen. Karl sagte nichts. Das war auch kein gutes Zeichen.

„Jetzt könnte hier ja ein Haus stehen, wo man essen und trinken könnte“, meinte Anna. „Vielleicht noch mit geräucherten Flundern oder Aal und kleinem Schnaps“, ergänzte Karl gnirrend. „Oder wenigstens ein Topfchen Kaffee mit einem Stück Kuchen“, sagte Anna, sich dabei die Sandalen ausziehend. „Alles voller Sand, Erbarmung, ich gehe barfuß.“ „Verzag man nicht“, sagte Karl tröstend, da hinten sieht es so aus, als ob da eine Bank steht. Da werden wir uns verpusten, wir haben doch nuscht zu versäumen. Anna nahm die Brille ab und wischte sich mit der Hand über die Augen. „Was müssen wir zwei Alten auch noch reisen. Nu haben wir den Salat. Aber laß man, wir haben im Leben schon soviel überstanden, da werden wir das bißchen hier auch noch schaffen“. Karl gnurrte nur, daß dies aber das Schwerste sei. „Die Heimat so verloddert“.

Nun saßen sie auf der Bank, ausruhend und traurig zugleich. Ihr Ziel, ihre Heimat Ostpreußen noch einmal zu sehen, hatten sie erreicht. „Sieh mal, Karl, da hinten raucht es. Sollte da vielleicht wer wohnen, mitten im Wald? Aber sicher gibt es von der anderen Seite einen besseren Weg“. „Bestimmt“, spottete Karl, „das ist der von deinem lieben Gottche. Aber hast recht, laß uns mal hingehen, siehst da den kleinen Trampelweg?“ Sie stapften durch den Sand, und Anna feixte, daß sich schon mancher im Wald verirrt hätte, denn es kam überhaupt kein Haus in Sicht.

Doch dann lud ein geschnitztes Täfelchen im Haus „Blaue Welle“ zu Kaffee und Schmandwaffeln ein. „Ich werd' verrückt“, japste Anna, „eine Oase mitten in der Wüste. Bloß 100 Meterchens Fußmarsch“. Karl stimmte an: „links, links, rechts ist die Chaussee, links 'ne Pappel, in der Mitte Pferdeappel. Ei, wenn uns jetzt ein Elch begegnen würde?“

Tatsächlich, ein nicht zu großes Holzhaus mit Garten, Blumen, Kürbis und einem Hund. Ein Katzchen rollte sich unter einem Bäumchen. Tische standen da, nicht viel, vier an der Zahl. Bunte Deckchen lagen drauf, in der Vase waren ein paar Dünengräser. Bequem aussehende Sessel aus Birkenstämmchen standen einladend darum. „Meine Zeit, Karlchen, ist das hier scheen, hier bleiben wir“. Der Hund kam zutraulich näher und da stand dann auf einmal ein Mann, so um die 40, mit lachenden Augen und einem „Tach auch“. Guten Tag sagten auch Brieskaus. Sie waren erstaunt und froh, es war alles etwas unwirklich. „Gibt's Kaffee?“ fragte Karl kurz, in der Annahme, daß es Sprachschwierigkeiten geben könnte. „Alles was Sie wollen“, lachte der Mann, „Waffelchen auch?“ Anna verdrehte die Augen, „womeglich mit geschlagnem Schmand?“ – „Selbstverständlich, alles da.“ „Öck war verröckt“, sagte Anna, „da göwt ett nich, sönd Se etwa von ons to Hus?“ „Öck bönn ut Marbach, wo de Schiller her ös, bi Ludwigsburg, on miene Fru ös von hier, ut Pillkoppe.“ „On denn könne Se platt“, Anna schüttelte ungläubig den Kopf. „E bätke“, meinte er, „vonne Grotöllre her, de weäre von hier, vonne Nehrung, wi sproke meistens platt, wenn wi under ons weäre.“

Warum aber hier so allein und überhaupt?

Er stellte sich vor. Er hieß Kurt Karausch und seine Frau Rita. Sie kamen ins Gespräch. Warum aber hier so allein und überhaupt? Es war nicht ganz leicht, als Deutscher im heutigen Ostpreußen leben und arbeiten zu dürfen. Sportlich, in sich ruhend, zufrieden mit der Welt, so saß Kurt in seinem Sessel. „Haben Se das aber scheen hier!“ Anna sagte es zum zweiten Mal im unverkennbaren Königsberger Dialekt. Dort hatte sie am Stadtrand gewohnt. „Kannst denken, du bist gar nicht weg gewesen ... und denn die Luft, die is so wie frieher, so trocken und wie knisternd, könntst rein heulen. Karlche, heerst de Grillen zirpen, ei, da, da, da hopst grad einer mang de Gilken. Und Sie wohnen hier mit Ihrer Familie ganz all unter de Russen?“ „Na ja,“ meinte Karausch gelassen, „es ist doch meine Heimat. Alle meine Vorfahren wurden hier geboren, haben hier gelebt und liegen hier auf dem Friedhof. Ich fühl' mich nicht fremd. Wir haben zu essen und zu trinken. Kennen Sie die Geschichten von Hermann Sudermann? Auch bei ihm in der Elchniederung war man arm, aber glücklich, weil die Sonne schien, das Kornchen trocken unter Dach und Fach gekommen war. Und jeden Tag konnte man Gott danken, daß man gesund war und lebte.“ „Na ja, da hätt' ich nich leben wollen, war auch viel Schlimmes dabei“, meinte Anna. „So schlimm ist es hier aber nicht.“ Karausch lachte. „Wir haben's doch gut hier. Wir haben uns die kleine Gastwirtschaft eingerichtet, haben sogar vier Zimmer für Gäste. Die See gibt uns jeden Tag frischen Fisch, die Kuh liefert Milch, die Hühner Eier und die Ziege den Käse. Ohne meine Rita könnte ich das natürlich nicht und ich fahre zur Arbeit nach Königsberg. Und ohne meine Eltern und Geschwister, die in Deutschland wohnen, wäre das auch nicht gegangen. Es braucht hier alles seine Zeit. Denn was bei Euch in zwei Tagen geht, das kann bei uns dauern, wenn überhaupt.“

„Haben Sie vielleicht noch so ein paar Schmandwaffelchen übrig?“ ließ sich Karl Brieskau vernehmen. „Ich weiß, meine Frau schimpft nachher mit mir, aber ich muß doch sagen, sie kocht sonst sehr gut, solche röschen Dingslamdeis, aber ich meine Waffelchens versteht sie doch nicht so zu machen.“ Jetzt kam Ritas Stimme aus der Küche: „Die sind über'm Herdfeuer mit Birkenholz gebacken. Kommen Sie doch morgen wieder, da mach' ich Glumskuchen.“ „Darüber ließe sich reden“, schmunzelte Karl, und Anna nickte zustimmend. Sie hatte sehnsüchtige Augen: „Wenn ich nicht schon so ein altes Mädchen wäre und mein Karl nicht so ein alter Knaster, dann würden wir auch hier siedeln. Und was machen Sie im Winter, kommen da auch Leute?“ – „Kaum“ – „und die Kälte?“ Anna fragte vorsichtig.

„Na ja“, sagte Rita lachend: „Ohrenschitzer, Pelzche an und Mauchens ieber, Ösenhandschkes und gefitterte Stiefel.“ – „Und viel Holz und Torf vor der Tür“, ergänzte ihr Mann, „dann kann man aushalten. Die Ziege und die Hühner muß man schon mal ins Haus nehmen.“ „Und Ihre Kinder?“ Anna war wißbegierig. „Sind auch groß geworden, sind zur Zeit gerade bei den Großeltern in Deutschland.“ Rita wischte eine Träne weg. „Könnte schon passieren, daß sie da bleiben wollen. Aber kannst ihnen ja nicht verdenken, hier ist ja für sie keine Zukunft.“

Nachdenklich saßen die beiden Brieskaus und tupften die Krümel von ihren Tellern. „Und wie lange vorher muß man sich anmelden, wenn man bei Ihnen den Sommer verbringen möchte?“ fragte Karl. „Na, das wär gut im Winter, denn kann man sich einrichten.“ Karl linste zu seiner Anna rüber, denn dieses sollte ja ihre letzte große Reise sein, aber wenn man es so richtig bedachte ... Anna lächelte verträumt.

Wie ein Festtag prussifiziert wurde

Der ursprünglich katholische Martinstag wurde im protestantischen Preußen auf ganz eigene Art begangen

Von Manfred Müller

Die Gaben, welche die Kinder bei dem festlichen Umzug mit ihren buntbemalten Laternen am Martinstag ersingen, erhalten die Brüder und Schwestern, die noch im Osten sind. Sie sollen es doch erfahren, daß sie nach wie vor zu uns gehören, wenn alle die Gaben, die unsere Kinder für sie ersungen haben, in ihre Hände kommen." Mit dieser Notiz antwortete ein Heimatvertriebener einige Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf eine Umfrage, durch die ermittelt werden sollte, welches religiöse Brauchtum unter den Heimatvertriebenen noch lebendig sei. Die Notiz bezog sich auf die evangelische Gemeinde St. Martin im westfälischen Espelkamp-Mittwald und zeigt, wie der dort übliche Martinsbrauch eine zeitgemäße Akzentuierung erhielt.

Im preußischen Staat war der Martinstag, der 11. November, über Jahrhunderte hin ein wichtiger Einschnitt im Wirtschaftsjahr und im bäuerlichen Leben gewesen. Berühmt in der preußisch-deutschen Geschichte wurde der Martinstag des Jahres 1810 durch die preußischen Reformen. Das königliche Edikt vom 9. Oktober 1807 bestimmte: Mit dem Martinitage eintausendachthundertundzehn hört alle Gutsuntertänigkeit in Unseren sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute, so wie solches auf den Domänen in allen Unseren Provinzen schon der Fall ist ..."

Im alten Preußen traf man wie im ganzen christlichen Europa auf den Brauch, am Vorabend des Martinsfestes (oder am Martinstag selbst) kräftig zu schmausen. Besonders beliebt war es, eine köstlich zubereitete Martinsgans zu verzehren und diese mit guten Weinen zu begießen. Dieser Brauch war ausgegangen von Tours, der Bischofs- und Begräbnisstadt Martins, dem Zentrum des kirchlichen Martinskultes. Nach dem Tode Martins (397 n. Chr.) war heidnisches Eß- und Trinkbrauchtum auf den verstorbenen Bischof übertragen worden. Es erfuhr noch eine Verstärkung, als die kriegerischen Franken, Eroberer Galliens, den römischen Ex-Gardeoffizier zu ihrem Nationalund Reichsheiligen erkoren. Der ausgelassene Martinsschmaus erhielt eine kirchliche Rechtfertigung dadurch, daß in Gallien nach dem Martinstag das strenge Vorweihnachtsfasten begann. So konnten die Christen zu Ehren eines populären Heiligen noch einmal in vollen Zügen Speis und Trank genießen, bevor sie sich dem Fastengebot unterwarfen. Wie stark und wie exzessiv dieser Martinsbrauch in Europa verbreitet war, geht aus einer kritischen Bemerkung des niederländischen Humanisten Johannes Potamus hervor. Danach ehrten im 15. Jahrhundert die Franzosen, Spanier, Deutschen und Italiener St. Martin auf eine Weise, „daß es als eine Schande galt, wenn sie an seinem Festtag nicht betrunken waren".

Von den Legenden über den heiligen Martin hat die Geschichte der Mantelteilung am Stadttor von Amiens wohl am stärksten die Volksphantasie beeindruckt und zahlreiche Künstler zu Gemälden und Plastiken inspiriert. Der junge römische Offizier (zu dieser Zeit noch Heide, aber Taufbewerber) teilte mit dem Schwert seinen Mantel und reichte die eine Hälfte einem frierenden Bettler. Dieses Motiv des Schenkens und Beschenktwerdens war ein Anknüpfungspunkt für die Heischgänge (mit entsprechenden Liedern), bei denen Kinder und Jugendliche um den Martinstag herum Gaben einsammelten (Pfannkuchen, Schmalzgebäck, Süßigkeiten, Obst et cetera). In den rheinisch-westfälischen Kerngebieten eines breit entfalteten Martinsbrauchtums verband sich dies mit dem Abbrennen von Martinsfeuern und mit Umzügen, bei denen man zu Ehren des Heiligen Lampen und Fackeln (oft gebastelt aus Runkelrüben oder Kürbissen) herumtrug.

Die Heischegänge und teilweise auch das Feuer- und Lichtbrauchtum zum Martinsfest hatten sich nach Nord-, Mittel- und (in einigen Landstrichen) auch nach Ostdeutschland ausgebreitet, als die Reformation die Heiligenverehrung zu bekämpfen begann. Beim Martinsbrauchtum hatte sie damit nicht immer Erfolg. Oft blieben die Heischegänge und (mitunter verballhornte) Martinslieder erhalten. Wo dies der Fall war (vor allem in Westfalen und in Teilen Thüringens) fand eine Umwidmung von Martin von Tours auf Dr. Martinus Luther statt. Daß dies nicht unbedingt zu einem Gegeneinander der Konfessionen führen mußte, zeigte sich zu DDR-Zeiten in dem 1815 preußisch gewordenen Erfurt. Hier strömten Jahr um Jahr auf dem großen Platz vor dem Dom und der Severikirche die Kinder mit ihren Lampions zu einer ökumenischen Martinsfeier zusammen.

Die Martinszüge, wie sie sich im 20. Jahrhundert (insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg) über Rheinland-Westfalen hinaus ausbreiteten, sind das Ergebnis einer Brauchtumsreform, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aus einer typisch preußischen Haltung heraus vorgenommen wurde. Im Rheinland war das Martinsbrauchtum bei Kindern und Jugendlichen etwas verwildert. Nun ging von Angehörigen des Bildungsbürgertums, insbesondere von Lehrern, der Anstoß zu einer Reform aus. Man wollte am Martinsabend ein „wildes Chaos" in den Straßen vermeiden, die Jugend sollte sich nicht selbst überlassen bleiben. Das „Käzkes-Springe" (Springen über brennende Kerzen als Ersatz für das immer wieder verbotene Martinsfeuer) sollte ebenso unterbleiben wie das Singen von „Gassenhauern", auch sollten Ausschreitungen, die von „halbwüchsigen Burschen" ausgingen, unterbunden werden. Die Dichterin Clara Viebig (1860 bis 1952) hat in ihrem Roman „Wacht am Rhein" (Erstausgabe 1902) ihre Kindheitseindrücke vom Martinsabend in Düsseldorf wiedergegeben. Dort singen zum Beispiel die Jungen einen typischen „Gassenhauer": „Zintmäte (St. Martin), Zintmäte. / De Kälver hant lange Stäte (Schwänze), / De Jongens sind Rabaue (wüste Kerle), / De Weiter (Mädchen) wolle mehr haue." Jetzt wollte man geordnete, von Lehrern beaufsichtigte Martinszüge mit Blaskapellen und mit Martinsliedern, die den guten Ton wahrten. Trotz der im 1815 preußisch gewordenen Rheinland immer noch anzutreffenden Ressentiments gegen die Preußen – resultierend aus Mentalitätsunterschieden, Ungeschicklichkeiten der Regierung und Kulturkampferfahrung – hatten die Reformer Wertvorstellungen wie Zucht und Ordnung offensichtlich verinnerlicht. Auf jeden Fall war man gut patriotisch. Die Umzüge wurden mit einem Choral und einem vaterländischen Lied beendet (etwa die „Wacht am Rhein" oder „Heil dir im Siegerkranz").

Wenn der am Anfang zitierte Heimatvertriebene aus dem westfälischen Espelkamp-Mittwald den „festlichen Umzug" erwähnte, so traf er hier auf eine Fernwirkung der preußisch inspirierten Brauchtumsreform aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Mochte ihm dieses Brauchtum von seiner östlichen Heimat her nicht vertraut sein, so freute er sich doch über die Gemeinsamkeit von Flüchtlingskindern und Einheimischen, die sich daraus ergab, daß man Martins Tat der Barmherzigkeit eine zeitgemäße Konkretisierung verlieh.



Foto: Archiv

St. Martin, wie er am Stadttor von Amiens seinen Mantel mit einem frierenden Bettler teilt

Der letzte preußische Feldmarschall

Vor 60 Jahren starb August von Mackensen nach Flucht und Vertreibung aus Ostelbien in Burghorn, Kreis Celle

Von Manuel Ruoff

Eigentlich hatte Preußens letzter Generalfeldmarschall Agrarökonom werden sollen. Das wollte zumindest sein Vater, der es in diesem Beruf im Laufe seines Lebens immerhin bis zum Administrator des Gutes Leipnitz im Kreis Wittenberg und zum Ökonomierat brachte. Sein am Nikolaustag des Jahres 1849 auf eben diesem Gut Leipnitz geborener Sohn August setzte sich jedoch nach dem Besuch des Realgymnasiums in Torgau und des Realgymnasiums der Franckeschen Stifungen in Halle, das er nach der Unterprima verließ, sowie einer Landwirtschaftslehre und einem entsprechenden Studium an der Universität Halle schließlich mit seinem Herzenswunsch durch, Soldat zu werden.

Im preußischen Heer machte er eine bemerkenswerte Karriere. Nachdem er im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 als Leib-Husar seine Feuertaufe erhalten hatte, erfolgte 1880, ohne daß er vorher eine Kriegsakademie besucht hätte, die Kommandierung zum Generalstab. Bereits 1882 wurde er zum Großen Generalstab versetzt. 1891 machte ihn dessen Chef zu seinem Ersten Adjutanten. 1898 wurde er diensttuender Flügeladjutant des Kaisers. Nachdem er zuvor bereits ein Leibhusaren-Regiment in Danzig kommandiert hatte, übernahm er 1901 schließlich das Kommando der neugebildeten Leibhusarenbrigade in Danzig-Langfuhr.

In dieser Funktion erlebte Mackensen den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Er nahm an den Schlachten bei Gumbinnen, Tannenberg und den Masurischen Seen teil sowie am Herbstfeldzug in Polen. Mit der 9. Armee, die er ab dem 1. November des ersten Kriegsjahres befehligte, brachte er den Angriff der Nordflanke der russischen Hauptkräfte auf die preußischen Provinzen Posen und Schlesien zum Stehen.

Am 16. April des Folgejahres erhielt Mackensen den Oberbefehl über eine neugebildete 11. Armee, mit der ihm am 2. Mai bei Tarnow-Gorlice ein entscheidender Durchbruch der russische Front gelang. Es folgten die Befreiung Lembergs, die Eroberung der russischen Festung Brest-Litowsk, die Entlastung der österreich-ungarischen Ostfront und schließlich das Aufrollen der russischen Karpatenfront. Diese Erfolge machten den zum Generalfeldmarschall Beförderten im ganzen Land populär.

Gesteigert wurde diese Popularität noch, als ihm 1916/17 als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe die Eroberung Rumäniens gelang, das er bis zum Kriegsende besetzt hielt.

Anfänglich noch im Schatten Hindenburgs wurde der Träger des Pour le Mérite, des Schwarzen-Adler-Ordens und des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes in der NS-Zeit zur Personifizierung des Weltkriegsfeldherren schlechthin, nachdem Hindenburg gestorben und Ludendorff in Ungnade gefallen war. Mackensen ließ es zu, daß sich das Dritte Reich mit ihm schmückte. Andererseits nutze er allerdings auch seine durch die Nationalsozialisten geförderte Popularität, um zumindest zu versuchen, von Armee und Kirche Schlimmstes abzuwenden. Der Mann, der als Teilnehmer am letzten der Einigungskriege das Seinige zur Schaffung des Deutschen Reiches beigetragen hatte, wurde auch Zeuge von dessen Zusammenbruch. Aus seiner ostelbischen Heimat vertrieben, starb er am 8. November 1945 in Burghorn, Kreis Celle.



Foto: DHM, Berlin

Generalfeldmarschall August von Mackensen

Straße in Berlin umbenannt

Berlin hatte bis vor sieben Jahren eine Mackensen-Straße. Dann benannte der Bezirk Schöneberg die Straße in Else-Lasker-Schüler-Straße um. Die Begründung lautete, Mackensen sei – aufgrund neuer Forschungsergebnisse – ein sogenannter „Wegbereiter des Nationalsozialismus".

Unterstützung fand die Umbenennung auch bei Andreas Nachama, dem damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in der deutschen Hauptstadt. „Menschen wie Else Lasker-Schüler fehlen Berlin heute", erklärte Nachama 1998.

Else Lasker-Schüler ist wie Mackensen 1945 verstorben. Doch hier erschöpfen sich die Gemeinsamkeiten bereits. Die jüdische Schriftstellerin verfaßte Liebeslyrik. Als ihr bekanntestes Werk gilt das Theaterstück „Die Wupper".

Sie emigrierte 1933 nach Zürich. Doch auch dort wurde sie mit einem Berufsverbot belegt. Im Alter von 75 Jahren verstarb sie infolge eines Herzanfalls. Else Lasker-Schüler wurde auf dem Ölberg von Jerusalem begraben. *H. Fourier*

Nation ohne Gesicht

Geschichte deutscher Staatssymbole und ihre Bedeutung für die Gegenwart

Neuerdings kommen immer mehr Personen aus Politik, Medien, Wirtschaft sowie Film und Fernsehen dahinter, daß den Deutschen ein wenig Nationalstolz doch nicht schaden würde. Sie hoffen so, daß Engagement der Bevölkerung, Deutschland wieder nach vorne zu bringen, aktivieren zu können. Und einige Experten sind dahintergekommen, daß es nicht schaden würde, wenn die Menschen wüßten, wofür sie kämpfen, nämlich für ihr Vaterland, denn dann wären sie mehr bei der Sache. Dummerweise haben nur viele von jenen, die jetzt einen neuen Patriotismus fordern, vorher alle Reste des alten entsorgt.

„Jeder Staat ist auch sinnlich wahrnehmbar – durch seine Flagge und Hymne, seine Jahrestage, nationalen Denkmäler und Staatsbauten. Er muß für die Menschen, die in ihm leben und sich mit seiner Verfassung identifizieren sollen, auch symbolisch sinnfällig werden.“ Peter Reichel geht in „Schwarz Rot Gold – Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945“ darauf ein, daß eine Nation auch Symbole braucht, diese seien im Deutschland der Nachkriegszeit jedoch stets umstritten gewesen. Vor allem die Nationalhymne. Zwar sei Adenauer für den Erhalt der Hymne erstaunlich nachdrücklich eingetreten, doch als Kompromiß sei die erste Strophe verdrängt und die dritte ins Blickfeld gezogen worden. Doch kann ein Kompromiß von Herzen kommen?

Ein wenig neidisch berichtet Reichelt von den Franzosen und ihrer Selbstverständlichkeit ihre Nationalsymbole zur Schau zu tragen. Bei den Deutschen sei schon die Entstehung weniger reibungslos verlaufen als bei den westlichen Nachbarn. In vielen spiegele sich ein langer, wenig erfolgreicher Kampf um Freiheit, nationale Einheit und Demokratie wider und das Dritte Reich habe alles zusätzlich belastet.

Ob Hymne, Flagge, Jahrestage, Brandenburger Tor, Reichstag, Paulskirche, Holocaust-Mahnmal, Kanzleramt, Berliner Stadtschloß, stets geht der Autor auf die Entstehungsgeschichte und die Bewertung in der Gegenwart ein. Als Professor für historische Grundlagen der Politik an der Universität Hamburg erlaubt er sich, auch selbst Stellung zu nehmen. So hält er beispielsweise das Holocaust-Mahnmal in Berlin in seiner jetzigen Form für unnötig und das Berliner Stadtschloß im Vergleich zum Palast der Republik als Nationalsymbol viel weniger geeignet. Fundierte Begründungen liefert er mit.

„Schwarz Rot Gold – Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945“ ist gerade für die Wortführer der derzeit grassierenden Nationalstolzdebatte durchaus eine zu empfehlende Lektüre, da diese ohne Hinweis auf die hierfür wichtige Bedeutung von Nationalsymbolen geführt wird. *R. Bellano*

***Peter Reichel: „Schwarz Rot Gold – Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945“**, C. H. Beck, München 2005, geb., 223 Seiten, 17,90 Euro*

Machtspiele

Spannender Roman über die Urkaine 2015

Eigentlich stammt Sergej Stepanowitsch aus ärmlichen Verhältnissen und Lust zu arbeiten hatte er eigentlich auch nie gehabt. Aber nun, im Jahr 2015, hat er mit Anfang 50 als Präsident der Ukraine die Spitze seiner Karriereleiter erreicht.

Doch Korruption und Intrigen lauern hinter jeder Tür, Konkurrenten warten nur darauf, seinen Stuhl einzunehmen, und somit ist sein Leben nicht immer leicht. Zumal das Herz, das in seiner Brust schlägt, seit einer Herztransplantation nicht mehr sein eigenes, sondern das eines anderen Mannes ist.

Als Sergej nach der Herzoperation wieder bereit ist, Besuch zu empfangen, betritt sein Stabschef Kolja mit einer ihm unbekannten Dame das Krankenzimmer. „Sie war etwa 40, diese Frau, deren Name als vorletztes auf der Liste der genehmigten Besucher stand ... ‚Was haben sie für eine Frage?‘ wollte ich müde wissen. ‚Ich wollte sie nur miteinander bekannt machen‘, sagte mein Stabschef leise ... ‚Maja Wladimirowna Woizechowskaja‘, erklärte er ehrerbietig, während er mit dem Blick auf sie wies.“ Doch es wird noch einige Zeit dauern, bis Kolja ihm folgendes über die fremde Frau erzählen wird: „Ihr ist eine Tragödie widerfahren. Vor drei Monaten ist mit dem eigenen Hubschrauber ihr Mann ... verunglückt. Sie hat ihn sehr geliebt ... Als Sie im Februar im Koma lagen, mußte man die Frage rasch entscheiden. Es war nötig für die Stabilität im Lande ... Nebenan hat man ihren Mann zu retten versucht, hat es bloß nicht geschafft ... Es war schließlich das frischeste Herz.‘“

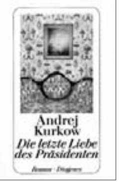
Viele Probleme erwarten den Präsidenten, als er bereit ist, das Krankenhaus zu verlassen und zurück in sein Büro zu kehren. Die Wirtschaft des einst kommunistischen Landes stagniert, das Volk verarmt und Sergej hat alle Hände voll damit zu tun, zu verhindern, daß skrupellose Politiker der Bevölkerung nicht auch noch das letzte Geld aus den Taschen ziehen.

Als wäre das nicht schon genug Last für die Schultern eines Menschen, muß er doch immer mit Verrat, sogar aus den eigenen Reihen rechnen, beginnt ihm nach einiger Zeit das implantierte Herz Sorgen zu machen.

Als Sergej den Chirurgen, der ihm das Herz implantiert hat, zu sprechen verlangt und erfahren muß, daß dieser mittlerweile ums Leben gekommen ist, befürchtet er das Schlimmste: Eine unglaubliche Verschwörung der Opposition gegen den Präsidenten, von langer Hand geplant, bei der ein Herz die Schlüsselrolle spielt?

Parallel zum Hauptgeschehen berichtet der Autor Andrej Kurkow von Sergejs Jugend 1974, von seiner tragischen Ehe 2004 und wie er vom kleinen Politiker zum höchsten Staatsmann der Ukraine aufgestiegen ist.

Dieser Wechsel zwischen Vergangenheit und Gegenwart erzeugt beim Leser doppelte Neugier auf das Vergangene und das Zukünftige und läßt ihn mit Spannung auf das nächste Informations-Puzzleteilchen warten, woraus sich im ganzen ein brillanter Roman ergibt. *A. Ney*



***Andrej Kurkow: „Die letzte Liebe des Präsidenten“**, Diogenes, Zürich 2005, geb., 695 Seiten, 22,90 Euro*

Delikat, aber abgehoben

Rezepte und anderes Interessantes von den Speisen am Preußenhof



„Die Tafelfreuden der preußischen Könige“ lautet der Titel des optisch sofort ansprechenden Buches der Historikerin und Politikwissenschaftlerin Anja Knott. Gebunden, mit zahlreichen brillant farbigen Abbildungen auf Hochglanzpapier ist das Buch allein von der Verarbeitung her schon ein kleines Schmuckstück. Und auch das Thema verspricht Genuß, zumal selbst der sparsamste der Preußenherrscher nicht als Kostverächter gilt.

Prinz Franz Friedrich von Preußen, ein Nachfahre der Hohenzollernherrscher, bescheinigt dem Buch in seinem Vorwort sogar etwas Außergewöhnliches zu sein. „Es ist ein lebendiges Stück Geschichte meiner Familie: Aus diesem kulinarischen Blickwinkel habe ich sie auch noch nicht gesehen, aber es rundet das Bild ab – und besticht durch brillante Geschichtserzählung und die perfekten Bilddokumente.“

Die Bilddokumente sind ohne Zweifel perfekt, die Geschichtserzählung allerdings eher „nur“ informativ und unterhaltend, zumal die Autorin neben den am jeweiligen Hof üblichen Speisegewohnheiten auch die Frauengeschichten der Herrscher beschreibt.

Mit Friedrich, dem ersten König in Preußen, beginnend, hin zum Soldatenkönig, Friedrich dem Großen und seinen Nachfolgern endet die Autorin mit dem letzten Hohenzollern auf dem Thron, nämlich Kaiser Wilhelm II.

Gänzlich unpolitisch schwelgt sie in ihren Erzählungen über die Tafelfreuden der Herrscher. „Anläßlich der Hochzeitsfeierlichkeiten von Kronprinz Friedrich Wilhelm werden vertilgt: 640 Kälber, 100 Mastochsen, über 1000 Truthähne, 650 Enten und 1000 Tauben.“

Und damit der Leser nicht nur liest, was, sondern auch wie zubereitet es verspeist wurde, schließt jedes Kapitel zu einem der Herrscher mit einigen Rezepten. Von Wachtelbrüsten bei Friedrich I., über Rindfleisch mit Weißkohl beim Soldatenkönig, Spanisches Omelett mit Sardinen sowie Perlhühnern mit Trüffeln beim Alten Fritz, Blätterteigpastetchen mit Spinatschaum am Hofe Königin Luises und ihres Gatten hin zu Krebsschwänzen nach Bordelaise-Art beim letzten deutschen Kaiser.

Doch so schön sich alle diese Rezepte auch lesen, sie stellen ein Tageswerk in ihrer Umsetzung dar. Allein aufgrund der Tatsache, daß die Zutaten wie Wachteln, Austern, Krebse und Kaupaune nicht in jedem Supermarkt an der Ecke zu beziehen sind, bedarf die Zubereitung einer „gewissen“ Zeit. Abgesehen davon muß auch das nötige Kleingeld vorhanden sein, um die exquisiten Zutaten zu erwerben.

„... man braucht die Rezepte nicht unbedingt nachzukochen, denn allein das Lesen ist schon ein Genuß“, so endet Prinz Franz Friedrich von Preußen in seinem Vorwort. Was anderes bleibt dem Leser aus dem Volk auch mal wieder nicht übrig. *R. Bellano*

***Anja Knott: „Die Tafelfreuden der preußischen Könige“**, Collection Rolf Heyne, München 2005, geb., zahlr. Abb., 240 Seiten, 35 Euro*

Ein Freispruch wäre zu weit gegriffen

Neues Buch über das Unternehmen Barbarossa und die Verantwortung der Wehrmacht

„Freispruch für die Deutsche Wehrmacht“ heißt eine neue Bucherscheinung mit dem Untertitel „Unternehmen Barbarossa erneut auf dem Prüfstand“. Das Buch behandelt das Unternehmen Barbarossa von der Planung über den gleichzeitigen Aufmarsch der deutschen und der sowjetischen Armee, über die Besonderheit des Rußlandfeldzugs als Ideologie- und Rassenkrieg, den Ablauf, die spezifische Kampfführung der Roten Armee, das Verhalten der Wehrmacht in Rußland, ihre Abgrenzung zu den SS-Einsatzgruppen und dem SD bis zu der Frage „Was ist bei Barbarossa schiefgelaufen?“ Das Buch – obwohl das Thema alt – ist lesenswert, weil der Autor Andreas Naumann ihm neue Seiten abgewinnt und sie gut lesbar darstellt.

Der Autor bezieht sich dabei nicht nur auf die deutsche Literatur aus anerkannter Feder, sondern – und das ist oft viel aufschlußreicher – auch auf sowjetische Autoren wie die Marschälle Bagramjan, Shukow, Wassilewski und andere wie Gorodetski, Suworow und Wolkogonow. Er macht deutlich, wie sich das Unheil Schritt für Schritt zusammenbraute und wie der Zweite Weltkrieg, in dem es von deutscher Seite ursprünglich nur um die Menschenrechte der deutschen Minderheit in Polen und um die Heimkehr der Danziger Bevölkerung in ihr Mutterland ging, sich gegen Hitlers Willen erst auf Norwegen-Dänemark, dann auf England-Frankreich und dann auf Jugoslawien-Griechenland ausgedehnt haben soll, ehe Hitler den Entschluß gefaßt habe, Rußland anzugreifen. Naumann stellt dar, wie sich die Politisierung und der Rassenkrieg ganz langsam, oft durch die Hintertür, im Polenfeldzug 1939, dann in der Sowjetunion wie ein Krebsgeschwür in die deutsche Kriegsführung hineinfraß. Auch wenn Naumann glaubhaft nachweist, daß Völker- und Judenmord nie in die Befehlsgebung der Wehrmacht Eingang gefunden haben, so bestanden die Polizeiverbände und der Sicherheitsdienst SD der SS auch aus Deutschen. Was hier die Wehrmacht entlastet, entlastet deshalb leider nicht unser deutsches Volk.

Das Buch zeigt, wie auf deutscher und auf sowjetischer Seite synchron die Meinung entstand, daß die jeweils andere Macht zur Gefahr für das eigene Land heranwachse. Im Dezember 1940 wurde sowohl in Moskau als auch in Berlin im Beisein von Stalin hier und Hitler dort, in Planspielen untersucht, wie man einen Krieg gegen das andere Lager würde führen können. Mitte Juni 1941 waren dann drei Millionen deutsche plus 600 000 verbündete Soldaten und auf der Gegenseite 5,3 Millionen sowjetische Soldaten an den Fronten aufmarschiert. Dem folgt sehr überzeugend auf gut 80 Seiten die Schilderung der Indizien, die zweifelsfrei belegen, daß Stalin und sein Generalstabschef Shukow die 5,3 Millionen sowjetischen Soldaten bis zum Juni 1941 zum Angriff und nicht zur Verteidigung haben aufmarschieren lassen.

Ein heikler Teil des Buches befaßt sich mit den deutschen Kriegsverbrechen in den eroberten Teilen der Sowjetunion. Naumann stellt die begangenen Verbrechen der Einsatzgruppen der SS neben die Verbrechen, die den deutschen Streitkräften darüber hinaus von vielen deutschen Zeitgeschichtlern angelastet worden sind, obwohl sie nachweislich von Soldaten, Milizionären oder Partisanen anderer Nationen begangen worden sind.

Da gab es die Beseitigungsaktionen der abziehenden Sowjets, die Hunderttausende von „inneren Feinden“ aus der eigenen Bevölkerung liquidiert hatten, ehe sie das Baltikum und die Ukraine an die Deutschen und Bessarabien an die Rumänen verloren. Da gab es in großem Umfang Racheakte der verschiedenen Völker aneinander, bei denen Letten, Litauer, Esten, Weißrussen, Ukrainer und Rumänen gleich zu Beginn des Krieges ihre alten und neuen Rechnungen an ihren Peinigern von gestern beglichen und an denen, die sie dafür hielten: an Russen und an Juden. Da gab es die kriegsvölkerrechtswidrige Einbeziehung der Zivilbevölkerung in den Krieg durch die Sowjetunion, den Partisanenkrieg. Die Partisanen und ihre Unterstützer wurden von der Wehrmacht und den Einsatzgruppen der SS mit harter Hand bekämpft, sehr zum Schaden der hineingezogenen Zivilbevölkerung. Und da war als schlimmstes die Ermordung von Juden, die immer grauenhaftere Züge annahm. Der reguläre Krieg der Streitkräfte, die Pogrome der von den Sowjets freigekommenen Völker an ihren vormaligen Unterdrückern, der Partisanenkrieg und die Mordaktionen an Juden bildeten ein verworrenes Gemenge, das Naumann anhand einer großen Zahl von Beispielen darstellt. Ein Kapitel, das jeder Besucher der sogenannten Reemtsma-Ausstellung gelesen haben sollte.

Auch wenn Naumann hier viele Vorwürfe gegen die Wehrmacht entkräften kann, und wenn er auch nachweist, daß die Wehrmachtsgerichtsbarkeit die Bevölkerung in den besetzten Gebieten wirksam vor Übergriffen der deutschen Soldaten geschützt hat, bleibt dem deutschen Leser doch die bittere Einsicht, daß die Verbrechen der Einsatzgruppen der SS leider trotzdem auf das deutsche Konto gehen.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor 15 Jahren und dem Ende der Bedrohung aus dem Osten ist das Interesse des deutschen Fachpublikums an den großräumigen und brillant geführten militärischen Landoperationen der deutschen Wehrmacht vollends erloschen. Statt dessen rückt das Interesse an der deutschen Schuld in Rußland in den Mittelpunkt. Mit der Wiedervereinigung haben die Vertreter des prosowjetischen Antifaschismus, der ein Staatsdogma der DDR war, ein neues interessiertes Publikum in der alten Bundesrepublik gefunden. So sind die „Verbrechen der Wehrmacht“ in der Sowjetunion seit der Angliederung der DDR ein Publikumsrenner in der alten Bundesrepublik geworden. Da nimmt es nicht Wunder, daß Andreas Naumann dem Partisanenkrieg in der Sowjetunion gut 100 Seiten widmet, auf denen er diese Kriegsform außerhalb des Kriegsvölkerrechts darstellt und analysiert. Hier kommt viel Blut und Schuld zutage; Blut und Schuld auf beiden Seiten, aber auch manches, vielen Lesern unbekannte Großereignis wie zum Beispiel die komplette Zerstörung des Stadtkerns der ukrainischen Hauptstadt Kiew durch sowjetische Partisanen (24. bis 29. September 1941) in einer Sprengstoff- und Feuerorgie oder das unerschrockene Eintreten der Heeresgenerale von Gienanth, von Roques und von Unruh bei Hitler für das Wohl der Ukrainer.

Es bleibt zum Schluß die Frage, ob das Buch wirklich einen Freispruch für die Wehrmacht bringt. Freispruch ist ein Terminus aus dem deutschen Strafrecht, genauso wie die mildernden und strafverschärfenden Umstände. Das Buch wäre richtiger – wenn auch weniger griffig – „Die mildernden Umstände für die Deutsche Wehrmacht“ betitelt worden. *Gerd Schultze-Rhonhof*

***Andreas Naumann: „Freispruch für die Deutsche Wehrmacht – Unternehmen Barbarossa erneut auf dem Prüfstand“**, Tübingen, gebunden, 736 Seiten, 29,80 Euro*

MELDUNGEN

Millionenspende für das Stadtschloß

Berlin – Wie der Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloß, Wilhelm von Boddien, mitteilt, sind bereits fast zwölf Millionen Euro an Spenden für das Schloßprojekt eingegangen. So wolle ein Geschäftsmann aus Westdeutschland die Neuerrichtung von einem, vielleicht sogar zwei Portalen zu je 2,5 Millionen Euro finanzieren. Die Berliner Bäckerei „Schnell" werde Dauerspender und verkaufe schloßbezogene Backwaren mit Spendenaufschlag. Ein verstorbener Berliner habe dem Förderverein zudem 650.000 Euro vermacht.

Zehn Millionen Türken mehr

Wiesbaden – Die Einwohnerzahl des EU-Anwärters Türkei ist von 1995 bis 2004 von 61,7 auf 71,8 Millionen gestiegen. Dies teilt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Die Anzahl der Kinder pro Frau sank in dem Zeitraum allerdings von 2,8 auf 2,4 (Deutschland: 1,3).

ZUR PERSON

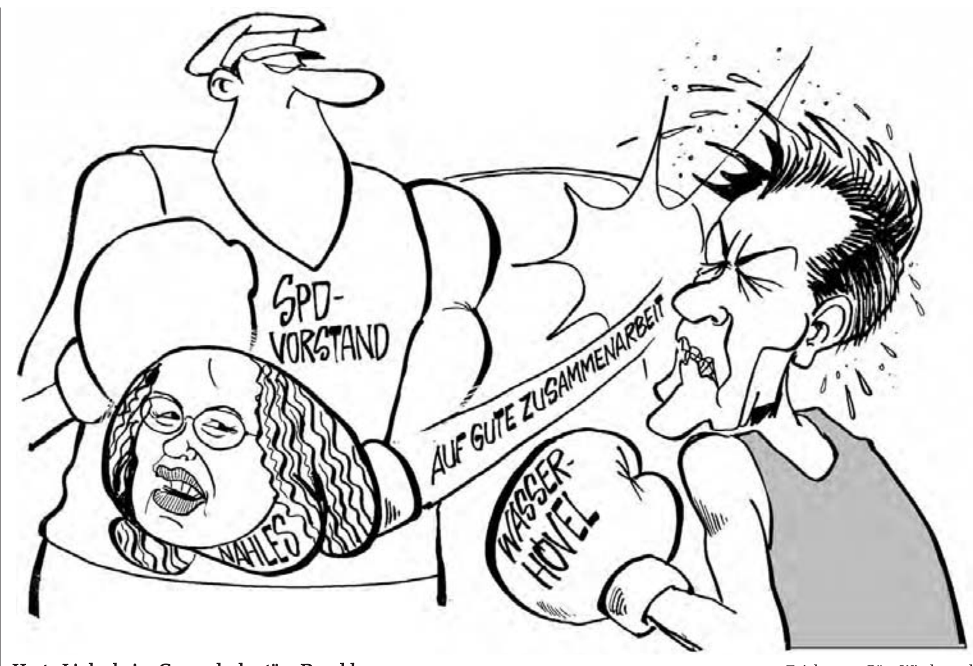
Nichts als »Partei« gelernt



Der Rückzug von SPD-Chef Franz Müntefering lag zwar nicht in ihrer Absicht. Doch ist es nicht das erste Mal, daß **Andrea Nahles** mitverantwortlich ist für den Sturz eines Vorsitzenden. 1995, als sie für vier Jahre den Bundesvorsitz der Jusos übernahm, half die heute 35jährige kräftig mit, den glücklosen SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping durch Oskar Lafontaine zu ersetzen. Letzteren nannte sie damals ein „Gottesgeschenk" an die SPD.

Die 1970 in dem Eifelort Mendig geborene Tochter eines Maurermeisters hat ihr Berufsleben ausschließlich in den Fluren der Politik verbracht. Mit 18 trat sie in die SPD ein und gründete gleich einen Ortsverein in ihrem Heimatdorf. 1993 bis 1995 Landesvorsitzende der Jusos in Rheinland-Pfalz wurde sie anschließend bis 1999 deren Bundesvorsitzende. Von 1998 bis 2002 saß sie zum ersten Mal im Bundestag, schaffte dann aber den Wiedereinzug nicht. Für ein Jahr brachten sie die Genossen im Verbindungsbüro der IG Metall in Berlin unter, bis sie 2003 ins SPD-Präsidium aufstieg und den Job bei der Gewerkschaft nicht mehr benötigte. Seit der Septemberwahl ist sie nun auch wieder Mitglied des Bundestags. Seit 2000 leitet sie das in jenem Jahr gegründete „Forum demokratische Linke" in der SPD, das seinerzeit an die Stelle des „Frankfurter Kreises" trat. Sie macht keinen Hehl daraus, zum linken Parteiflügel zu zählen, obwohl sie es verstand, jedes karrierehemmende Anecken zu vermeiden.

Mit dem jüngsten Coup könnte sich die Nachwuchspolitikerin indes verhoben haben. „Wut und Entrüstung" in der SPD richten sich gegen sie, die nach einer allzu glatten Politkarriere offenbar den Blick dafür verloren hat, wann es wirlich ernst wird. *HH*



Harte Linke beim Generalsekretärs-Durchboxen Zeichnung: Götz Wiedenroth

Aus Versehen

Was einem im Vorbeigehen so alles passieren kann: Manchmal zertrampelt man gar einen ganzen Parteivorsitzenden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Hätte er doch auf Schröder gehört, der brave Münte! Der scheidende Kanzler konnte die Nahles noch nie riechen und ließ sich erst von seinem Nachfolger im Parteivorsitz dazu überreden, die karrierefreudige Jungsozialistin nach oben kommen zu lassen. Der Nachfolger war Münte. Der hat jetzt den Salat.

Am Montag stand ganz Berlin kopf. Die SPD stürzt „aus Versehen" ihren Vorsitzenden. Wie ein Tollpatsch, der sich „aus Versehen" die Tischdecke statt der Serviette in den Gürtel stopft und beim Aufstehen die ganze Tafel abräumt. So etwas gibt es nur in banalen Unterhaltungsstücken – und bei der SPD.

Schnell waren sich in der Tat alle einig, daß die 35jährige den Kladderadatsch nicht gewollt habe. Sie habe den „Ernst der Lage verkannt". Das kommt hin: Der „Ernst des Lebens" ist ihr ebenso fremd. Sie ist es gewohnt, folgenlos dahinzuschwätzen, Fäden zu ziehen und ihr Fortkommen zu organisieren, ohne jemals zur Verantwortung gezogen zu werden. Andrea Nahles hat nie einen „normalen" Beruf ausgeübt (siehe „Zur Person") und sitzt dennoch im Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales. Ihr burschikoser Auftritt soll ihre erwiesene Ahnungslosigkeit auf dem Gebiet „Lebenswirklichkeit" übertönen. Jetzt ist sie keck in den Fettnapf getreten und die versammelten SPD-Vorständler wischen sich verdutzt die öligen Spritzer aus dem Gesicht.

In der SPD keimt Revoltenstimmung. Komplett wegrasieren die ganze Vorstandsbagage, bellt es aus den Ortsvereinen ins Berliner Willy-Brandt-Haus. Schnell meldeten sich listige Volkstribune, die der „wütenden Parteibasis" ihre Stimme liehen, um von der Woge der Empörung zu profitieren. Schröders Kanzleramtsminister Rolf Schwanitz hat sich der Rücktrittsforderung an den ganzen Vorstand in aller Eile öffentlich angeschlossen. Vielleicht wählen sie dann später ihn hinein, wird er sich womöglich denken. Seine Zeit im Kanzleramt ist ja demnächst abgelaufen.

Der geprügelten Andrea Nahles kann man indes einiges anhängen, nur feige, das ist sie gewiß nicht. Ihre Internetseite hat sie unter das Motto gestellt: „Links, menschlich, engagiert". Das ist edelster Phrasendrusch aus dem Bürgerinitiativen-Biedermeier der seligen 70er. Soviel Mut zur alten Klamotte nötigt selbst notorischen Sauertöpfen Respekt ab. Ohne Scheu blicken Politiker wie Andrea Nahles mit kühler Miene in den gähnenden Abgrund ihrer eigenen Substanzlosigkeit. Uns würde an ihrer Stelle sofort schwindlig werden. Aber deswegen regieren eben diese Leute unser Land und wir zahlen bloß Steuern – jeder nach seiner Begabung.

> Andrea Nahles: Ihr burschikoser Auftritt übertönt gekonnt ihre erwiesene Ahnungslosigkeit

In unruhigen Zeiten wie diesen muß man vor allem seiner Linie treu bleiben, um nicht die Orientierung zu verlieren. Edmund Stoiber, der Meister aller Klassen im schnellen Vor und Zurück, hat das Fiasko an der SPD-Spitze umgehend zu einer weiteren Volte im Spiel „Geht-er-oder-geht-er-nicht?" genutzt und seine Berlin-Buchung öffentlich verbrannt. Ihm ist die Sache nicht mehr geheuer. Wenn die große Koalition überhaupt noch zustande kommt, denkt sich der CSU-Chef, wird sie ein kurzes und schmerzhaftes Dasein fristen und bald jammervoll absaufen. Da soll dann bitteschön der Michael Glos mit untergehen und nicht er.

Freuen über das ganze Durcheinander tun sich natürlich die Kleinen. FDP-Chef Westerwelle kann seine Schadenfreude kaum im Zaum halten und schlägt der Union vor, die Sozen in die Wüste zu schicken. Den Grünen hängen die klebrigen Annäherungsversuche à la „Jamaika" allerdings längst zum Hals raus, weshalb eine schwarz-gelb-grüne „Schwampel" wohl nicht in Frage käme. Und allein haben Union und FDP keine Mehrheit. Also Neuwahlen? Vom 26. März war vergangenen Dienstag schon die Rede.

Alles ungelegte Eier. Angela Merkel hält sich zurück und ignorierte die Risse im Gebälk ihrer Koalitionsbaustelle so gut sie kann. Natürlich hat das alles auch sie ziemlich unvorbereitet getroffen. Wenn überhaupt Gefahr drohte, so schien es lange, dann aus ihrer eigenen Truppe. Der trutzige Siegesmarsch der SPD-Verhandler durch alle Koalitionsscharmützel mit den Christdemokraten wurde bereits unheimlich. „Die erste SPD-Regierung mit CDU-Kanzlerin" witzelte man in der Hauptstadt. Da hatte die jähe Selbstenthauptung der Sozialdemokraten noch niemand auf der Rechnung.

Angela Merkel schien das Getäze, die Union räume alle ihre Positionen, erstaunlich kalt zu lassen. Sie schlich gefaßt von Runde zu Runde und begann seelenruhig, im Geiste schon mal die Möbel umzustellen im Kanzlerbüro. Einzelheiten darüber, womit sie die Wände der Macht zu dekorieren gedenkt, sind nach außen gedrungen und regen zum Nachdenken an über das Innenleben der designierten Regierungschefin. Merkel will sich ein Bild der Zarin Katharina die Große ins Kanzlerzimmer hängen. Wer war diese Katharina, und vor allem: *wie* war sie?

Katharina hieß eigentlich Sophie Auguste Friederike und war Prinzessen von Anhalt-Zerbst-Dornburg, einer jener tausend deutschen Duodez-Puppenstuben, deren Staatsgebiet geübte Weitspringer in einem Satz überfliegen. Aus diesem Blumentopf reiste das 14jährige Prinzeßlein 1744 ins riesige Rußland, um den künftigen Zaren zu ehelichen. Deutsche Prinzessinnen galten damals in ganz Europa als pflegeleicht und loyal, weshalb sie weggingen wie warme Semmeln. Wenn ihr Gatte, der spätere Zar Peter III., geahnt hätte, wie faustdick es dieses süße Mädchen hinter den deutschen Ohren hatte, hätte er sie entweder gleich nach Sibirien weitergereicht oder wenigstens zurückgeschickt in ihre mitteldeutsche Klitsche. Peter ahnte nichts. Nur Monate nachdem die Zarin Elisabeth, Peters Tante, dahingegangen war, jagte ihn seine Frau vom Thron, bald darauf beförderten ihn einige Getreue von Katharina ins Jenseits. Von wegen pflegeleicht und loyal! Ein Besen war sie, der zunächst gekonnt auf unscheinbar machte, um im rechten Moment den Dolch zu zücken. Mit einem Wort: Wenn diese Frau irgendwohin gehört, dann ins Arbeitszimmer von Angela Merkel. Die beiden Damen werden sich viel zu erzählen haben.

Angesichts der Zustände beim Koalitionspartner dürfte die arme Merkel des öfteren abends in ihren Kanzlersessel sinken und mit müdem Blick auf das Antlitz der Kaiserin aller Reußen stöhnen: „Du hattest es besser, Kati!" Koalieren mußte die Zarin allerdings auch. Schon bei ihrem Kampf um die Macht holte sie Adel und Kirche auf ihre Seite, denen Peter ans Zeug wollte. Aber was sind orthodoxe Metropoliten und russische Großfürsten schon im Vergleich zur SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und erst recht zur IG Metall, die im Schlepptau der Sozis einen großen Fuß in den Machtzentralen behält?

Nach der Oktoberrevolution im SPD-Vorstand schwant der CDU-Chefin Übles: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg", ließ sie sich betont knapp aus. Ihr zweiter Kommentar lautete gar: „Der Wunsch besteht, daß wir uns einigen." Das klingt schon recht zittrig – „Der Wunsch ..."!

Immerhin hat das Kuddelmuddel in der SPD soviel an öffentlicher Aufmerksamkeit geschluckt, daß einige für den Alltag der Deutschen weit wesentlichere Beschlüsse dieser Woche geheimgehalten werden konnten, ohne daß die Nachrichtensperre den üblichen Bohei ausgelöst hat. Heimlich, still und leise haben die Koalitionäre am Dienstag ihr „Sparpaket" geschnürt und sofort in den Panzerschrank gesperrt, damit es keiner zu Gesicht bekommt. Experten erwarten ein giftiges Gekröse aus Kürzungen und Steuererhöhungen. Davon sollen wir aber erst später erfahren. Damit wir nicht ungeduldig werden, hält uns der SPD-Vorstandsstadl solange bei Laune.

ZITATE

*Die „Frankfurter Allgemeine" sieht nach dem **Sturz Münteferings** vom SPD-Vorsitz die **Koalition in Gefahr**:*

„Für die Politik in Deutschland ist der Machtkampf in der SPD eine mittlere Katastrophe. Schlimm genug, daß dieses Land seit fünf Monaten nicht mehr regiert, sondern nur noch verwaltet wird. Nun gerät auch noch der ohnehin üppig bemessene Zeitrahmen der Regierungsbildung ins Rutschen, möglicherweise sogar das gesamte Koalitionsprojekt."

*Das einzig **Tröstliche für die SPD** sei, so der Göttinger Parteienforscher Franz Walter in „Spiegel-online", die **Schwäche der Union**, denn:*

„Es ist eben diese Ziellosigkeit der Nach-Schröder-Müntefering-Generation, die so bestürzt. Es ist die manifeste Leere an Ideen, Überzeugung und politischer Reife, die so erschreckt. Adenauer und Kohl hätten eine SPD in dieser Verfassung gnadenlos vor sich hergetrieben. Zumindest der Alte aus Rhöndorf hätte jetzt ohne Verzug auf Neuwahlen gesetzt und seine Truppen gegen die kopflosen Sozialdemokraten knüppelhart in Marsch gesetzt."

*Auch die „Thüringische Landeszeitung" sieht so etwas wie **Waffengleichheit** zwischen nunmehr **zwei Angeschlagenen**:*

„Am Verhandlungstisch sitzen jetzt nicht zwei große Volksparteien, sondern Parteien, die deutlich schwächeln."

*In den Augen der „Financial Times Deutschland" sind die Sozialdemokraten **in ein tiefes Loch gefallen**:*

„In ihrer strategischen Verwirrung hat sie (die SPD) aus Versehen den eigenen Vorsitzenden gekippt, der die Partei in die große Koalition führen wollte und sollte. Der Sturz des Franz Müntefering ist der größte anzunehmende Unfall für die SPD ..."

*Die „Bild" meint zum **gestürzten SPD-Chef** knapp:*

„Müntefering sitzt jetzt wie ein Gespenst in den Koalitionsgesprächen."

(Alle Kommentare vom 1. November, dem Tag nach dem Sturz von SPD-Chef Franz Müntefering)

Bündnistreue

Cambiare i cavalli
ist ein lukrativer Brauch –
neunzehnfünfzehn ging es dalli,
presto dreiundvierzig auch.

Aber kann man Seiten wechseln,
wo's die andre nicht mehr gibt?
Nun, es läßt sich alles drechseln,
wenn's Pinocchio beliebt:

Ich war immer schon dagegen,
sagt er heute dezidiert –
wächst die Nase ungelegen,
wird sie eben retuschiert.

Ach wie flüchtig ist amore,
wird der Nutzen zur Gefahr!
Desto mehr wenn il vapore
längst der falsche Dampfer war.

Und so muß der Schorsch erleben,
wie die Ratten allesamt
heimlich sich von Bord begeben,
eh' sein Kahn die Klippen rammt.

Sind dann noch nach Berlusconi
Jap- und Koreaner dran,
bleibt allein der Pudel Tony –
der am besten schwimmen kann.

Pannonicus

Preußische Zeitung

Unabhängige Zeitung  für Deutschland

Jahrgang 8 – Folge 2 | 5. November 2005 | Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

»Gott zur Ehr und zu des Landes Bestem«

Preußen, ein autoritär verformter Staat? – Gerade aus dem preußischen Pietismus erwuchs soziale Verantwortung

Von Ehrhardt Bödecker

Eine einflußreiche Quelle preußischer Haltung und Gesinnung erkennen wir im Calvinismus, der in Preußen abgewandelt als Pietismus bekannt geworden ist. Während des Dreißigjährigen Krieges (1618–1648) hatte Deutschland und hier wiederum die Mark Brandenburg die schwersten Erschütterungen und Verluste aller in Europa betroffenen Länder erlitten. Dieser Krieg, der von Frankreich, Schweden und anderen ausländischen Mächten auf deutschem Boden geführt wurde, war die zweite große Katastrophe Deutschlands nach der Pest-Epidemie im 14. Jahrhundert. Über die Hälfte der Bevölkerung war ums Leben gekommen. Ein entscheidender Einschnitt in der deutschen Geschichte, vergleichbar mit der napoleonischen Fremdherrschaft (1806–1814), dem Zweiten Weltkrieg (1939–1945) und der anschließenden Spaltung Deutschlands im Jahre 1945. Brandenburg schien nach 1648 wieder in die Wildnis zurückzufallen. Ein elementarer Bewußtseinswandel hatte bei den Überlebenden stattgefunden. Von Krankheit, Mord und Anarchie entvölkerte, verödete und verwüstete Landschaften auf armen Sandböden sollten wieder kultiviert werden. Die Ernährungslage der Bevölkerung war katastrophal. Kein Vieh, kein Saatgut, nur Wurzeln, Beeren und Kräuter bleiben den Menschen in ihrer bittersten Not, gelegentlich sogar der Verzehr von Kadaverfleisch. Gegen die Zuchtlosigkeit und Rohheit der Zeit entstand die Forderung der Lutheraner wie auch der Calvinisten nach Gebet und Arbeit, nach innerer Läuterung und Erneuerung der Menschen. Zu dieser Läuterung sollten nicht nur die Kirchen, sondern auch die Schulen beitragen. Hieraus erklärt sich die traditionelle Bedeutung der Schulen im Protestantismus. Der Lehrer war Erzieher, nicht nur Wissensvermittler. Während die Lutheraner vordinglich eine Erneuerung und Festigung des inneren Glaubens forderten, sahen die mehr pragmatisch orientierten Pietisten in der Glaubensstärke allein nicht den zur göttlichen Erlösung führenden Weg. Eine asketische und geregelte Lebensführung, Arbeitsdisziplin, Arbeitsamkeit, Bescheidenheit, Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung des Berufes, Wahrhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit müßten zum gläubigen Leben hinzutreten. Thomas Mann nannte das später „die asketische Idee der Berufspflicht“.

Heiligte der englische Calvinismus die Arbeit „für sich“ und daher den persönlichen Erfolg als göttliches Zeichen der Erlösung und der Bekehrung des Menschen, ehrte der Pietismus demgegenüber die Arbeit „für andere“. Die Bezeichnung Pietismus, ursprünglich ein akademischer Spitzname für Streber und Pedanten, haben die Calvinisten in Halle von den orthodoxen Lutheranern in Leipzig erhalten. Nach Carl Hinrichs entstand aus der Denkweise des englischen Calvinismus der Kapitalismus, aus der des preußischen Pietismus dagegen die soziale Verantwortung. Nicht die westlichen parlamentarischen Staaten, sondern Preußen hat die Bahn gebrochen, wie es Professor Friedrich Meinecke formulierte, für die moderne soziale Versicherungsgesetzgebung. Der soziale Gemeingeist, der im „aufgeklärten“ Preußen lebendig war, trug dafür die Verantwortung.

Zwischen den beiden Tatmenschen, dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. und dem pietistischen Pfarrer August Herrmann Francke (1663–1727), bildete sich nach anfänglichen heftigen, gegenseitigen Ablehnungen und glaubensmäßigen Unterschieden eine Gesinnungsgemeinschaft heraus, die es Francke gestattete, eine organische und systematische Bewegung des Pietismus in Brandenburg-Preußen aufzubauen. Francke schuf mit den Franckeschen Stiftungen in Halle ein pädagogisches Großunternehmen, das Mitte 1720 von nicht weniger als 2 200 Jungen und Mädchen besucht wurde. Zum ersten Mal wurden auch Mädchen schulisch ausgebildet. Sie lernten Rechnen, Lesen und Schreiben und wurden auf einen Beruf vorbereitet. Es wird für Preußenkritiker sicherlich schwer zu akzeptieren sein, daß ausgerechnet Preußen der erste Staat war, der sich schon Anfang des 18. Jahrhunderts der schulischen und beruflichen Förderung von Mädchen angenommen hat.

Auf Anregung von Pädagogen der Franckeschen Stiftung verordnete Friedrich Wilhelm I. im September 1717 die allgemeine Schulpflicht, oder zutreffender zunächst die allgemeine Unterrichtspflicht, weil es noch an ausreichendem Schulraum mangelte. Gleichwohl ein zentrales Datum für die europäische Bildungsgeschichte. Unter Friedrich dem Großen hat 1764 ein Zögling der Franckeschen Stiftung, nämlich Johann Julius Hekker, im General-Land-Schulreglement den Einfluß der pietistischen Pädagogik auf das preußische Schulwesen begründet. „Gott zur Ehr und zu des Landes Bestem“ lautete die Maxime dieses Ausbildungssystems. Dieses Reglement stellte die mordernste pädagogische Regelung der damaligen Zeit dar. Es mutet noch heute wie ein modernes pädagogisches Regelwerk an.

> Erstmals wurden Mädchen ausgebildet

Das Potsdamer Militärwaisenhaus und die preußische Kadettenanstalt nahmen sich das Franckesche Waisenhaus zum Vorbild. Ihr Lehrerkollegium bestand vorwiegend aus Erziehern, die in Halle ausgebildet worden waren. Beamte und Theologen rekrutierten sich überwiegend aus Zöglingen der halleschen Anstalten oder aus Männern, die von halleschen Zöglingen unterrichtet worden waren. Auf diese Weise verbreitete sich der pietistische Geist in Preußen, er durchdrang den preußischen Staat und bestimmte den allgemein verbindlichen Verhaltenscodex. „Das Franckesche System sorgte nicht nur für einen allgemeinen Aufschwung des Schulwesens, sondern befruchtete auch das Wirtschaftsleben nachhaltig. Er sorgte dafür, daß über Halle hinaus der sozialen Fürsorge verstärkte Beachtung geschenkt wurde. Aus einer religiösen Bewegung erwuchs in Preußen dank der Förderung durch die beiden ersten Könige eine auf das Gemeinwohl fixierte ‚Ideologie‘, ohne deren sittliche Kraft der Aufstieg dieses Staates aus dem Schatten der Geschichte ins europäische Rampenlicht kaum denkbar gewesen wäre“ (Duchhardt).

Der Zusammenhang von preußischem Pietismus und Sozialer Marktwirtschaft wird in einem anderen Kapitel näher behandelt, hier genügt ein kurzer Hinweis: Professor Dr. Wilhelm Röpke (1899–1966), Lehrer Ludwig Erhards und einer der drei geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, schrieb 1958 in seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“: „Kein Lehrbuch der Nationalökonomie kann die Bedingungen ersetzen, auf denen das Ethos der Marktwirtschaft ruhen muß. Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairneß, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen. Sie sind die unentbehrlichen Stützen, die vor Entartung bewahren. Familie, Kirche, echte Gemeinschaften und Überlieferung müssen sie damit ausstatten. Die Menschen müssen unter Bedingungen aufwachsen, die solche moralischen Überzeugungen begünstigen.“ Genau das ist die preußisch-pietistische Haltung. Man kann sie nicht besser beschreiben.



Foto: pa

Pionier: Der Geistliche August Hermann Francke (1663–1727) hatte die Franckesche Stiftung in Halle als Armen- und Waisenanstalt aufgebaut und entwickelte sie zu einer Schulstadt mit 50 Gebäuden, in der Arme, Bürgerliche und Adlige nach modernen Methoden unterrichtet wurden. Die Stiftungen werden heute als pädagogische und kulturelle Begegnungsstätte wiederbelebt.

Beim Fußballspiel spricht man von „mannschaftsdienlichem“ Verhalten eines Spielers, wenn er sich zurücknimmt und einem anderen Spieler, der sich in günstigerer Position befindet, den Ball überläßt. Die Rücksichtnahme auf den Gesamterfolg, auf das „gemeinsame Wohl“, hat nicht das Geringste mit „autoritärer Verformung“ des einzelnen zu tun, sie ist vielmehr das religiös geforderte „mannschaftsdienliche“ Verhalten des Bürgers, das er nach Möglichkeit schon in der Jugend lernen sollte. Tugend ist nicht angeboren, sie muß erlernt werden, lehrte Christian Thomasius (1655–1728), Rechtsprofessor in Halle. Diese Haltung beruht auf Freiwilligkeit, auf Grund innerer Einsicht, nicht auf äußerem Zwang. Es ist die Befolgung des von Immanuel Kant aufgestellten „kategorischen Imperativs“. Nächstenliebe und Menschlichkeit, nicht autoritäre Unterdrückung – auch Strenge kann übrigens eine Form von Menschenliebe sein –, bestimmten das Leben des August Hermann Francke. In seinen Überzeugungen hatte er segensreich gewirkt und für die in Armut und Verzweiflung lebenden Menschen mehr erreicht, als wenn er ihnen nur die Suche nach dem „eigenen Glück“ gepredigt hätte. Denn häufig ist des einen Glück das des anderen Unglück. „Einzelne Rechte und Vorteile der Bürger müssen den Rechten und Pflichten zur Beförderung des gemeinschaftlichen Wohls nachstehen“, so heißt der berühmte Satz in II/§ 74 des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794, und an anderer Stelle wird jedes „Mitglied des Staates“ verpflichtet, das Wohl und die Sicherheit des gemeinen Wesens nach seinen Möglichkeiten zu unterstützen. Dazu gehört, daß die Eltern schuldig sind, ihre Kinder zu brauchbaren Mitgliedern des Staates, in einer nützlichen Wissenschaft, Kunst oder Gewerbe vorzubereiten. Der Franckesche Pietismus und die Gedanken der Aufklärung wurden zur preußischen Staatsräson, daher war es folgerichtig, daß sie gesetzgeberisch ihren Niederschlag gefunden haben.

> Das gemeinsame Wohl ist oberstes Ziel

Francke lehrte seine Schüler und Schülerinnen nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern mehr noch Eigenständigkeit, Pflichterfüllung, Pünktlichkeit, Nächstenliebe und persönliche Anspruchslosigkeit. Diese Erziehungsgrundsätze wurden in der Armee, der Verwaltung, den Schulen und auch in der Wirtschaft zu den bestimmenden Verhaltensregeln Preußens. Israelische, englische und auch amerikanische Militärhistoriker bewundern immer noch die äußerst erfolgreiche Auftragstaktik der preußischen Armee. Sie entstand aus den Franckeschen Erziehungsmaximen von Eigenständigkeit und Pflichterfüllung. Eigenständigkeit bedeutete in der Armee Entscheidungsfähigkeit „vor Ort“. Dieser Grundsatz war das Merkmal der preußischen Auftragstaktik, der sowohl Offiziere wie auch Unteroffiziere unterlagen. Sie setzte Fähigkeit und Sachkunde voraus. Im übertragenen Sinne fand dieses Prinzip auch in der Verwaltung Anwendung. Ein preußischer Regierungsrat verfügte nicht nur über das erforderliche Fachwissen, sondern er war auch fähig und berechtigt, „vor Ort“ zu entscheiden. Gleiches traf auf den preußischen Landrat zu. Es waren die sprichwörtlich kurzen Entscheidungswege der preußischen Verwaltung. Effektiv und sparsam. Das Festhalten an diesen Prinzipien, mit den notwendigen Anpassungen im Verlauf der Jahrhunderte, führte auch zu der einmaligen Leistungsbereitschaft der preußischen, später der deutschen Verwaltung. Viele der Erfolge in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft des deutschen Kaiserreiches gehen auf diese geistigen Grundlagen der Halleschen Universität und der Franckeschen Stiftungen zurück. In seiner Vergleichsstudie aus dem Jahre 1905 stellte Professor Arthur Shadwell aus London fest: „In Deutschland ist den Behörden vor Ort mehr Spielraum überlassen als in England oder in den USA. Das Ziel wird festgelegt, aber über die Mittel zur Erreichung desselben kann von der örtlichen Behörde frei entschieden werden.“ Man muß hinzufügen, nach Abstimmung mit dem Bürger und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten konnte und sollte der Bürgermeister, der Landrat oder ein Regierungsrat entscheiden. Sah so ein obrigkeitlicher, autoritär verformter Staat aus? „Ohne die Hilfe einer tüchtigen ehrlichen Bürokratie hätte sich die deutsche Wirtschaft nicht zu dem entwickeln können, was sie wurde“ (Bertrand Russell).

Auszug aus: Ehrhardt Bödecker: „Preußen und die Wurzeln des Erfolges“, Olzog, München 2005, geb., 376 Seiten, 22 Euro



Ehrhardt Bödecker, Anwalt und Bankdirektor, gründete 2002 das Preußenmuseum in Wustrau


Foto: Visum

Potsdam erstrahlt in neuem Glanz: Die Orangerie im Park Sanssouci

Preußische Visionen

Aufschlußreiche Tagung in Potsdam beleuchtete Besonderheiten dieses Staates

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands tagt das vom unvergessenen Prof. Schoeps im Jahre 1969 mitgegründete Preußeninstitut häufig in Potsdam, so auch in diesem Oktober. Der Fortschritt der Rekonstruktion der alten preußischen Residenzstadt lädt dazu ein; und so versammelten sich etwa 50 Mitglieder unweit der Nikolaikirche, um über Preußen, über Königsberg, den preußischen Staat und dessen geistige Grundlagen mehr zu erfahren.

Hans-Jürgen Mahlitz, ehemaliger Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*, hatte dabei ein höchst anspruchvolles Thema ausgewählt, behandelte er doch die Presse- und Meinungsfreiheit Preußens im Vergleich zum heutigen deutschen Staat.

Souverän löste er den scheinbaren Widerspruch auf; denn offiziell gibt es heute keine Zensur, sehr wohl aber gab es sie im Königreich Preußen, und dennoch konnten sich in Preußen freie Geister besser und ungestörter entfalten als im stickigen Meinungs-Einheitsklima unserer Gegenwart mit der stets präsenten „political correctness“. Denn in Preußen diente die Zensur nicht der Verhinderung oder Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, sondern deren Kanalisierung. So unglaublich sich das auch anhören mag: Die Zensur in Preußen schuf einen klar definierten und unmißverständlich formulierten Rechtsrahmen, also Rechtssicherheit, während heute die juristisch verbürgte Rechtssicherheit de facto kaum noch besteht. Die Grundlage der preußischen Rechtssicherheit, so Mahlitz, war das preußische Freiheitsverständnis; Freiheit also nicht als absoluter und damit nicht verwirklichbarer Selbstzweck, sondern als Größe, die sich nur dann für das Gemeinwohl segensreich entfalten konnte, wenn sie an ethisch definierte Verantwortung gebunden war.

> Preußen schuf einen klar definierten Rechtsrahmen

Erstaunlich diese Erkenntnis: Die sich lauthals immer wieder als „freiester Staat der deutschen Geschichte“ gebende Bundesrepublik vermag die Freiheitsrechte des Bürgers nicht so zu schützen wie das Königreich Preußen. Den Ehrenschutz gibt es nicht einmal mehr in Resten für Persönlichkeiten im öffentlichen Leben; Filbinger, Jenninger, Heitmann, Hohmann und Günzel – um nur wenige Politiker oder Soldaten zu nennen, mußten ihrer politischen Meinung wegen nach entwürdigenden Treibjagden der Journaille ihren Abschied nehmen. Auch wenn es in Preußen unter Bismarck Einschränkungen der Pressefreiheit, wie um 1863, gegeben hat, so war der fundamentale Unterschied doch der, daß in Preußen die Medien ein wichtiges Instrument des politischen Meinungsstreits und der öffentlichen Willensbildung waren, heute jedoch die Medien fast unwidersprochen zur de facto ersten Gewalt im Staate geworden sind. Respektierten die Journalisten in Preußen die überlegene Macht des Staates, so fürchten sich heute die Politiker vor der geradezu allmächtigen Gewalt der Medien.

Mahlitz zog das überraschende Fazit, daß in Preußen – von wenigen restriktiven Phasen abgesehen – trotz (oder wegen?) staatlicher Zensur eine weitgehende Meinungs- und Pressefreiheit geherrscht habe, die rechtsstaatlich abgesichert war; sich im heutigen Deutschland aber die Koordinaten verschoben hätten: Statt Information und Kommentierung nähmen Indoktrination, Manipulierung und gekonnte Inszenierungen, bestellter und bezahlter Art, immer mehr zu. Meinungskampagnen, Hetzkampagnen gegen unliebsame Politiker oder Professoren von Seiten der Presse seien die Kennzeichen eines verwilderten Journalismus von heute. So sei aus der klar umrissenen Zensur von ehedem die tagtäglich wirksame „political correctness“ von ungleich schärferer Gangart und bar jeglicher Verantwortung gegenüber dem Opfer geworden.

> Königsberg als vierte baltische Republik?

Mit einem eindrucksvollen historischen Rundgang durch Potsdam, Tafelmusik aus der Zeit des Alten Fritz und einem höchst bemerkenswerten Vortrag des Historikers Dr. J. W. Schmidt aus Oranienburg über den Meisterspion Wölkerling, der Aufmarsch- und Mobilisierungspläne von 1914 an die Russen verriet, sowie dem Schlußvortrag des ehemaligen Potsdamer Bürgermeisters Motzkus über die Gegenwart und Zukunft Königsbergs endete die Tagung.

Sie endete mit einer Vision. Denn die Zeichen scheinen sich zu verdichten, daß die heutigen Bewohner des nördlichen Ostpreußens sich immer mehr als „Preußen“ bezeichnen und aus der Oblast Kaliningrad sehr wohl eine vierte baltische Republik Preußen werden könnte.

Hier warteten auf uns Deutsche daher große politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben, seien wir doch für die neuen Preußen im nördlichen Ostpreußen die Wunschpartner Nummer Eins. An diesem geistigen Formungsprozeß nimmt jedenfalls das Preußeninstitut als Partner aktiv teil! *A. J.*

Von der zur

Meinungs- und Pressefreiheit

Meinungs- und Pressefreiheit in Preußen und im heutigen Deutschland – als ich mich mit Professor Dr. Wolfgang Stribrny, dem Präsidenten des Preußeninstituts, auf das Thema dieses Vortrags verständigten, war ich zunächst der – wie sich zeigte, irrigen – Auffassung, dies sollte für einen gestandenen Journalisten doch zu den eher leichteren Übungen zählen. Meinungs- und Pressefreiheit, damals in Preußen und im Vergleich dazu im heutigen Deutschland, dazu müßte sich doch schnell einiges finden lassen.

Und in der Tat, es ließ sich ganz schnell einiges finden; auf den ersten Blick schien das Thema sogar allzu schnell erschöpft zu sein: Im heutigen Deutschland „findet eine Zensur nicht statt“, wie es so schön und schlicht in unserem Grundgesetz heißt. Also leben wir heute in einem wahren Paradies der ungetrübten Meinungs- und Pressefreiheit. Damals in Preußen hingegen fand sehr wohl eine Zensur statt – Unterdrückung und Obrigkeitsstaat also auch auf dem Felde der Meinungs- und Pressefreiheit! So einfach kann man sich die Welt und die Geschichte zurechtbiegen, wenn man sie denn so sehen will. Aus leidvoller jahrzehntelanger Erfahrung wissen wir, daß viele, allzu viele die Geschichte Preußens so sehen wollten und zum Teil immer noch sehen wollen.

> Trotz Zensur enfaltete sich die Aufklärung

Aber es wird Sie nicht überraschen, daß der Gründungs-Chefredakteur einer Zeitung, die Preußisches im Titel und im Schilde führt, sich mit solch groben Vereinfachungen nicht zufrieden geben mag. Nicht nur, weil Professor Stribrny mir signalisiert hatte, wie viel Redezeit mir zur Verfügung stehe, und somit mein Vortrag wohl doch etwas kurz und dürftig ausgefallen wäre, hätte ich ihn nicht auf derlei antipreußische Plattitüden beschränkt. Nein, jedes Detail und jeder Aspekt der preußischen Geschichte haben es verdient, sorgfältig und ausgiebig betrachtet und dargestellt zu werden, nicht zuletzt, weil diese Geschichte auch dem heutigen Deutschland so viel zu geben vermag. Dies gilt, wie ich nun darzustellen versuche, auch für den Themenbereich dieses Vortrages.

Die Geistesgeschichte Preußens ist in besonderem Maße geprägt von der Aufklärung. Es ist ja kein Zufall, daß bei der Frage nach großen preußischen Persönlichkeiten neben Friedrich dem Großen wohl kein anderer Name so häufig genannt wird wie der Immanuel Kants. Der Königsberger Philosoph hat eben nicht, wie viele andere Vertreter seiner Zunft, gerade auch in unserer Zeit, nur hochgeistige Texte verfaßt, die außer dem Autor selbst und einem kleinen Kreise Auserwählter niemand versteht – er hat wahrhaft „Geschichte geschrieben“. Seine Definition „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ blieb nämlich nicht graue Theorie, sondern mündete in die sehr konkrete und praktische Forderung, der Mensch solle „sich unabhängig von Vorurteil, Tradition und Offenbarung seines eigenen natürlichen Verstandes bedienen“. Daß der Mensch dies nur kann, wenn er freien Zugang zu Wissen und Informationen hat und sich frei von staatlichem oder sonstigem institutionellen Zwang seine Meinung bilden kann, ergibt sich geradezu zwangsläufig aus diesem Kantschen Postulat. Wobei ich dahingestellt bleiben lasse, ob im ersten Zitat das Wort „selbstverschuldet“ nicht etwas überzogen ist; ich meine eher, daß Menschen auch ohne eigenes Verschulden in Unmündigkeit fallen oder darin gehalten werden können.

Preußen hatte in jener Zeit doppeltes Glück: In Kant hatte es einen Denker, der fähig war, eine den strengen Gesetzen der reinen Vernunft genügende Sittenlehre allgemeinverständlich zu formulieren. Und in Friedrich II. hatte es eine wahrhaft große – eben nicht nur auf dem Schlachtfelde, sondern auch im Geiste große Herrscherpersönlichkeit, unter der sich der Geist der Aufklärung relativ ungehindert entfalten konnte.

Geradezu verblüffend ist die Tatsache, daß dies möglich war, obwohl es auch zu jener Zeit in Preußen eine gutorganisierte staatliche Zensur gab. Unter Friedrich II. wurde sie zwar betont milde gehandhabt, was sich schon aus den hinlänglich bekannten Toleranzvorstellungen des Königs in Religionsfragen ergab.

Aber es gab sie, diese Zensur! Jeder, der etwas Gedrucktes publizieren wollte, sei es ein Buch, sei es eine Zeitung oder Zeitschrift, wußte genau, welchen Kontrollen seine Texte unterlagen, wo Grenzen gezogen waren und mit welchen Konsequenzen er zu rechnen hatte, wenn er diese Grenzen überschritt.

Aus heutiger Sicht ist man geneigt, diesen Zustand als unvereinbar mit Meinungs- und Pressefreiheit zu bewerten. Offenbar ist man heute allzu sehr darauf fixiert, solche Freiheiten überhaupt nur da für möglich zu halten, wo Zensur nicht stattfindet – oder zumindest laut Gesetzes-

Preußische Zeitung

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO

Ruf: 0 40 / 41 40 08-0

Fax: 0 40 / 41 40 08-50

http://www.preussische-allgemeine.de

Druck: SHZ GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf

Preußeninstitut und Zollernkreis

Das Preußeninstitut, Veranstalter der Potsdamer Tagung, ist 1975 aus dem 1969 gegründeten Zollernkreis hervorgegangen und hat es sich zur Aufgabe gemacht, Preußen und seiner Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Insbesondere wenden sich die beiden Institutionen gegen die von den Siegern des zweiten Weltkriegs verfügte Auflösung des Staates Preußen und setzen sich für die Wiederherstellung Preußens als Zusammenschluß Brandenburgs, Berlins, Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und der schlesischen Oberlausitz ein, ferner für die geistige Überwindung der Oder-Neiße-Linie, um – wie in einer Selbstdarstellung zu lesen ist – „ein gedeihliches Miteinander von Polen, Russen und Deutschen in den vormaligen preußischen Ostprovinzen“ zu ermöglichen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit werden auch die Bestrebungen zum Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche verfolgt. So verabschiedeten die Teilnehmer der Potsdamer Tagung eine Resolution, in der es zum aktuellen Streit zwischen „Traditionsgemeinschaft“ und Evangelischer Kirche unter anderem heißt: „Im Sinne ihres Stifters König Friedrich Wilhelm I. soll die Kirche der Verkündigung des Evangeliums dienen.“

Präsident von Preußeninstitut und Zollernkreis ist Professor Dr. Wolfgang Stribrny, den Vorstand bilden Dr. Rolf Sauerzapf, Dr. Albrecht Jebens, Klaus Frahm und Götz Aßmann.



Fotos (2): pa, privat

Opfer der „political correctness“: Philipp Jenninger (l.) und Martin Hohmann

staatlichen Zensur »political correctness«

in Preußen und im heutigen Deutschland / Ein kritischer Vergleich von Hans-Jürgen Mahlitz

und Verfassungsformulierungen nicht stattfinden sollte. Der Blick in die preußische Geschichte aber lehrt, daß diese heutige Sichtweise allzu eng ist.

Über lange Phasen der Geschichte Preußens diente die Zensur nämlich nicht der Verhinderung oder Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit, sondern der Kanalisierung. Sie schuf einen klar definierten und unmißverständlich formulierten Rechtsrahmen, schuf also Rechtssicherheit und muß unter diesem Aspekt als Instrument der Rechtsstaatlichkeit bezeichnet werden.

Deren Basis war das typisch preußische Freiheitsverständnis: Freiheit nicht als absoluter, von allem anderen isolierter Selbstzweck, sondern als eine Größe, die sich nur dann für das Gemeinwohl segensreich entfalten kann, wenn sie an Verantwortung gebunden ist. Der preußische Freiheitsbegriff begnügte sich nicht mit dem „Freiheit wovon?“, sondern fragte weiter nach dem „Freiheit wozu?“. Freiheit mußte stets ein Ziel haben, und das Ziel galt nur als akzeptabel, wenn es auf das Gemeinwohl ebenso Rücksicht nahm wie auf die Freiheit und Menschenwürde anderer.

So stellt man heute neidvoll fest, daß im öffentlichen beziehungsweise veröffentlichten Meinungsstreit der Ehrenschutz in Preußen einen deutlich höheren Stellenwert hatte als heute. Um an einige aktuelle Beispiele zu erinnern: Öffentliche Verunglimpfungen, wie sie ehrenwerte konservative Politiker wie der ehemalige Fuldaer Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann oder Jörg Schönbohm, der in Potsdam amtierende Innenminister und Stellvertretende Ministerpräsident, zu ertragen hatten, weil sie sich den Luxus erlaubten, eine eigene Meinung nicht nur zu haben, sondern auch öffentlich zu äußern, wären im Preußen Friedrichs des Großen ebenso undenkbar gewesen wie, nur wenige Jahrzehnte früher, die unappetitlichen Pauschaldiffamierungen jüdischer deutscher Patrioten in nationalsozialistischen Medien. Wenn man sieht, wie mit Politikern wie Jenninger oder Heitmann, um weitere Namen zu nennen, umgegangen wird, dann fragt man sich natürlich, ob das Nichtstattfinden von Zensur wirklich ein Fortschritt ist.

An dieser Stelle möchte ich eines klarstellen. Ich halte nichts davon, Preußen und seine Geschichte kritiklos schönzureden. Es hat, auch bezogen auf unser heutiges Thema, neben viel Licht manch finsteren Schatten gegeben. Große Geister, edle Persönlichkeiten, die heute unsere uneingeschränkte Verehrung als „Patrioten aus dem Bilderbuch“ genießen, hatten unter staatlicher Verfolgung zu leiden. Ich erinnere an Ernst Moritz Arndt oder daran, unter welch unwürdigen Umständen August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1842 aus akademischen Ämtern und Würden verjagt wurde. Man bedenke: ein Jahr, nachdem er auf Helgoland das Lied der Deutschen gedichtet hat! Selbst ziemlich unpatriotisch empfindenden Menschen von heute ist kaum noch zu vermitteln, daß ausgerechnet der Dichter, dem dieses Land eine der weltweit schönsten und friedlichsten Nationalhymnen zu verdanken hat, in eben diesem Lande unter den Druck einer verschärften Zensur geraten konnte.

So hat die Geschichte der Meinungs- und Pressefreiheit in Preußen auch ihre düsteren Kapitel. Ein weiteres soll der Ehrlichkeit halber ebenfalls nicht unerwähnt bleiben: Otto von Bismarck, der von mir – und ich glaube, auch von den meisten unter Ihnen – nachhaltig verehrte „Eiserne Kanzler“, bekundete zwar im Jahre 1848, er halte – Zitat aus einem Brief an die „Magdeburger Zeitung“ – „jeden Bürger eines freien Staates für berechtigt, seine Meinung gegen seine Mitbürger selbst dann zu äußern, wenn sie der augenblicklichen Meinung widerspricht“. Ich finde, das ist eine bemerkenswerte Aussage von höchster Aktualität. Gehalten hat er sich an diese weise Erkenntnis leider nicht immer. So ließ er am 1. Juni 1863 die Pressefreiheit auf dem Verordnungswege in einem Umfang und in einer Weise einschränken, die auch von seriösen Beobachtern als klarer Verfassungsbruch bezeichnet wird. Offensichtlich neigte Bismarck gelegentlich zu der Auffassung, ein von ihm selbst für gut befundener Zweck heilige alle Mittel, auch im Umgang mit den Medien.



Fürst Otto v. Bismarck beim Zeitunglesen Holzstich: Ewald Thiel, 1895

Ansonsten muß man Bismarck zubilligen, daß er – anders als heute und durchaus im Geiste preußischer Tradition – den Begriff Medien, bezogen auf das Pressewesen, durchaus richtig definierte. Die Medien waren Mittel im öffentlichen Meinungsstreit. In ihnen und über sie machten politische Gruppierungen ihre Positionen publik, setzten sich mit politischen Gegnern auseinander, versuchten, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen.

Heute sehen die Medien sich gern in einer anderen, viel weiter gehenden Rolle: Als selbsternannte „Vierte Gewalt“ begnügen sie sich nicht mehr damit, über Politik im weitesten Sinne zu berichten und zu informieren – sie maßen sich an, selber Politik zu machen. Vor allem die mit Kamera und Mikrophon „bewaffneten“ Vertreter dieser „Vierten Gewalt“ sehen sich letzten Endes als „Erste Gewalt“, die über allen anderen steht. Es ist geradezu paradox: Die vermeintlichen Medien benutzen selber die Politik als Medium zur Durchsetzung ihrer eigenen ideologischen Ziele.

In Preußen hingegen waren die Medien ein wichtiges Instrument des politischen Meinungsstreits und der öffentlichen Willensbildung. Gesetze und Verordnungen und die auf ihrer Basis tätigen Zensurbehörden steckten den Rahmen ab, innerhalb dessen sich Meinungs- und Pressefreiheit entfalten konnte. Um zu verdeutlichen, welcher Geist dahinter stand, lassen Sie mich aus dem sogenannten Zensuredikt Friedrich Wilhelms II. von 1788 zitieren. Dieses Dokument gilt heute gemeinhin als Ausdruck des gewaltsamen Endes der liberalen, von Toleranz geprägten Pressepolitik Friedrichs des Großen: Ich zitiere auszugsweise: „Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen, thun kund und fügen hierdurch jedermann zu wissen: ob wir gleich von den großen und mannigfaltigen Vortheilen einer gemäßigten und wohlgeordneten Preßfreyheit, zur Ausbreitung der Wissenschaften, und aller gemeinnützigen Kenntnisse, vollkommen überzeugt, und daher solche in Unseren Staaten möglichst zu begünstigen entschlossen sind, so hat doch die Erfahrung gelehrt, was für schädliche Folgen eine gänzliche Ungebundenheit der Presse hervorbringen, und wie häufig dieselben von unbesonnenen oder gar boshaften Schriftstellern, zur Verbreitung gemeinschädlicher praktischer Irrthümer über die wichtigsten Angelegenheiten der Menschen, zur Verderbnis der Sitten durch schlüpfrige Bilder und lockende Darstellungen des Lasters, zum hämischen Spott und boshaften Tadel öffentlicher Anstalten und Verfügungen ...“

Soweit die Zustandsbeschreibung, weitgehend wohl aus der Feder des vom König ernannten Justizministers Johann Christoph von Wöllner stammend. Der leitete daraus die Konsequenz ab, der Presse dürfe fortan nicht mehr alles erlaubt werden, was sie sich bislang erlaubt hatte. Daß hier um einiges über das Ziel hinausgeschossen wurde, mag die Tatsache erhellen, daß auch integre Persönlichkeiten wie Kant oder Nicolai von den Zensurbehörden getadelt wurden; aber dabei blieb es, so schlimm, wie dieses Edikt heute dargestellt wird, war es wohl doch nicht.

In diesem Zusammenhang muß ergänzend erwähnt werden, daß nur sechs Jahre nach diesem Edikt, im Jahre 1794 das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten“ kodifiziert wurde, ein Gesetzeswerk von allerhöchstem Rang, beispielhaft für die gesamte damalige zivilisierte Welt. In diesem Landrecht wurde zwar nicht ausdrücklich die Pressefreiheit beim Namen genannt, wohl aber an herausragender Stelle die Glaubensfreiheit. Und da Preußen sich durchaus als christlicher Staat verstand, waren Glauben und Religionsausübung nicht nur in das öffentliche Leben integriert, sondern prägten und bestimmten dieses sogar weitgehend. Insbesondere der Bildungs- und Schulsektor – in Preußen vorbildlich – hatte tiefe Wurzeln im Religiösen. Von da zum Spezialbereich Meinungsbildung ist es dann nicht mehr weit. So bedeutet Glaubensfreiheit letztlich auch Meinungsfreiheit – und hat dann eben auch mit Pressefreiheit viel zu tun.

Insofern entfaltete das Preußische Landrecht von 1794 auch bezogen auf den Gegenstand unserer heutigen Betrachtungen große – und zwar poitive – Wirkung.

Doch selbst in jenen Zeiten, in denen Preußens Pressepolitik sich eher restriktiv zeigte, herrschte eine erstaunliche Meinungsvielfalt. Ein Beispiel: Die französische Revolution war in den Berliner Zeitungen und Zeitschriften – neun Stück gab es damals schon – ein wichtiges und äußerst kontrovers diskutiertes Dauerthema. Nur ein Blatt, die „Berliner Monatsschrift“, blieb neutral und streng sachlich, von den anderen gaben sich je vier pro- beziehungsweise kontrarevolutionär. Dies blieb – trotz des Zensuredikts! – über einen langen Zeitraum völlig unbeanstandet und ohne jede Beschränkung, obwohl hier doch, vor dem Hintergrund der gewaltsamen Beseitigung der Monarchie in Frankreich, im Königreich Preußen recht handfeste und naheliegende Eigeninteressen berührt waren.

Die Wirkung der Zensur wurde übrigens auch dadurch relativiert, daß ausgerechnet die preußischen Zensoren sich nicht gerade durch ein Übermaß an preußischen Tugenden auszeichneten. Im Gegenteil: Sie galten als unzuverlässig, nachlässig, als „Unsicherheitsfaktor bei der Bekämpfung regierungsfeindlicher Medien“. Übrigens hatte auch Otto von Bismarck am – nach landläufiger Meinung doch so überaus korrekten und pflichtbewußten – preußischen Beamtentum einiges zu kritisieren. So klagte er 1838 in einem Brief an seinen Vater, er habe „oft gesehen, wie die kostspielige Zeit und Arbeit schwer arbeitender Behörden auf eine Weise totgeschlagen wurde, daß man unbedingt glauben mußte, die Geschäfte seien erfunden, um den vorhandenen Beamten zu tun zu geben, und nicht die Beamten angestellt, um notwendige Geschäfte zu besorgen; und gegen solches und anderes Unwesen kämpften ausgezeichnete Vorgesetzte mit aller Energie, aber ohne Erfolg; es liegt einmal in der Natur der Verwaltung.“ Kurz gesagt: Gegen Bürokratismus kämpfen selbst Götter vergeblich ...

Mein Fazit: In Preußen herrschte, bis auf wenige restriktive Phasen, trotz staatlicher Zensur weitgehende Meinungs- und Pressefreiheit, die rechtsstaatlich abgesichert und in einen überschaubaren, sicheren Rechtsrahmen eingebettet war, allerdings strikt an Verantwortung für das Gemeinwohl und Respekt vor schützenswerten Rechten anderer gebunden. In diesem Rahmen hat sich auch immer wieder eine durchaus kritische Presse entwickeln und selbst gegen machtvolle Regierungsapparate behaupten können. Wobei sich beide Seiten eines ausgesprochen deftigen Vokabulars zu bedienen pflegten; man betrachte die Auseinandersetzungen zwischen Bismarck und der sogenannten Kreuzzeitung.

Im heutigen Deutschland haben sich die Koordinaten verschoben. Es gilt als Ausweis kritischen Geistes, nicht nur zu informieren, sondern zu indoktrinieren, zu manipulieren und zu inszenieren. Wenn die Fakten nicht dramatisch genug sind, wird nachgeholfen – alkoholisierte Jugendliche, die für einen Fuffziger und ein Tragerl Bier zehnmal „Heil Hitler“ vor laufender Kamera grölen, mögen als besonders unappetitliches Beispiel reichen. Ich könnte aus eigener beruflicher Kenntnis weitere schier unglaubliche Beispiele nennen.

Jedenfalls halte ich es für unerträglich, wenn uns derartige Stimmungsmache auch noch als Meinungs- und Pressefreiheit verkauft wird. Verantwortungs-, Hemmungs- und Zügellosigkeit eines Großteils unserer Medien haben uns allenfalls eine Perversion von Freiheit gebracht. Das Schlimmste daran: Die Akteure braucht man nicht einmal zu zwingen. Sie tun das alles freiwillig.

Bismarck hat diese Entwicklung übrigens vorausgesehen. 1869 sprach er im Herrenhaus des Preußischen Landtages von Journalisten, die „nur damit beschäftigt sind, Zeitungen durchzulesen und zu sehen, ob sich eine Alarmnachricht findet; findet er keine, so hat er sie zu machen“. Und zur Wirkung solcher Manipulationen auf die Leserschaft: Diese halte „das Gedruckte für wahr, weil es gedruckt ist, ungeachtet des Sprichworts ‚Er lügt wie gedruckt‘“. Technischem Fortschritt gegenüber durchaus aufgeschlossen, fügte Bismarck hinzu: „Es wird vielleicht auch dahin kommen, zu sagen: Er lügt wie telegraphiert.“ Ich gestatte mir zu ergänzen: Heute sind wir gerade dabei, vom „Lügen wie gesendet“ zum „Lügen wie gemailt“ überzugehen. Man sieht übrigens an diesen Beispielen, wie aktuell und lesenswert Bismarck auch heute noch ist – schade für die nachwachsenden Generationen, daß des Eisernen Kanzlers „Gedanken und Erinnerungen“ nicht in eine SMS passen.

So endet der Vergleich zwischen dem damaligen Preußen und dem heutigen Deutschland mit der Feststellung: Damals gab es eine Zensur, die aber die Entfaltung von Meinungs- und Pressefreiheit nachhaltig verhindern konnte (und dies meist auch gar nicht sollte!). Heute hingegen findet offiziell keine Zensur statt; in Wirklichkeit aber wurde die Zensur gar nicht abgeschafft, sondern nur umbenannt – sie heißt nun „political correctness“.

Von Ralf Küttelwesch



Brandenburgs Adler über Afrika

Wie das ZDF preußische Kolonialgeschichte inszeniert

Foto: ZDF / Resa Asarschahab

Ein brandenburgischer Gutshof in Afrika, das schlichte Gebäude ist von Festungsbauten umgeben. Weißer Strand, blaues Meer, in der flirrenden Luft wiegen sich Palmen. Großfriedrichsburg – ein Teil des „Kulturerbes der Menschheit" ist Gegenstand Deutscher Selbstkasteiung zur besten Sendezeit im ZDF. Am Dienstag, dem 8. November, 20.15 Uhr, wird im ZDF ein weiterer Versuch der Geschichtsklitterung am Beispiel „Deutscher Kolonialgeschichte" gestartet. In der ersten Folge der Reihe: „Deutsche Kolonien" wird von den Hobbyhistorikern Gisela Graichen und Peter Prestel die Unternehmung des „Großen Kurfürsten" an der Westküste Afrikas thematisiert. Nach dem Sieg Brandenburgs über die Schweden 1675 bei Fehrberllin und mit dem Erlös aus dem erfolgreichen Kaperkrieg gegen Schweden und Spanien wagte Friedrich Wilhelm I. von Brandenburg 1682, mit dem „Edikt wegen Oktroyierung der aufzurichtenden Handelskompagnie auf denen Küsten von Guinea" als Konkurrent der klassischen Fernhandelsmächte Portugal, Spanien, England und Frankreich im heutigen Ghana mit einer „Brandenburgischen Africa-Compagnie" Fuß zu fassen. Unterstützt wurde er bei diesem Unternehmen von dem niederländischen Reeder Benjamin Raule. Allein mit der Einbindung dieses Vorgangs in die „Deutsche Kolonialgeschichte" werden die Umstände in ein falsches Licht gerückt. Tatsache ist, daß Großfriedrichsburg immer nur als Handelsstation geplant war und daß das Ziel der Unternehmung die Förderung der brandenburgischen Wirtschaft durch Teilhabe am internationalen Wirtschaftshandel der damaligen Zeit darstellte. Kolonisationsbestreben im Sinne von Besiedelung oder Ausbeutung der Gebiete im Hinterland der Küstenbastion, wie sie andere europäische Mächte zu diesem Zeitpunkt schon seit 100 Jahren betrieben hatten, war nie im Sinne des Brandenburgers. Anders als das Vorgehen der Nachbarn wurde hier kein Stück Land durch militärische Aktionen erobert, sondern durch Verträge von den dort herrschenden Königen und Häuptlingen zur zeitweiligen Nutzung gepachtet. Hätten die Autoren der Filmreihe die Quellen genauer studiert, wäre ein solcher Filmbericht anders ausgefallen. In diesen spärlichen Hinterlassenschaften nämlich wird vom Abscheu über den Sklavenhandel, zum Beispiel den der Portugiesen, berichtet. Der an diese „ausgeliehene" deutsche Schiffsarzt Johann Peter Oettinger berichtet: „Doch welch ein Schauer überkam mich beim Betreten der Räume, in denen die unglücklichen Opfer untergebracht … und krampfhaft

Nicht Kolonie, sondern eine Handelsstation

zog sich das Herz zusammen, als ich welche dem Äußern nach menschlich gebaute Wesen wie das Vieh behandelt sehen mußte." Doch der Geschäftssinn der Schwarzen unterschied sich nicht sonderlich von dem der Europäer, die diesen vorgeworfene Brutalität in kaufmännischen Angelegenheiten wurde von den Eingeborenen noch übertroffen. Der brandenburgische Kapitän von der Groeben berichtet als allgemein geschätzter, genauer Beobachter der Umstände: „Die Eigenschaft der Einwohner insgemein betreffend: Sie sind sehr böse, verkaufen nicht allein ihre Gefangenen, die sie im Kriege bekommen, sondern auch Weiber, Kinder, und nächste Freunde …" Daß der Sklavenhandel in dem Gebiet Westafrikas und auch Ostafrikas für die Eingeborenen selbst eine große Einnahmequelle war, ist bekannt, aber die Behauptung, daß die brandenburgischen Entsandten von Anfang an die Sanierung der „maroden" Staatskasse durch Sklavenhandel als Auftrag im Gepäck trugen, ist doch schon ein starkes Stück der von „political correctnes" geprägten Geschichtsdarstellung. Die Geschichtsbetrachtung, die uns die von der Gebühreneinzugszentrale bezahlten Fernsehforscher vom ZDF auftischen wollen, stimmt selbstverständlich so nicht. Die „Afrikaner" selbst nämlich waren den Europäern im Handel mit allem Begehrten mindestens ebenbürtig: „Die Neger sind difficile Kaufleute: es kostet viel mit ihnen wegen Handels einig zu werden", berichtet P.E. Isert, ein europäischer Reisender, 1788 seinen Freunden. Der DDR-Politologe van der Heyden muß in seiner Monographie „Rote Adler an Afrikas Küsten" zugeben: „Es ist jedoch wohl davon auszugehen, daß die Mehrzahl der Afrikaner in der uns interessierenden Region (Westafrika, R.K.) die Konkurrenz zwischen den verschiedenen europäischen Kolonialmächten mehr oder weniger geschickt auszunutzen verstand." Van der Heyden und sein Werk, auf den sich die Filmemacher bezüglich Großfriedrichsburg hauptsächlich stützen, wird von dem Kolonialexperten Dr. Jürgen G. Nagel zu Recht kritisiert: „… geschieht es mehrfach, daß nach einigen Seiten solche – der ‚political correctnes' geschuldeten – Bemerkungen dann auch wieder durch Ausführungen quasi zurückgenommen werden, die einer weitaus komplexeren historischen Realität Rechnung tragen, wodurch der Text gelegentlich ein wenig ins Schwimmen gerät." Diese Bewertung läßt sich ohne weiteres auf die ZDF-Dokumentation übertragen, der die Fernsehzuschauer ausgesetzt sind. Sicher ging es in der brandenburgischen Unternehmung um Geld und Macht. Die Positionierung an der westafrikanischen Küste aber, die durch kühnen Tatendrang und meisterliche architektonische Leistung des damaligen Festungsbaus errichtete Festung aber war nicht als Umschlagplatz für den Sklavenhandel oder gar als Wehreinrichtung gegen die Bewohner des afrikanischen Binnenlandes erbaut. Die Holzbalken und andere Baumaterialien, selbst die Steine, wurden aus dem fernen Brandenburg nach Afrika gebracht. Brandenburger Handwerker und Architekten richteten den Bau in kürzester Zeit auf, um dem Wirtschaftsbestreben des durch den 30jährigen Krieg gebeutelten Heimatlandes zum Durchbruch zu verhelfen. Wäre der Handel mit Sklaven tatsächlich so lukrativ und der große Kurfürst wirklich so skrupellos gewesen, seine ganze Kraft darin hineinzulegen, wäre die Geschichte der brandenburgischen „Africa-Compagnie" sicher nicht so erfolglos verlaufen. Insgesamt ist es nicht ganz klar, wieviel „Sklaven" von der „Brandenburgischen Africa-Compagnie" transportiert wurden, in wessen Auftrag und mit welchem Zweck ist gänzlich unbekannt. Sklavenarbeit im Sinne von Schinderei auf Brandenburger Äckern hat es nicht gegeben.

Es ist also nicht mehr als eine Attitüde von selbsternannten „Gutmenschen", Darstellungen aus der Zeit Bismarcks von dem „Großen Kurfürsten" als dem „Kolonialen Großvaters" des Kaiserreiches zu nehmen und widerlegen zu wollen. Der schon zitierte Dr. Nagel beschreibt diesen Effekt: „So werden die Verhältnisse in Westafrika zur Zeit der großen Handelskompanien immer wieder so

Vorwiegend private Unternehmer engagierten sich

dargestellt, daß den Europäern die Täterrolle und den Afrikanern die Opferrolle zufällt …"

Den Unterschied zwischen Kolonie und Schutzgebiet nicht kennend, wird unter Mißbrauch des vielzitierten Buches: „Volk ohne Raum" von Hans Grimm über den „Deutschen Kolonialismus" berichtet. Wie aber sah dieser nun im Vergleich zu dem Kolonialismus der übrigen europäischen Staaten tatsächlich aus? Zunächst war Reichskanzler Bismarck ganz und gar gegen den Erwerb von Kolonien: „Ich will auch gar keine Kolonien, sie sind bloß zu Versorgungsposten gut. Diese Kolonialgeschichte wäre für uns genau so wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben", sagte er 1871. So übernahmen private Unternehmer die Aufgabe. Der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz gilt als Gründer „Deutsch-Südwestafrikas" und der in Neuhaus an der Elbe geborene Arzt Dr. Carl Peters als Vater von „Deutsch-Ostafrika". Der in Frankfurt / Oder geborene Herrmann von Wißmann führte das Werk von Peters fort. Er schuf die ersten Naturschutzgebiete. Trotz der Proteste und schließlich des Aufstandes der ansässigen Araber, die am Sklavenhandel verdienten, erweiterte Wißmann die Verträge mit den Häuptlingen. Sein Kampf gegen die Sklaverei führte zur tatsächlichen Abschaffung des Menschenhandels in Ostafrika. Ein Sohn Wissmanns, der Tübinger Professor Dr. Hermann von Wissmann, berichtet anläßlich der Zerstörung des Wissmann-Denkmals vor der Universität durch protestierende Studenten am 15. September 1968: „Bezeichnend ist die Einstellung des derzeitigen Staatspräsidenten von Tansania, Nyere. Als dieser vor einigen Jahren in der Bundesrepublik war, wurde er vor seinem Abflug von einem Reporter befragt, warum gerade die Bundesrepublik das erste Land war, das er in Europa besuchte. Er antwortete, dies sei selbstverständlich, habe doch sein Stamm einst Blutsbrüderschaft mit Hermann von Wißmann geschlossen."

Solche Aussagen werfen ein deutlicheres Licht auf die deutsche Kolonialgeschichte als überzeichnete Darstellungen des kolonialen Herrenmenschen, welcher der Deutsche nie war und auch nie sein wollte. Der ehemalige Ausländerbeauftragte von Hamburg-Wandsbek Michael Kossizigaa aus Tansania brachte den Vergleich europäischer Kolonialgeschichte auf den Punkt: „Deutsche bauen, Engländer klauen" und weiter „Die Franzosen sind genau wie die Engländer. Meine Frau ist aus Togo und dort weiß man das … Die Deutschen haben immer viel getan für die einheimische Bevölkerung, sie haben viel aufgebaut. Die Engländer und Franzosen haben nichts getan, sondern der einheimischen Bevölkerung alles weggenommen."

Auf den zweiten Teil der ZDF-Inszenierung darf man gespannt sein.